1951



2026

Gewerkschaft der Polizei



Titelblatt der Deutschen Polizei anlässlich des Jubiläums 75 Jahre GdP Ausgabe September 2025

JAHRE

1951

Gewerkschaft der POLIZEI

im Bundesland

Rheinland - Pfalz



2026



Josef Harzheim
18.07.1951 – 03.03.1954



Heinz Wittkowski
03.03.1954 – 25.05.1976



Hermann Lutz
25.05.1976 – 26.06.1990



Helmut Conradt
26.06.1990 – 31.12.2002



Ernst Scharbach
01.01.2002 – 23.10.2018



Sabrina Kunz
23.10.2018 – 19.12.2023



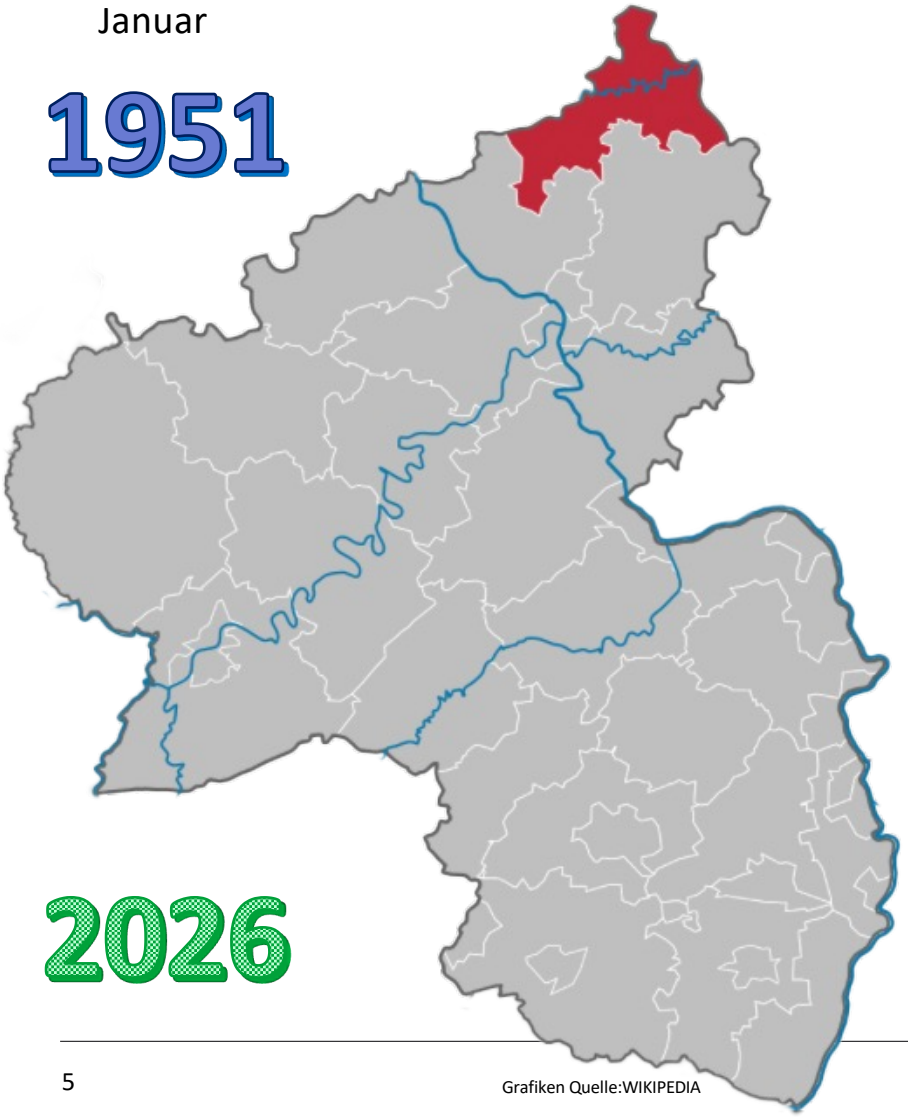
Steffi Loth
19.12.2023– 20.05.2025



Aline Raber
20.05.2025 - HEUTE

Januar

1951



2026

Die Keimzelle der GdP im Land Rheinland-Pfalz

Stadt Wissen/Sieg

im Kreis Altenkirchen,

Gründungsort der

Ersten Kreisgruppe

am 03. Januar 1951

Vorsitzender:
Heinz Wittkowski
Stellv. Vorsitzender:
Karl Sülzen
Schriftführer:
Herbert Klein
Kassierer:
Paul Bender
Beisitzer:
Ignatz Mees

Im Anschluss an eine Dienstversammlung der Gendarmerie des Kreises Altenkirchen in der Gaststätte „Fuchs“

Grafiken Quelle:WIKIPEDIA

HISTORIE



Heinz Wittkowski
1951 - 1955



Hermann Müller
1955 - 1958



Karl Henn
1958 – 1973



Heinz Koch
1973 - 1985



Hubert Schwan
1985 - 1992

(ALT-Organisation)
Kreisgruppen-vorsitzende Altenkirchen 1951 - 1992



Peter Hahmann
1992 – 1995



Bernd Becker
1995 - 2014



Thomas Hecking
2014 -2018



Yannik Seibert
2018 - 2024



Sandra Schneider
2024 - HEUTE

(NEU-Organisation ab 01.09.1993)
Kreisgruppen-vorsitzende Neuwied / Altenkirchen 1992 - HEUTE

HISTORIE

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

1. Vorstand bei Gründung der Kreisgruppe Altenkirchen 1951



Vorsitzender:
Heinz Wittkowski



Stellv. Vorsitzender:
Karl Sülzen



Kassierer:
Paul Bender



Schriftführer:
Herbert Klein



Beisitzer:
Ignatz Mees

1951

Geschichte der Gewerkschaft der POLIZEI im Bundesland Rheinland – Pfalz



Jahresrückblicke der Veröffentlichungen in der DEUTSCHEN POLIZEI 2026



Der Polizeibeamte

Nachrichtenorgan und Fachzeitschrift des Bundes der Polizeibeamten des Landes Nordrh.-Westf. e. V.

3. Jahrgang | Essen, den 15. Januar 1951 | Nummer 1

Verband in Rheinland-Pfalz gegründet

Nachdem sich in den Nachbarländern von Rheinland-Pfalz bereits seit längerer Zeit Interessenvertretungen der Fachsparten des Polizeiberufes gebildet hatten, folgte am 23. November 1950 auch Rheinland-Pfalz mit der Gründung des „Verbandes der Polizeiangehörigen Rheinland-Pfalz" als einer neutralen Berufsorganisation der im Dienste dieses Landes stehenden Polizeibediensteten nach. Dieser bedeutungsvolle Schritt zu einer selbständigen, von allen parteipolitischen und sonstigen wesensfremden Einflüssen freien Berufsvertretung entsprach einem immer stärker werdenden Wunsche weiter Kreise der Polizeiangehörigen. Die Aufgabe dieser neugeschaffenen eigenen berufsständischen Interessenvertretung besteht in der Verfechtung der Belange ihrer Angehörigen und deren Familien, was sich nicht zuletzt auch zum Wohle des Staates auswirken wird.

1951

Im 1. Nachrichtenorgan der GdP
„Der Polizeibeamte"
aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen
(Ausgabe Januar 1951)
wird über die Gründung des
„Verbandes der Polizeiangehörigen
Rheinland-Pfalz"
am 23. November 1950
berichtet

Kommissarischer Vorstand:

1. Vors. Josef Harzheim
2. Vors. Josef Schuster
Schriftführer Heinz Fromm
Kassierer Hans Skudlarek

1951



Der Polizeibeamte

Nachrichtenorgan und Fachzeitschrift der Gewerkschaft der Polizei Landesverband Nordrh.-Westf. e. V.

3. Jahrgang | Essen, den 15. März 1951 | Nummer 3

Am 15. Januar 1951 hielt der neugegründete Verband bereits seine erste größere und gutbesuchte Versammlung in Koblenz, im Saale des Gasthauses „Höhenhaus", ab. Als Hauptreferent sprach der Erste Vorsitzende des Bruderverbandes Nordrhein-Westfalen, Kollege Schulte, über Entstehung, Aufbau und Zweck dieser selbständigen Interessenvertretung. Seine interessanten und aufschlußreichen Darlegungen wurden begeistert aufgenommen. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Zweck und Bestrebung der Polizeibeamtenverbände,
2. Bisherige Erfahrungen und Erfolge,
3. Paritätische Zusammensetzung der Vorstände,
4. Verhältnis zur „ÖTV",
5. Besoldungsregelung.

Den Abschluß bildete eine rege Diskussion, bei der auch den anwesenden Vertretern der „ÖTV" Gelegenheit gegeben wurde, zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Ihre Ausführungen waren jedoch unsachlich, als daß sie hätten überzeugend wirken können.

Schließlich wurde noch die Kreisgruppe Koblenz gegründet und folgender Vorstand gewählt:

1. Vorsitzender Kollege Stulz,
2. Vorsitzender Kollege Löbbert,
1. Schriftführer Kollege Oehlers,
2. Schriftführer Kollege Lühr,
1. Kassierer Kollege Bretz,
2. Kassierer Kollege Marx
und 4 Beisitzer.

In der Ausgabe
März 1951
wird über die Gründung der
Kreisgruppe Koblenz am
15. Januar 1951
berichtet

1951



Der Polizeibeamte

Nachrichtenorgan und Fachzeitschrift der Gewerkschaft der Polizei Landesverband Nordrh.-Westf. e. V.

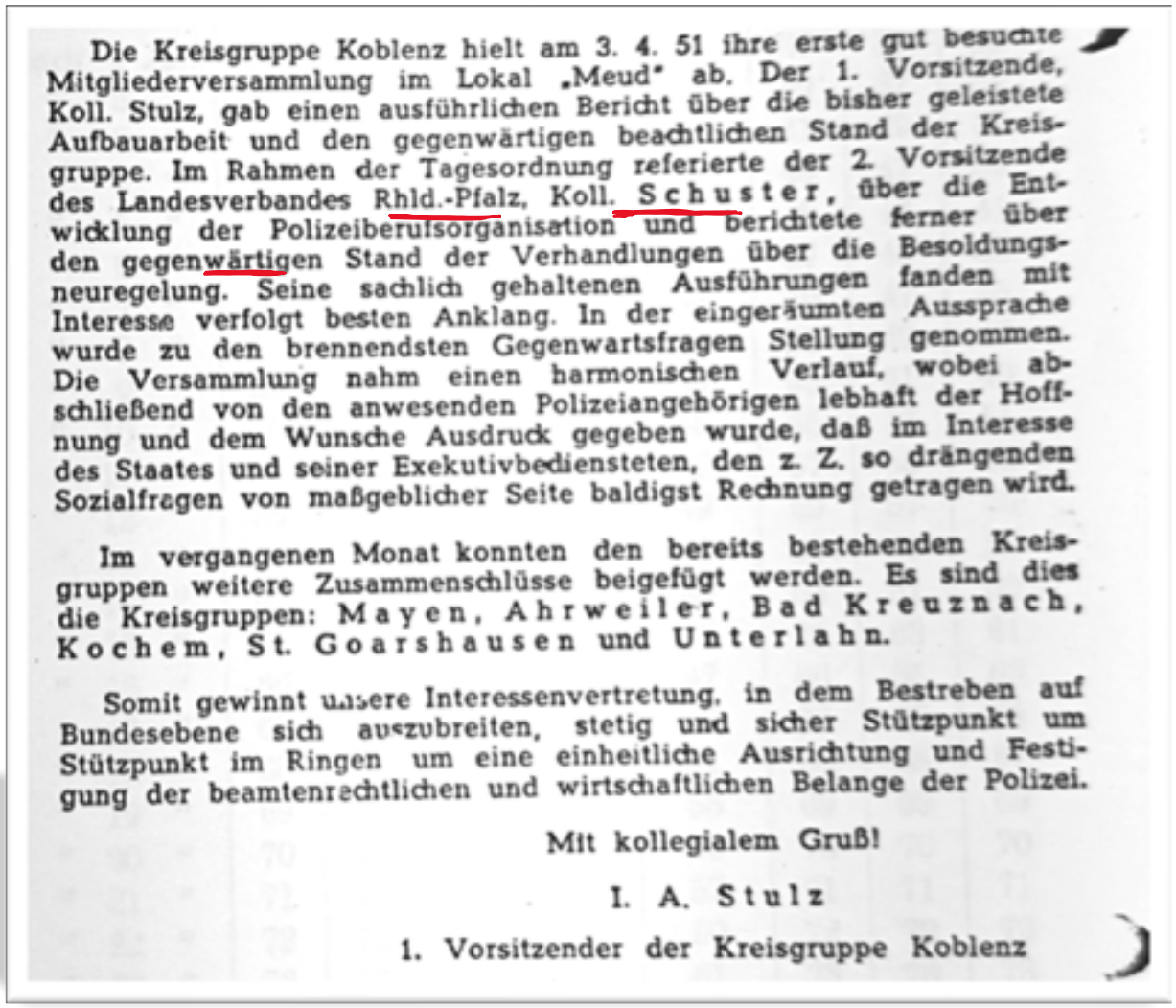
3. Jahrgang — Essen, den 15. Mai 1951

Gewerkschaftsarbeit in Rheinland-Pfalz

Nachdem der hiesige Landesverband in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits mehrere gut fundierte Kreisgruppen gebildet hat, ist nunmehr die Basis geschaffen, um unsere Organisation auch in den südlichen und westlichen Landesgebieten weiter ausbauen zu können. Die von hier entfaltete Tätigkeit hat bereits allenthalben regen Widerhall gefunden. Täglich mehren sich die Zuschriften und Anfragen der in den entfernt liegenden Kreisen bediensteten Polizeiangehörigen, über Zweck und Ziel der „Gewerkschaft der Polizei", geben Kunde eines lebhaften Interesses an unserer der Polizeibeamtenschaft dienenden Organisationsarbeit. Behindernd wirkt hierbei der Mangel an ausreichendem Werbe- und Aufklärungsmaterial. Zur Ueberbrückung dieses Engpasses dient uns lediglich die monatlich erscheinende Fachzeitschrift: „Der Polizeibeamte", deren Zustellung nunmehr allen Kollegen in der Folgezeit gewährleistet wird. Für die Nachlieferung noch zustehender rückliegender Zeitschriften

Weitere Kreisgruppengründungen im Landesverband Rheinland-Pfalz

1951



Die Kreisgruppe Koblenz hielt am 3. 4. 51 ihre erste gut besuchte Mitgliederversammlung im Lokal „Meud" ab. Der 1. Vorsitzende, Koll. Stulz, gab einen ausführlichen Bericht über die bisher geleistete Aufbauarbeit und den gegenwärtigen beachtlichen Stand der Kreisgruppe. Im Rahmen der Tagesordnung referierte der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Rhld.-Pfalz, Koll. Schuster, über die Entwicklung der Polizeiberufsorganisation und berichtete ferner über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Besoldungsneuregelung. Seine sachlich gehaltenen Ausführungen fanden mit Interesse verfolgt besten Anklang. In der eingeräumten Aussprache wurde zu den brennendsten Gegenwartsfragen Stellung genommen. Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf, wobei abschließend von den anwesenden Polizeiangehörigen lebhaft der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß im Interesse des Staates und seiner Exekutivbediensteten, den z. Z. so drängenden Sozialfragen von maßgeblicher Seite baldigst Rechnung getragen wird.

Im vergangenen Monat konnten den bereits bestehenden Kreisgruppen weitere Zusammenschlüsse beigefügt werden. Es sind dies die Kreisgruppen: Mayen, Ahrweiler, Bad Kreuznach, Kochem, St. Goarshausen und Unterlahn.

Somit gewinnt unsere Interessenvertretung, in dem Bestreben auf Bundesebene sich auszubreiten, stetig und sicher Stützpunkt um Stützpunkt im Ringen um eine einheitliche Ausrichtung und Festigung der beamtenrechtlichen und wirtschaftlichen Belange der Polizei.

Mit kollegialem Gruß!

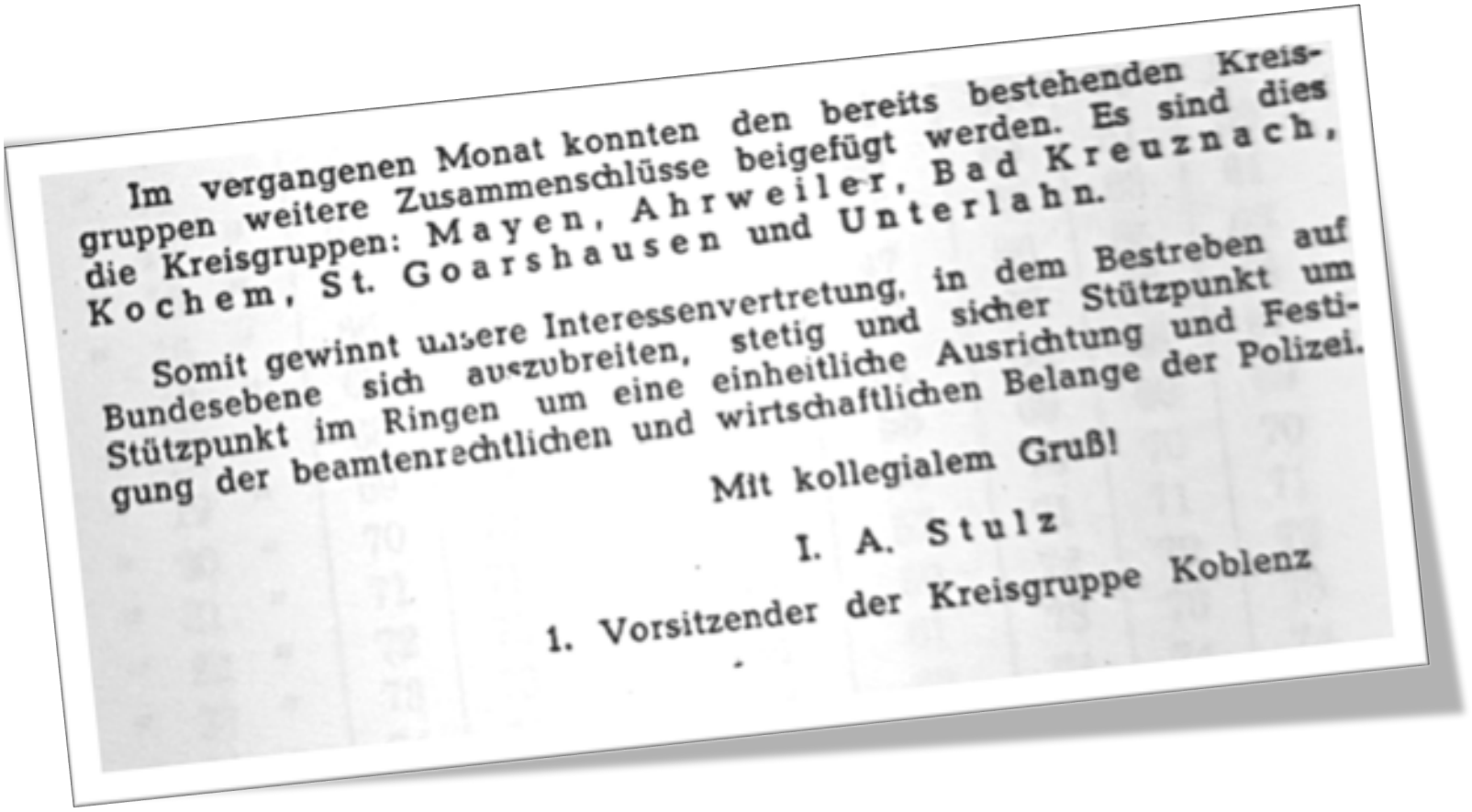
I. A. Stulz

1. Vorsitzender der Kreisgruppe Koblenz

Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Koblenz am
3. April 1951

Kreisgruppenvorsitzender:
S T U L Z

1951



Im vergangenen Monat konnten den bereits bestehenden Kreisgruppen weitere Zusammenschlüsse beigefügt werden. Es sind dies die Kreisgruppen: Mayen, Ahrweiler, Bad Kreuznach, Kochem, St. Goarshausen und Unterlahn.

Somit gewinnt unsere Interessenvertretung, in dem Bestreben auf Bundesebene sich auszubreiten, stetig und sicher Stützpunkt um Stützpunkt im Ringen um eine einheitliche Ausrichtung und Festigung der beamtenrechtlichen und wirtschaftlichen Belange der Polizei.

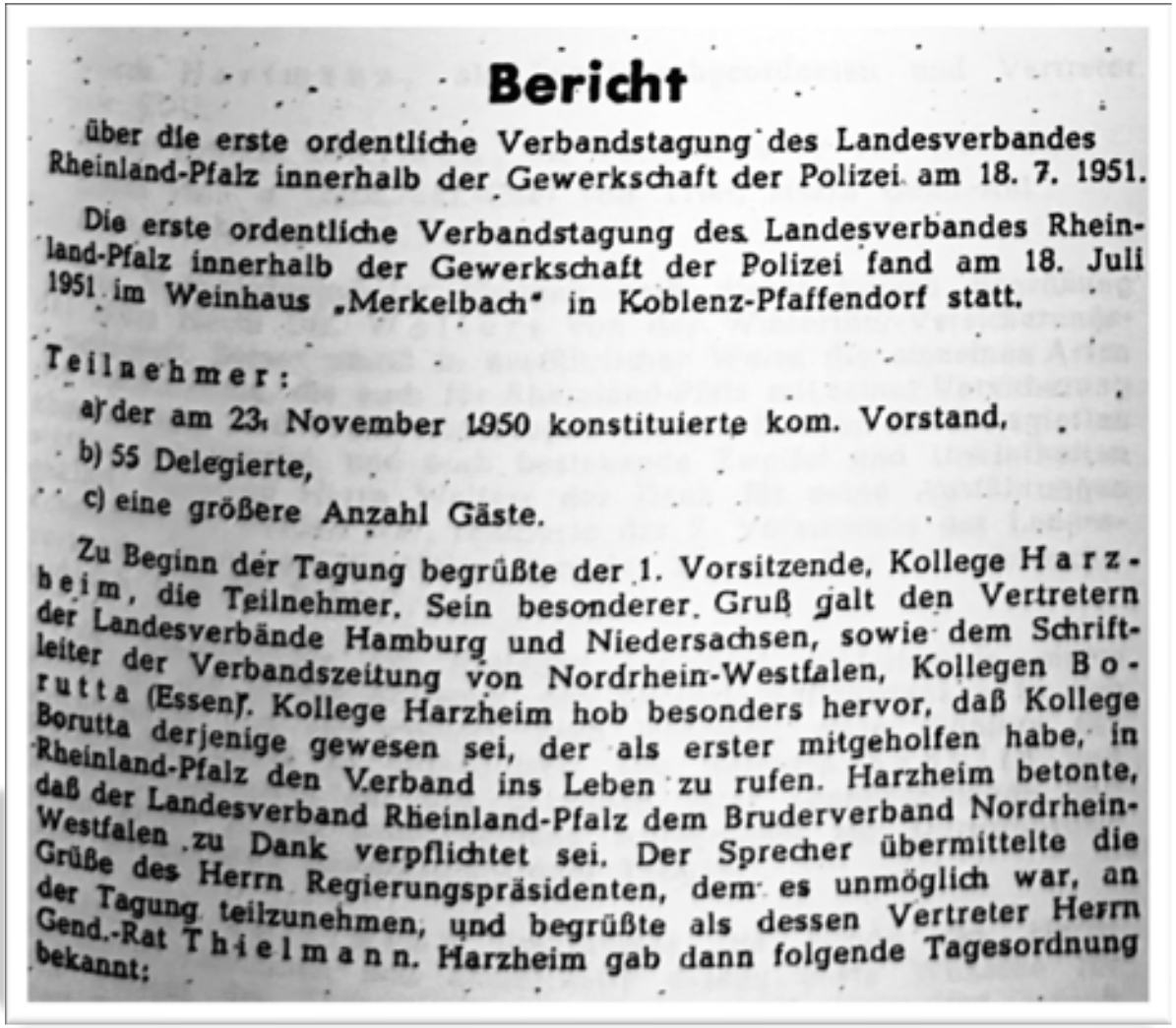
Mit kollegialem Gruß!

I. A. Stulz

1. Vorsitzender der Kreisgruppe Koblenz

Weitere Kreisgruppen gründen sich:
„Mayen
Ahrweiler,
Bad-Kreuznach
Kochem
St. Goarshausen
Unterlahn“

1951



Bericht

über die erste ordentliche Verbandstagung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz innerhalb der Gewerkschaft der Polizei am 18. 7. 1951.

Die erste ordentliche Verbandstagung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz innerhalb der Gewerkschaft der Polizei fand am 18. Juli 1951 im Weinhaus „Merkelbach" in Koblenz-Pfaffendorf statt.

Teilnehmer:

a) der am 23. November 1950 konstituierte kom. Vorstand,

b) 55 Delegierte,

c) eine größere Anzahl Gäste.

Zu Beginn der Tagung begrüßte der 1. Vorsitzende, Kollege Harzheim, die Teilnehmer. Sein besonderer Gruß galt den Vertretern der Landesverbände Hamburg und Niedersachsen, sowie dem Schriftleiter der Verbandszeitung von Nordrhein-Westfalen, Kollegen Borutta (Essen). Kollege Harzheim hob besonders hervor, daß Kollege Borutta derjenige gewesen sei, der als erster mitgeholfen habe, in Rheinland-Pfalz den Verband ins Leben zu rufen. Harzheim betonte, daß der Landesverband Rheinland-Pfalz dem Bruderverband Nordrhein-Westfalen zu Dank verpflichtet sei. Der Sprecher übermittelte die Grüße des Herrn Regierungspräsidenten, dem es unmöglich war, an der Tagung teilzunehmen, und begrüßte als dessen Vertreter Herrn Gend.-Rat Thielmann. Harzheim gab dann folgende Tagesordnung bekannt:

1. ordentliche Verbandstagung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz am 18.07.1951 in Koblenz

1951

Der 1. Landesvorstand

Als nächster Punkt wurden die einzelnen Wahlen durchgeführt, und zwar zunächst die des Vorstands. Dieser setzt sich in Zukunft aus 12 Mitgliedern zusammen. Gewählt wurden:

1. Kollege Harzheim, als 1. Vorsitzender,
2. Kollege Fromm, als 1. Schriftführer,
3. Kollege Skudlarek, als 1. Kassierer,
4. Kollege Wittkowski, als 2. Vorsitzender,
5. Kollege Hering, als 2. Schriftführer,
6. Kollege Marx, als 2. Kassierer,
7. Kollege Schuster, als Beisitzer und Vertreter der Krim.-Polizei,
8. Kollege Mees, als Beisitzer und Vertreter der komm. Ordnungspolizei,
9. Kollege Jung, als Beisitzer,
10. Kollege Kraft, als Beisitzer,
11. Kollege Weber, als Beisitzer,
12. der sechste Beisitzer wird für einen Trierer Kollegen freigehalten, die demnächst zu bildende Kreisgruppe Trier soll zur gegebenen Zeit den in Trier gewählten Kollegen dem Vorstand namhaft machen.

Nun folgte die Wahl des Verbandsausschusses. Dieser setzt sich aus sieben Mitgliedern, und zwar den Kollegen

Franken, Kreuznach,
Ickler, Andernach,
Leimbruch, Koblenz,
Lichtentäler, Unterlahnkreis,
Köhler, Koblenz,
Zanders, Neuwied,
Kupper, Ahrweiler,

Als Kassenprüfer wurden die Kollegen

Wagner, Gend.-Kr. Kreuznach,
Konrad, Pol.-Amt Kreuznach, und
Bender, Gend.-Kr. Altenkirchen

gewählt. Die Rechtsschutzkommission setzt sich aus den Kollegen

Leimbruch, Koblenz,
Burckhardt, Mayen,
Dschängolis, Oberwesterwaldkreis, und
Sonntag, Kreuznach,

zusammen.

Für die Pressekommission wurden auf besonderen Antrag drei Koblenzer Kollegen, und zwar

Oehlers,
Stultz und
Fromm

gewählt.

1951

Rheinland-Pfalz

Gemäß Antrag des Landesvorstandes auf Erweiterung der Beförderungstermine zur Vermeidung von Härtefällen hat der Herr Innenminister folgendes verfügt:

„pp. Koblenz, den 24. 7. 1951

Betr.: Beförderung innerhalb der Polizei.

Es war im Interesse eines ordnungsmäßigen Geschäftsganges nicht zu vermeiden, Beförderungen zeitlich zu beschränken, was Anlaß gab, sie nur noch am Verfassungstage und zu Weihnachten auszusprechen.

Mit Rücksicht auf die lange Zeitspanne, die zwischen diesen Terminen liegt, bin ich mit der Vorlage von Anträgen dieser Art einverstanden, mit denen eine Beförderung zum 1. 9. 1951 angestrebt wird.

In besonders begründeten Fällen, bei denen die Verzögerung einer Beförderung als eine unbillige Härte empfunden werden müßte, können auch zwischenzeitlich entsprechende Anträge vorgelegt werden.

gez.: Dr. Z i m m e r."

... und sofort beginnt die Gewerkschaftsarbeit

„Erweiterung der Beförderungstermine"

1951


Der Polizeibeamte

Nachrichtenorgan und Fachzeitschrift der Gewerkschaft der Polizei Landesverband Rheinl.-Pfalz e.V.

3. Jahrgang — Essen, den 15. Oktober 1951 — Nummer 10

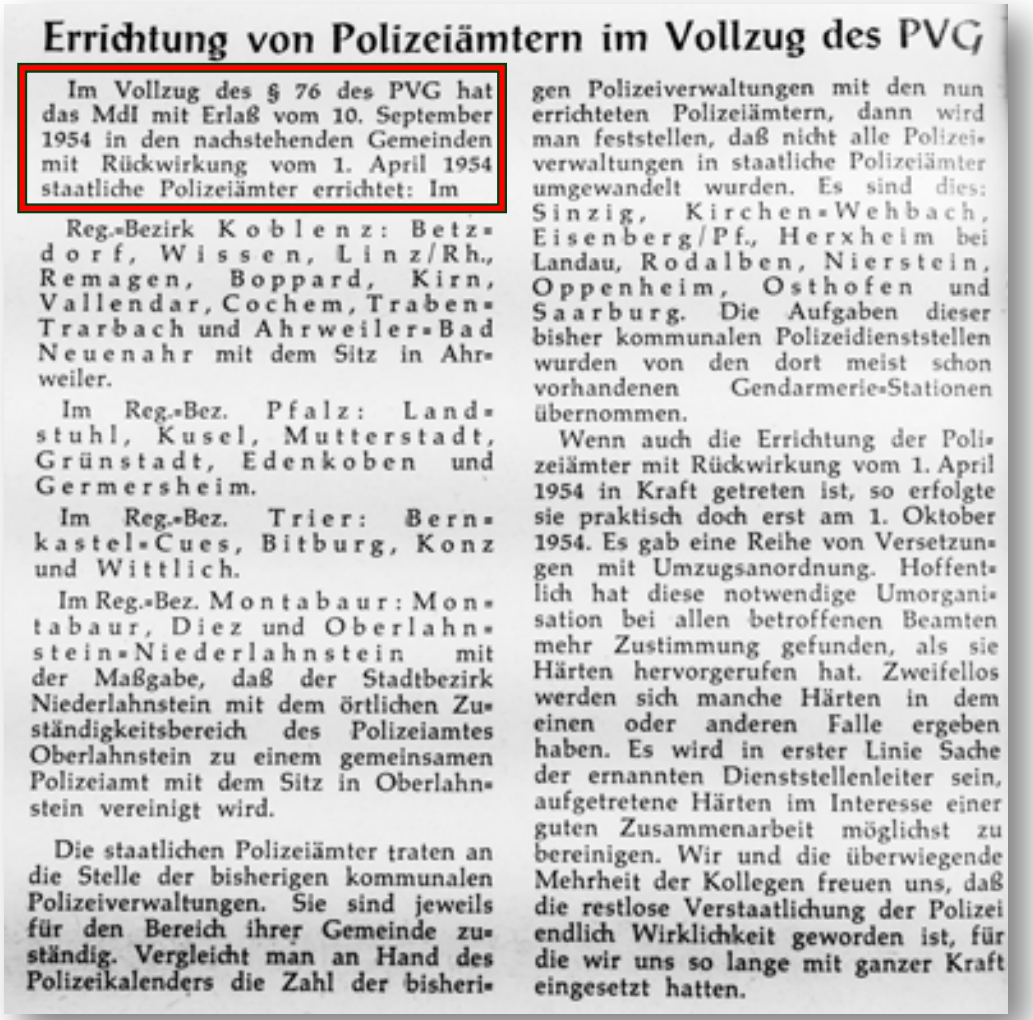
Delegiertenkongreß tagt in Koblenz

11. und 12. September 1951

Tagung ein großer Erfolg — Gewerkschaft der Polizei endgültig konstituiert — Wichtige Beschlüsse gefaßt — Alle Delegierten waren beeindruckt — Regierungsstellen erfuhren die Meinung der Polizei — Die Bedeutung der Polizei in staatspolitischer Hinsicht wurde herausgestellt

Delegiertenkongreß der GdP am 11. und 12. September 1951 in Koblenz

1954



Errichtung von Polizeiämtern im Vollzug des PVG

Im Vollzug des § 76 des PVG hat das MdI mit Erlaß vom 10. September 1954 in den nachstehenden Gemeinden mit Rückwirkung vom 1. April 1954 staatliche Polizeiämter errichtet: Im

Reg.-Bezirk Koblenz: Betzdorf, Wissen, Linz/Rh., Remagen, Boppard, Kirn, Vallendar, Cochem, Traben-Trarbach und Ahrweiler-Bad Neuenahr mit dem Sitz in Ahrweiler.

Im Reg.-Bez. Pfalz: Landstuhl, Kusel, Mutterstadt, Grünstadt, Edenkoben und Germersheim.

Im Reg.-Bez. Trier: Bernkastel-Cues, Bitburg, Konz und Wittlich.

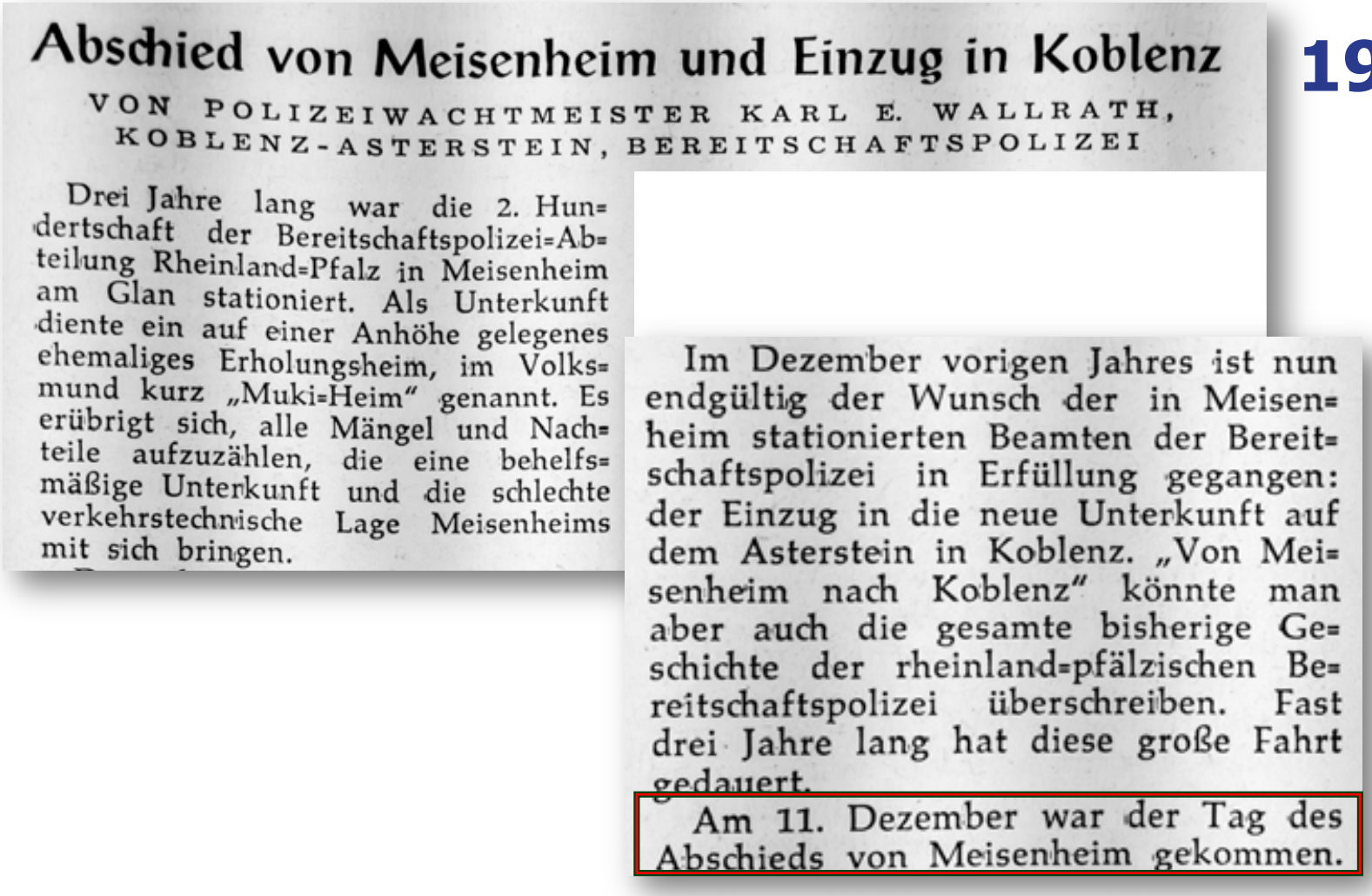
Im Reg.-Bez. Montabaur: Montabaur, Diez und Oberlahnstein-Niederlahnstein mit der Maßgabe, daß der Stadtbezirk Niederlahnstein mit dem örtlichen Zuständigkeitsbereich des Polizeiamtes Oberlahnstein zu einem gemeinsamen Polizeiamt mit dem Sitz in Oberlahnstein vereinigt wird.

Die staatlichen Polizeiämter traten an die Stelle der bisherigen kommunalen Polizeiverwaltungen. Sie sind jeweils für den Bereich ihrer Gemeinde zuständig. Vergleicht man an Hand des Polizeikalenders die Zahl der bisherigen Polizeiverwaltungen mit den nun errichteten Polizeiämtern, dann wird man feststellen, daß nicht alle Polizeiverwaltungen in staatliche Polizeiämter umgewandelt wurden. Es sind dies: Sinzig, Kirchen-Wehbach, Eisenberg/Pf., Herxheim bei Landau, Rodalben, Nierstein, Oppenheim, Osthofen und Saarburg. Die Aufgaben dieser bisher kommunalen Polizeidienststellen wurden von den dort meist schon vorhandenen Gendarmerie-Stationen übernommen.

Wenn auch die Errichtung der Polizeiämter mit Rückwirkung vom 1. April 1954 in Kraft getreten ist, so erfolgte sie praktisch doch erst am 1. Oktober 1954. Es gab eine Reihe von Versetzungen mit Umzugsanordnung. Hoffentlich hat diese notwendige Umorganisation bei allen betroffenen Beamten mehr Zustimmung gefunden, als sie Härten hervorgerufen hat. Zweifellos werden sich manche Härten in dem einen oder anderen Falle ergeben haben. Es wird in erster Linie Sache der ernannten Dienststellenleiter sein, aufgetretene Härten im Interesse einer guten Zusammenarbeit möglichst zu bereinigen. Wir und die überwiegende Mehrheit der Kollegen freuen uns, daß die restlose Verstaatlichung der Polizei endlich Wirklichkeit geworden ist, für die wir uns so lange mit ganzer Kraft eingesetzt hatten.

Die DEUTSCHE POLIZEI berichtet in ihrer Ausgabe über die Errichtung von Polizeiämtern

1955



Abschied von Meisenheim und Einzug in Koblenz

VON POLIZEIWACHTMEISTER KARL E. WALLRATH, KOBLENZ-ASTERSTEIN, BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Drei Jahre lang war die 2. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei-Abteilung Rheinland-Pfalz in Meisenheim am Glan stationiert. Als Unterkunft diente ein auf einer Anhöhe gelegenes ehemaliges Erholungsheim, im Volksmund kurz „Muki-Heim" genannt. Es erübrigt sich, alle Mängel und Nachteile aufzuzählen, die eine behelfsmäßige Unterkunft und die schlechte verkehrstechnische Lage Meisenheims mit sich bringen.

Im Dezember vorigen Jahres ist nun endgültig der Wunsch der in Meisenheim stationierten Beamten der Bereitschaftspolizei in Erfüllung gegangen: der Einzug in die neue Unterkunft auf dem Asterstein in Koblenz. „Von Meisenheim nach Koblenz" könnte man aber auch die gesamte bisherige Geschichte der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei überschreiben. Fast drei Jahre lang hat diese große Fahrt gedauert.

Am 11. Dezember war der Tag des Abschieds von Meisenheim gekommen.

Umzug der Bereitschaftspolizei abteilung von Meisenheim nach Koblenz-Asterstein am 11.12.1955

1955



Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nachwuchssorgen im Einzeldienst?

Betrachtungen zu einem aktuellen Problem

Die Tatsache, daß eines der wichtigsten Probleme der Polizei, mit dem sich die verantwortlichen Stellen des MdI. zur Zeit vordringlich zu befassen haben, die Behebung des akuten Mangels an Nachwuchskräften für den Einzeldienst der Polizei ist, kann als symptomatisch für die heutige Situation der Polizei in Rheinland/Pfalz angesehen werden. Es ist daher nur verständlich, daß auch der Landesbezirksvorstand Rheinland/Pfalz der GdP sich mit diesem Problem beschäftigt und versucht, zu seiner Lösung beizutragen.

Daß bereits seit einiger Zeit eine erhebliche Zahl von Planstellen innerhalb des Einzeldienstes der Polizei, vornehmlich in der Gendarmerie, nicht besetzt werden konnte, weil es an den hierzu erforderlichen Kräften fehlte, ist bekannt. Der Kräftebedarf des Einzeldienstes ist nun dadurch noch vergrößert worden, daß infolge der Herabsetzung der Schlüsselzahlen für die Aufstellung der Kräfte des Einzeldienstes im Polizeiverwaltungsgesetz vom 1. April 1954, die Schaffung einer entsprechenden Zahl vor der schwierigen Aufgabe, die zur Auffüllung und Verstärkung des Einzeldienstes dringend benötigten Kräfte bereitzustellen.

Daran, daß eine Verstärkung der Kräfte des Einzeldienstes eine sich aus dienstlichem und sozialem Verantwortungsbewußtsein unumgänglich ergebende Notwendigkeit ist, dürfte wohl kein Zweifel sein. Die aus der personellen Unterbesetzung resultierende dienstliche Überlastung der Beamten des Einzeldienstes, vor allem der Gendarmerie, die verstärkt wird durch den zeitbedingt ständig steigenden Arbeitsanfall, hat heute ein Ausmaß erreicht, das bei jedem Verantwortlichen ernste Besorgnis hervorrufen muß.

Hier muß anerkannt werden, daß das MdI. aus dieser Besorgnis und der erkannten Verantwortung heraus, schon früh Schritte erwogen und auch unternommen hat, die auf eine Beseitigung dieses Zustandes abzielen. Auch die GdP hat sich bereits mehrfach in Besprechungen mit dem MdI. dieses Problems angenommen und Vorschläge zu seiner Lösung gemacht. Leider — und dies ist bei der ernsten Sachlage besonders bedauerlich — haben sich die Auffassungen von MdI. und GdP bisher noch nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen.

Nachwuchssorgen im Einzeldienst der POLIZEI beschäftigt die GdP auch schon im Jahr 1955

1953



Protestkundgebungen gegen Besoldungsneuordnung

Im Zuge der vom Gewerkschaftsvorstand beschlossenen Protestkundgebungen gegen den vom Bundeskabinett vorgelegten Entwurf zu einer Besoldungsneuordnung auf Bundesebene fanden auch innerhalb des Landesbezirks Rheinland-Pfalz Kundgebungen statt. So hatte die Kreisgruppe Koblenz die Angehörigen der Polizei aus den Dienstbezirken Koblenz-Stadt und -Land, St. Goar und Montabaur am 6. Dezember 1955 zu einer solchen Kundgebung nach Koblenz, Hotel „Burg Hohenzollern", eingeladen. Der Landesbezirksvorstand hatte den 2. Bundesvorsitzenden, Kollegen Preuß aus Wiesbaden, als Referenten geworben.

Nachdem der 1. Vorsitzende der Kreisgruppe Koblenz, Kollege Stulz, die erschienenen Behörden- und Parlamentsvertreter sowie den Referenten begrüßt und kurz über Sinn und Zweck der Veranstaltung gesprochen hatte, erteilte er dem Referenten das Wort.

Kollege Preuß verstand es in meisterhafter Form, die Unzulänglichkeit der beabsichtigten Besoldungsneuordnung allen Erschienenen vor Augen zu führen. Unzulänglich ist die beabsichtigte Besoldungsneuordnung deshalb, weil sie die Löhne und Gehälter der Polizeibediensteten in keiner Weise an die inzwischen gestiegenen Lebenshaltungskosten auch nur heranführt und weil durch sie die immer wieder festzustellende Unterbewertung des Polizeieinzeldienstes keinesfalls beseitigt wird.

Im Anschluß an die Ausführungen des Kollegen Preuß wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die schon seit mehr als Jahresfrist von bezügliche Notiz in der Folge „Aus dem Leben des Landesbezirks".) Kollege Schulte fesselte in dieser seiner letzten Rede bei einem anderen Landesbezirk seine Zuhörer bis zum nicht endenwollenden Beifall am Schluß seiner Ausführungen. Auch in Neuwied wurde eine Entschließung mit sinngemäß gleichem Inhalt wie in Koblenz gefaßt.

Auf Grund der gefaßten Entschließungen richtete der Landesbezirksvorstand am 15. Dezember 1955 das anschließend im vollen Wortlaut wiedergegebene Schreiben an den Herrn Ministerpräsidenten; dem Herrn Innenminister wurde eine Durchschrift zugeleitet.

Große Protestkundgebung in Koblenz am 06.12.1955

1955



Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ein Besuch bei der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt

Im August wurde von 140 Anwärtern der 3. Hundertschaft der Bereitschaftspolizeiabteilung Rheinland-Pfalz die neuerrichtete Unterkunft in Schifferstadt bezogen. Ein Besuch dieser Schule und Ausbildungsstätte, die teils in der Presse irrtümlich mit „Polizeikaserne" bezeichnet wurde, veranlaßt uns zu einem Lob für die Landesregierung. Diese hat — und das muß hier besonders hervorgehoben werden — durch die Errichtung der Schule den Anwärtern eine wirkliche Heimstatt geschaffen.

Bahnhof Schifferstadt liegt, fügt sich in seiner Form und Ausdehnung harmonisch in das Landschaftsbild ein. Die Anlage, die bis in alle Einzelheiten wohldurchdacht ist, unterteilt sich in die Wohn-, Unterrichts-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude. Die Garage mit eigener Werkstatt und Tankstelle bietet genügend Platz für die Kraftfahrzeuge der Hundertschaft. Der große Speisesaal mit seinem Fernsehgerät, die geschmackvoll eingerichtete Kantine, die Küchenräume mit ihrer Kühlanlage, die Wasch- und Baderäume und auch das Krankenrevier müssen als vorbildlich bezeichnet werden und jeden Besucher erfreuen.

Alles ist modern und zweckmäßig eingerichtet. Hinter den hellen großflächigen Fronten gibt es nur strahlende Helligkeit und anheimelnde Ordnung, die auch auf Vorhänge an den Fenstern nicht verzichtet, wohl aber auf die unschönen Hocker und primitiven Tische aus früherer Zeit, die durch praktische, bequeme Möbel ersetzt sind.

belegung der Unterkünfte verzichtet. Im wahrsten Sinne des Wortes: hier kann man auch in Uniform Mensch sein, denn man ißt an gedeckten Tischen in einem Speisesaal, dessen Anlage und Innenausstattung — siehe das untenstehende Bild — auch einem guten Hotel alle Ehre machen würde. Seine Freizeit verbringt der Anwärter zum Teil auch in der Kantine, die mit den Einrichtungen unserer Erinnerung nichts mehr gemein hat als nur den Namen.

Daß wir in den Fluren Putzfrauen in voller Tätigkeit sahen, bescheinigt die Tatsache der äußersten Beschränkung der Anwärter auf die eigentlichen Aufgaben, die sich auf die Ausbildung und Bereitschaft für mögliche Großeinsätze konzentrieren.

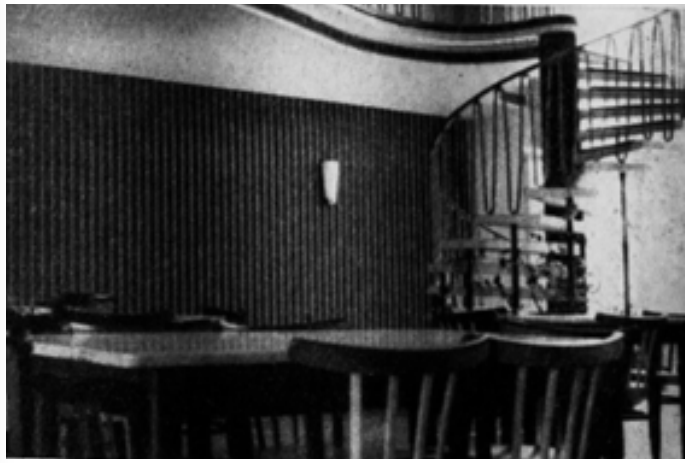
Unsere Feststellung: vom Barras keine Spur. Den früher so gefürchteten UvD gibt es nicht. Wichtige Mitteilungen werden durch die moderne Lautsprecheranlage, die jeden Winkel der Unterkunft erreicht, bekanntgegeben. Besonderer Wert wird auf die Bildung der Einzelpersönlichkeit gelegt. Die Einsicht

den Lehrplan, die uns der Leiter, berkommissar Stahl, gestattete, bestigte unsere Vermutung. Aber was itzte den Anwärtern alle Schönheit, enn das leibliche Wohl keine Beachng fände! Junge Menschen haben mer Appetit. Das scheint auch dem ichenchef bekannt zu sein. Sein Speisean, der jeweils für 14 Tage aufgestellt ist, beweist es uns.

Wir sahen vieles, das uns erfreute. Aber — wir sahen keinen Sportplatz und keine Turnhalle, die ausreichend wären, um der körperlichen Ertüchtigung ebenso wie der geistigen Ausbildung des Polizeinachwuchses zu genügen. Zur sauberen Unterkunft, tadellosen Verpflegung, menschlichen Behandlung gehört auch ausreichende Sportmöglichkeit für den Sommer wie den Winter. Alle Voraussetzungen, die zur Persönlichkeitsbildung der Anwärter beitragen können, müssen ohne finanzielle Erwägungen geschaffen werden.

Nun befinden sich die Kollegen schon mitten in ihrer Ausbildung und werden sich, wenn sie diese Zeilen lesen, bestimmt schon eingewöhnt haben. Manchem wird es, soweit er diese Erkenntnis nicht schon vorher hatte, zu Bewußtsein gekommen sein, daß er sich zwar einen schönen und vielseitigen, aber auch schweren Beruf erwählt hat. Die Zeit der Ausbildung sind Lehrjahre. Lehrjahre aber sind keine Herrenjahre. Das wissen alle.





Neue Bereitschafts polizei in Schifferstadt

1956



Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Kollege Harzheim im Ruhestand

Am 1. Oktober 1956 ist unser Ehrenvorsitzender, Kollege Polizeihauptkommissar Josef Harzheim, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. An anderer Stelle gedenken wir ehrend aller unserer Kollegen, die am 30. September 1956 dem aktiven Dienst „Lebewohl" sagten; wir glauben aber allen Grund zu haben, unseres Ehrenvorsitzenden an dieser Stelle besonders zu gedenken.

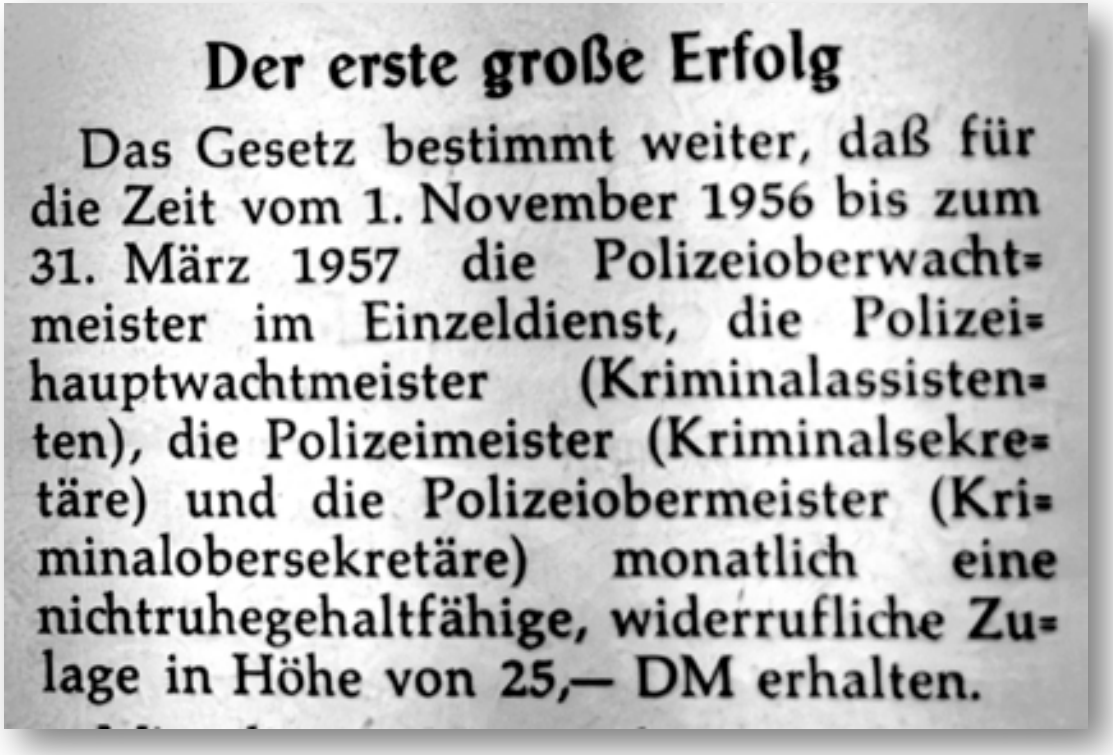
Schon in der Zeit der Weimarer Republik war unser Kollege Harzheim eifriges Mitglied im Verband Preußischer Polizeibeamter, dem ehemaligen Schraderverband. Als nach dem Zusammenbruch den Angehörigen der Polizei in Rheinland-Pfalz auch die Koalitionsfreiheit wieder gewährt wurde, lag ihm die Bildung einer berufsständischen Organisation für alle Polizeibediensteten besonders am Herzen. Es war daher nur zu verständlich, daß zu den Kollegen, die sich im November 1950 zur Gründung des damaligen Verbandes der Polizeiangehörigen von Rheinland-Pfalz in Koblenz zusammenfanden, auch unser Kollege Harzheim gehörte. Einstimmig wurde ihm das Amt des 1. Vorsitzenden des neugegründeten Verbandes übertragen. Unter seiner Leitung wurde die anfänglich kleine Organisation ausgebaut und die Voraussetzungen für die Eingliederung des Verbandes der Polizeiangehörigen als Landesbezirk Rheinland-Pfalz in die Gewerkschaft der Polizei geschaffen. Diese wurde im September 1951 auf dem Rittersturz in Koblenz gegründet. Die weitere ständige Aufwärtsentwicklung des Landesbezirks Rheinland-Pfalz in der Gewerkschaft der Polizei wird stets mit dem Namen unseres Kollegen Harzheim verbunden bleiben.

Nach seinem durch Arbeitsüberlastung bedingten Rücktritt von der Funktion des 1. Landesbezirksvorsitzenden widmete er sich doch als einstimmig gewählter Ehrenvorsitzender des Landesbezirks unermüdlich der weiteren Arbeit für die Betreuung der Polizeiangehörigen. Seiner unerschütterlichen Ruhe, Zähigkeit und umsichtigen Verhandlungstaktik verdankt der Landesbezirk so manchen Erfolg. Es ist dem Landesbezirksvorstand daher mehr als eine Pflicht, unserem Kollegen Harzheim anläßlich dieses denkwürdigen Tages für die zum Wohle aller Polizeiangehörigen geleistete Arbeit herzlichst zu danken. Wir verbinden damit die Hoffnung, daß ihm ein langer und geruhsamer Ruhestand vergönnt sein möge; wir sind aber auch davon überzeugt, daß das Ausscheiden aus dem aktiven Dienst für unseren Kollegen Harzheim nicht die Beendigung seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit bedeuten wird.

FÜR DEN LANDESBEZIRKSVORSTAND
WITTKOWSKI SKUDLAREK SCHUSTER

Zum 01.10.1956 wird der 1. Landesvorsitzende Josef Harzheim in den Ruhestand verabschiedet

1956



Der erste große Erfolg

Das Gesetz bestimmt weiter, daß für die Zeit vom 1. November 1956 bis zum 31. März 1957 die Polizeioberwachtmeister im Einzeldienst, die Polizeihauptwachtmeister (Kriminalassistenten), die Polizeimeister (Kriminalsekretäre) und die Polizeiobermeister (Kriminalobersekretäre) monatlich eine nichtruhegehaltfähige, widerrufliche Zulage in Höhe von 25,— DM erhalten.

Nach den denkwürdigen Protesten der Bundes-GdP im Herbst 1955 ist in der DP Ausgabe 12/1956

„Der erste große Erfolg“

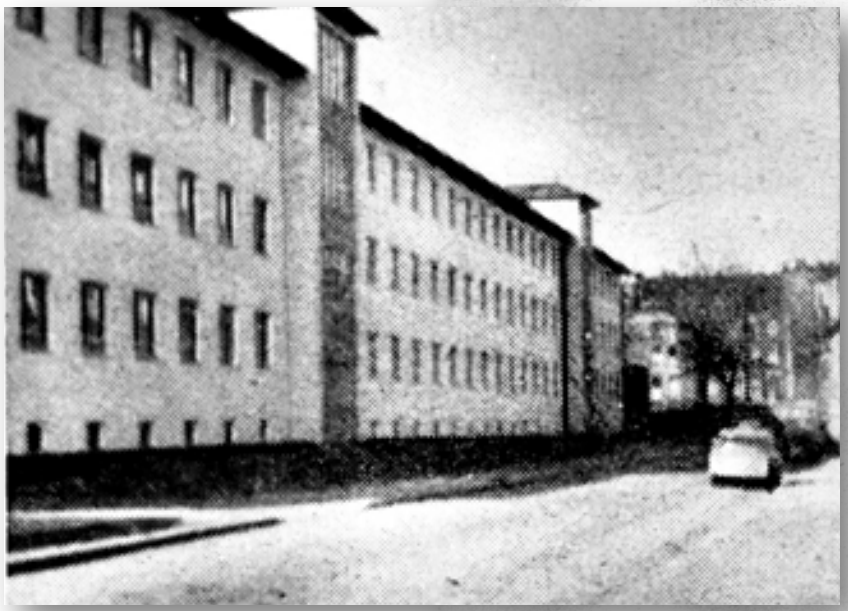
zu lesen.

1957

Zu Beginn des Jahres wird in der DP von der neuen Bereitschaftspolizei in Mainz - Templerstraße berichtet

Unser Nachwuchs im goldigen Mainz

Wenn der Beamte des polizeilichen Einzeldienstes die Entwicklung in der Bereitschaftspolizei verfolgt, so hat dies seinen guten Grund. Der Bereitschaftspolizei ist doch die große und verantwortungsvolle, aber auch schöne Aufgabe zugewiesen, die Ausbildung des Nachwuchses der Polizei sicherzustellen und darüber hinaus die notwendig werdenden Sondereinsätze als zusammengefaßter Polizeiverband die Kollegen des Einzeldienstes zu unterstützen.



Die Entwicklung und der Aufbau der Bereitschaftspolizeiabteilung Rheinland-Pfalz ist nun so weit fortgeschritten, daß bereits im vergangenen Jahr nahezu 100 Beamte in den Einzeldienst übergeführt werden konnten. Diese personelle Verstärkung der Ordnungspolizei und der Gendarmerie hätte sich noch weit günstiger ausgewirkt, wenn der Bedarf an Ausbildungskräften für den Nachwuchs und die ständig sicherzustellende Alarmbereitschaft nicht dazu gezwungen hätten, einen Teil der Beamten in der Bereitschaftspolizei zurückzuhalten.

In der Unterbringung der Bereitschaftspolizeiabteilung ist man nun insofern der endgültigen Lösung näher gekommen, als die Unterkunft in Mainz, eine der modernsten Polizeiunterkünfte überhaupt, im wesentlichen fertiggestellt ist. Bereits am 15. Dezember 1956 konnten die jungen Polizisten aus den bisherigen Standorten Koblenz, Trier und Schifferstadt ihren Einzug in die hellen und lichten Gebäude in dem als „goldig" besungenen Mainz halten.

Der am schönen Rheinufer, gegenüber der Mainmündung gelegene Gebäudekomplex, der sich wohlgeordnet im Rechteck um einen mächtigen Hofraum gruppiert, besteht aus Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wohngebäuden sowie einer Turnhalle, den erforderlichen Werkstatt- und Garagenräumen und einer Tankstelle. Zweifellos wurden bei dieser Unterkunft, die auf den Besucher nur Freundlichkeit ausstrahlt, alle Einzelheiten wohldurchdacht, so daß sich unsere jungen Kollegen, sei es nun in den gemütlichen Wohnräumen, im großen Speisesaal mit dem Fernsehgerät oder in der vorbildlich eingerichteten Kantine, wie zu Hause fühlen können. Erfreulich ist vor allem die moderne Bauweise, die ein Gefühl der Vermassung erst gar nicht aufkommen läßt, die vielmehr darauf abzielt, die Bildung der Einzelpersönlichkeit in den Vordergrund zu stellen und zu fördern.

Nachdem nun die Unterkunft in Mainz bezogen ist, befindet sich die

1958

Das Wahlergebnis:

Vorstand

1. Vorsitzender:
Kollege Heinz Wittkowski, Treis (Mosel)
2. Vorsitzender:
Kollege Franz Jung, Monreal b. Mayen
3. Vorsitzender:
Kollege Willibald Schleicher, Neustadt
1. Schriftführer:
Kollege Theodor Krafft, Wollendorf
2. Schriftführer:
Kollege Siegfried Stulz, Koblenz
1. Kassierer:
Kollege Hans Skudlarek, Remagen
2. Kassierer:
Kollege Johann Marx, Koblenz

Beisitzer:
Kollege Hans Cybula, Trier
Kollege Peter Stevens, Koblenz
Kollege Robert Fuchs, Landau
Kollege Hans Hering, Unterhausen
Kollegin Maria Jakobs, Koblenz
Kollege Wilhelm Liedtke, Mainz
Kollege Ignatz Mees, Betzdorf
Kollege Kurt Müller, Mainz
Kollege Walter Schorn, Koblenz
Kollege Arthur Völker, Schifferstadt
Kollege Paul Wagner, Kärlich
Kollege Heinrich Weber, Birkenfeld
Kollege Hans Winkler, Bad Ems
Kollege Hubert Holz, Speyer
Kollege Ludwig Hinkel, K'lautern
Kollege Wilh. Schwertschlager, Mainz

Landesbezirksausschuß

Kollege Wilhelm Franken, Ahrweiler, (Vorsitzender)
Kollege Manfred Fröse, Koblenz
Kollege Heinz Fromm, Koblenz
Kollege Valentin Göller, Rockenhausen
Kollege Albert Hofstadt, Zweibrücken
Kollege Walter Ickler, Andernach
Kollege Hein Keßler, Ahrweiler
Kollege Georg Zanters, Neuwied
Kollege Mathias Marx, Trier
Kollege Karl Philipp Milch, Bingen
Kollege Johann Mürtz, Montabaur
Kollege Walter Stäcker, Koblenz
Kollege Peter Lauer, Prüm



Kollege Schuster mit seiner Mitarbeiterin, Frl. Lieser, (rechts); links: die Vertreterin der Angestellten und Arbeiter, Kollegin Jakobs

Wahlergebnis des 5. Delegiertentages Mai 1958 in Koblenz

Nicht den Erwartungen entsprechend

Personalvertretungsgesetz für Rheinland-Pfalz verabschiedet

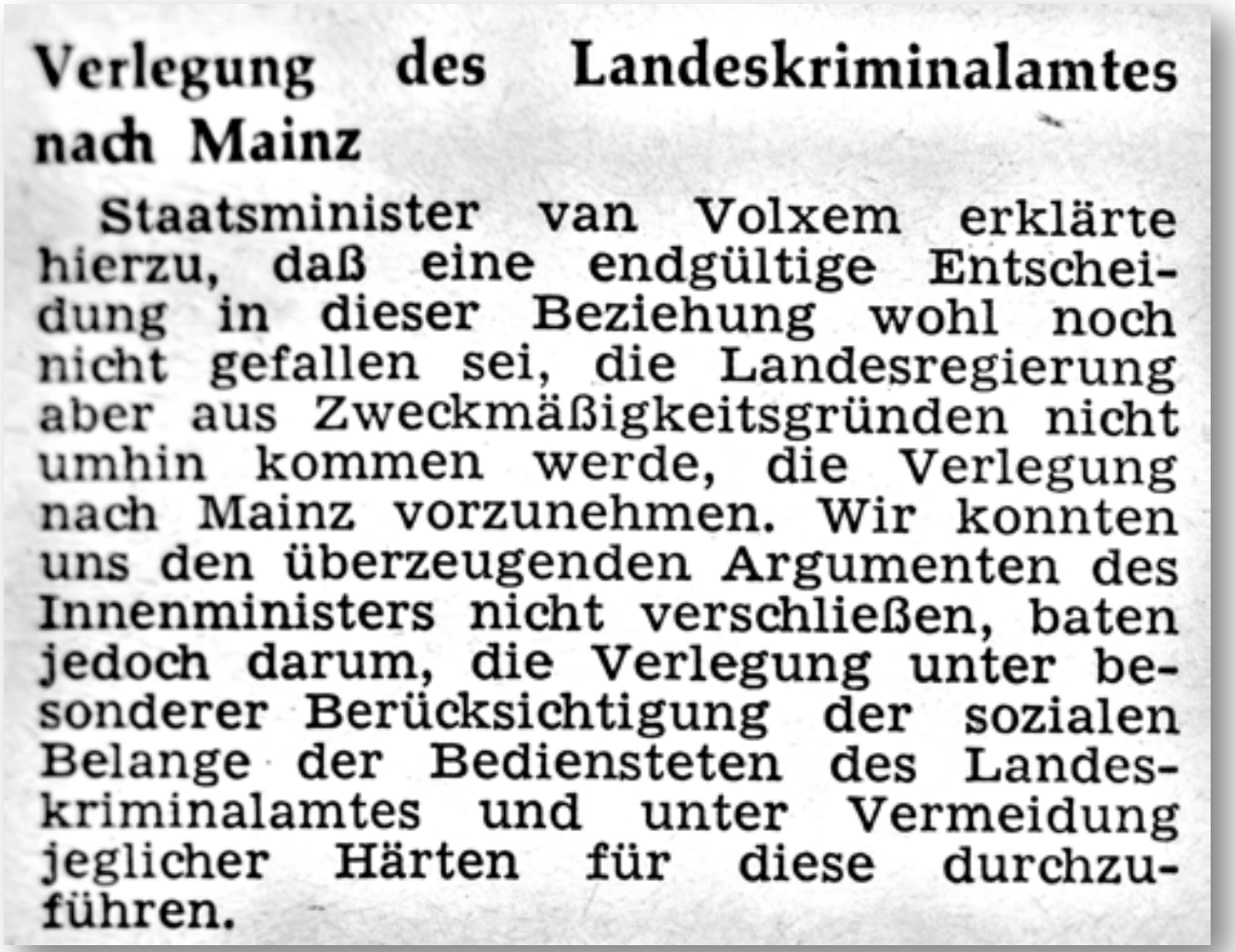
In seiner 53. Sitzung am 14. Juli 1958 hat der Landtag das Personalvertretungsgesetz für Rheinland-Pfalz mit den Stimmen der Regierungsparteien, gegen die der Opposition beschlossen. Das Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1958 in Kraft. Nach § 106, Abs. 2 des Gesetzes ist die Landesregierung gehalten, bis spätestens zum 1. Januar 1959 eine Wahlordnung zu erlassen, in der die technischen Einzelheiten über die Durchführung der Wahl enthalten sind. Innerhalb von drei Monaten nach Erlaß der Wahlordnung haben dann die ersten Personalratswahlen stattzufinden. Es ist anzunehmen, daß dies im Frühjahr 1959 der Fall sein wird. Bis dahin bleiben die nach der Landesverordnung Nr. 47 (Betriebsräteverordnung) gewählten Betriebsräte im Amt, die jedoch ab 1. Oktober 1958 die sich aus den Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes ergebenden Rechte und Pflichten wahrzunehmen haben.

Es war bezeichnend für den Widerstreit der Meinungen von Regierungsparteien und Opposition über den Inhalt dieses Gesetzes, daß die Fraktion der SPD nach der Zweiten Lesung des Gesetzes am 8. Juli 1958, bei der die von ihr gestellten Abänderungsanträge fast ausnahmslos abgelehnt worden waren, der für den gleichen Tag vorgesehenen Dritten Lesung mit Erfolg widersprach. Bei der Dritten Lesung am 14. Juli 1958 plädierten die Sprecher der SPD-Fraktion nochmals für ihre erneut gestellten Anträge, die insbesondere auf eine Erweiterung der Befugnisse der Personalräte im Rahmen der Mitwirkung und Mitbestimmung abzielten und in denen unter anderem die Einrichtung einer Einigungsstelle als oberste neutrale Schiedsinstanz in Angelegenheiten der Mitbestimmung gefordert wurde. Abgeordneter Rothley (SPD) stellte fest, daß der rheinland-pfälzische Gesetzentwurf in seinem Inhalt teilweise erheblich hinter dem des Bundespersonalvertretungsgesetzes zurückbleibe, während andere Bundesländer, wie z. B. Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen, weit darüber hinausgegangen seien. Wenn das Personalvertretungsgesetz von Rheinland-Pfalz in der vorliegenden Form verabschiedet werde, so erklärte er, könne es berechtigt als das schlechteste derartige Gesetz aller

1958

Das neue LPersVG entspricht nicht den Erwartungen der GdP

1959



Verlegung des Landeskriminalamtes nach Mainz

Staatsminister van Volxem erklärte hierzu, daß eine endgültige Entscheidung in dieser Beziehung wohl noch nicht gefallen sei, die Landesregierung aber aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht umhin kommen werde, die Verlegung nach Mainz vorzunehmen. Wir konnten uns den überzeugenden Argumenten des Innenministers nicht verschließen, baten jedoch darum, die Verlegung unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Belange der Bediensteten des Landeskriminalamtes und unter Vermeidung jeglicher Härten für diese durchzuführen.

Eine Verlegung des LKA von Koblenz nach Mainz ist geplant

1960

Unsere neue Landespolizeischule

Nach langen Jahren des Improvisierens hat nun die Polizeischule unseres Landes Rheinland-Pfalz ihre endgültige Bleibe in Koblenz gefunden. Am 1. Juli 1945 wurde sie in Elmstein gegründet. Seit 1947 war sie in Bad Ems untergebracht — jedoch unter Verhältnissen, die weder ihrer Aufgabe noch den individuellen Bedürfnissen gerecht wurden. Darf man es uns deshalb verübeln, wenn der Abschied von dem so anheimelnden und beliebten Kurstädtchen nicht besonders schwer fiel? Das Abschiedskonzert, das die Polizeimusikkapelle für die Schule gab, zeigte indes, daß die Landespolizeischule bei der Bad Emser Bevölkerung in bester Erinnerung bleiben wird.

Der langersehnte Umzug in die neuen Gebäude auf dem Asterstein erfolgte während einer Lehrgangspause am 1. Juli 1960. Heute herrscht Einmütigkeit darüber, daß das Ministerium des Innern bei seinen Bestrebungen eine glückliche Hand hatte, als es auf alle Notlösungen (Gendarmerieschule in Bad Ems, Oranienstein, Feuerwehrschule) verzichtete und dieses herrliche Fleckchen Erde auf dem Hochplateau über der Stadt Koblenz, gegenüber der Festung Ehrenbreitstein, als Bauland auswählte mit dem unvergleichlich schönen Ausblick auf das Deutsche Eck, das Rhein- und Moseltal, den Taunus, den

marsches die Formation abschritt. Als dann anschließend Beethovens „Die Himmel rühmen ..." verklungen war, übergab der Leiter des Staatlichen Hochbauamtes Koblenz, Oberbaurat Bürger, den Schlüssel der Unterkunft an unseren Staatsminister mit dem Wunsche, daß in der neuen Schule Lern- und Arbeitsfreude zu Hause sein mögen. Dann sprach Innenminister Wolters:



Unter den Klängen von Marschmusik ziehen Lehrgangsteilnehmer und die Angehörigen der Bereitschaftspolizei in den Schulhof ein

Neue Landespolizeischule in Koblenz
1945 in Elmstein
1947 in Bad Ems
1960 in Koblenz

1961

Die älteste Kreisgruppe im Land feiert ihr 10-jähriges Bestehen

Zehn Jahre Kreisgruppe Altenkirchen

Am 27. Januar fand im Lokal Schäfer in Alsdorf (Sieg) die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Altenkirchen statt. Die Versammlung war verbunden mit einer Feier anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Kreisgruppe. Bekanntlich geht die Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, auf die Initiative des im Jahre 1950 im Kreis Altenkirchen ins Leben gerufenen Beamtenausschusses zurück. An der Feierstunde nahmen neben dem 1. Landesvorsitzenden, Kollegen Wittkowski, der lange Zeit 1. Vorsitzender der Kreisgruppe Altenkirchen war, der Vorsitzende des Landesbezirksausschusses, Kollege Franken, als Behördenvertreter Amtsbürgermeister Kraemer (Betzdorf), Landtagsabgeordneter Mockenkaupt (Herdorf), Oberamtsrichter Kreutz (Kirchen), und als Vertreter der Presse die Herren Schmidt von der Rheinzeitung und Hüsch von der Westfälischen Rundschau teil.

Der Geschäftsbericht im Anschluß an die Eröffnung durch den 1. Vorsitzenden der Kreisgruppe, Kollegen Henn, zeigte, daß sehr viel Kleinarbeit seit der letzten Jahreshauptversammlung am 28. November 1958 geleistet worden ist. Alle Probleme wurden zur Zufriedenheit der Kollegen gelöst bis auf die Angleichung des Stellenkegels der Gendarmerie des Kreises an den der anderen Kreise im Regierungsbezirk. Die Kreise Altenkirchen und Simmern sind noch die einzigen, die auf 1650 Einwohner je einen Beamten haben. Die anderen Kreise mit einer Schlüsselzahl von 1450 stellen die Forderung auf 1250, wogegen wir noch darum kämpfen, um von 1650 auf 1450 zu kommen. Kollege Henn stellte fest, daß die Beamten auf eine wöchentliche Dienstzeit von 60 bis 70 Stunden kommen. Man frage sich in diesem Zusammenhang, ob die Beamten des Kreises Menschen zweiter Klasse sind. Wo bleibt hier die Fürsorge des Staates, die auf dem Papier die 45-Stunden-Woche garantiert, fragte Kollege Henn. Wird die Arbeit der Kreise Altenkirchen und Simmern so unterbewertet? Der Vorsitzende betonte, daß über dieses Problem schon viel geschrieben, gesprochen und verhandelt worden sei. Der Stellenplan und eine damit verbundene annehmbare Dienstzeitregelung seien die vordringlichsten Anliegen für die Zukunft.

Der anschließende Kassenbericht, vorgetragen von dem 1. Kassierer, Kollegen Bender, zeigte, daß infolge der Sparsamkeit des Vorstandes eine gesunde Kassenlage besteht.

Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender: Gendarmeriemeister **Henn**, Herdorf
2. Vorsitzender: Polizeimeister **Mees**, Betzdorf
1. Schriftführer: Gendarmeriemeister **Holschbach**, Altenkirchen
2. Schriftführer: Gendarmeriemeister **Wortmann**, Kirchen
1. Kassierer: Polizeimeister **Bender**, Wissen
2. Kassierer: Gendarmeriemeister **Behner**, Flammersfeld.

Zu Kassenprüfern wurden gewählt: Gendarmeriemeister **Dittmann**, Weyerbusch und Polizeimeister **Rosen**, Wissen.

Unter Punkt „Verschiedenes" wurden viele Anregungen gegeben und Anträge der Kollegen gestellt, die die Ge-



Heinz Wittkowski bei seiner Festansprache als Landersvorsitzender und ehemaliger Gründungsvorsitzender der KG Altenkirchen



Karl Henn bei seiner Festansprache als Kreisgruppenvorsitzender und Gründungsmitglied der KG Altenkirchen

1961



DEUTSCHE POLIZEI 1961

Der 1. Landesvorsitzende begrüßt unser 3000. Mitglied

Der Landesbezirk Rheinland-Pfalz konnte vor einigen Tagen sein 3000. Mitglied aufnehmen. Es ist unser Kollege Werner Reichert von der Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Koblenz. Unser Bild zeigt den 1. Landesvorsitzenden, Kollegen Wittkowski (links), bei der Begrüßung des Kollegen Reichert. Bildmitte: Der Vorsitzende der Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Koblenz, Kollege Blatt. Koll. Reichert war bislang nicht gewerkschaftlich organisiert. Er hat sich mit der Frage, welcher Organisation er beitreten soll, intensiv beschäftigt und kam dabei

zu der Auffassung, da
Interessen der Polize
zig und allein von
Gewerkschaft der P
richtig vertreten w
können.

Als Jubiläumsgeschen
hielt der Kollege Re
einen Band „Beginn
Aufstieg – 10 Jahr
werkschaft der Polize
ein Lexikon.

Wir begrüßen den
legen Reichert in de
werkschaft der Polizi
wünschen ihm für
nen beruflichen, p
lichen und gewerk
lichen Werdegang
Gute.

Der Landesvorsitzende Wittkowski begrüßt das 3.000. GdP-Mitglied des Landes Rheinland-Pfalz, den Kollegen Werner Reichert

v.l.n.r.: Landesvors. Heinz Wittkowski, KG-Vors. Heinz Blatt, Kollege Werner Reichert

1961



Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle: Koblenz, Lennéstraße 5, Telefon: (0261) 34543
Landesschriftleiter: Josef Schuster, Koblenz, Lennéstraße 5, Telefon: (0261) 34543
Anzeigenverwaltung: BAE-Werbung, Berliner Annoncen-Expedition GmbH., Berlin W 15, Kurfürstendamm 182, Telefon: (0311) 91 91 96
Fernschreiber: 018 4141

Eindeutiger Sieg der GdP bei den Personalratswahlen

Sie brachten der GdP einen Zuwachs von 523 Stimmen

Wahlen zum Hauptpersonalrat Polizei der Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamten des gesamten Landes 1961 haben folgendes Ergebnis erbracht:

k bzw. stelle	abgegebene Stimmen		davon gültig		Liste I GdP		Liste II ÖTV	
	1961	1959	1961	1959	**1961**	1959	1961	1959
	1538	1494	1480	1443	**843**	769	637	595
hessen	697	617	672	587	**302**	220	370	345
	487	446	469	436	**299**	261	170	154
abaur	260	266	254	258	**198**	192	56	47
z	1082	1080	1065	1054	**771**	704	294	303
schaftspolizei	586	514	565	500	**374**	162	191	171
rschutzpolizei	94	87	92	86	**43**	11	49	17
ischule	12	14	12	14	**6**	2	6	8
skriminalamt	34	29	33	25	**24**	11	9	8
	—	17	—	14	—	5	—	8
	4790	4564	4642	4417	**2860**	2337	1782	1656

sonalräten der GdP in der abgelaufenen Amtsperiode geleisteten Arbeit, darüber hinaus aber auch als einen Beweis des Vertrauens zu unserer Organisation. Für beides möchten wir allen Personalräten, unseren Mitgliedern, insbesondere aber allen Funktionären und Mitarbeitern, die sich unermüdlich im Wahlkampf eingesetzt haben, unseren herzlichsten Dank sagen.

Den uns durch das Wahlergebnis dargebrachten Vertrauensbeweis betrachten wir als eine Verpflichtung, unsere gewerkschaftliche Arbeit mit noch größerem Eifer und Nachdruck fortzusetzen. Hierbei werden wir noch mehr als bisher bemüht sein, unsere Personalräte durch eine wirkungsvolle Unterstützung in die Lage zu versetzen, ihre verantwortungsvolle Aufgabe zur Zufriedenheit der Polizeibediensteten erfüllen zu können.

Eindeutiger Sieg und Stimmenzuwachs bei den Personalratswahlen

3500. Mitglied begrüßt

Der Landesbezirk Rheinland-Pfalz konnte kürzlich sein 3500. Mitglied aufnehmen. Es handelt sich dabei um den Kollegen Heinz-Georg Merker von der Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Koblenz-Asterstein. Kollege Merker wurde von dem 1. Vorsitzenden des Landesbezirks Rheinland-Pfalz, dem Kollegen Heinz Wittkowski, auf das herzlichste begrüßt. Kollege Wittkowski gab dabei seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch die jungen Kollegen der Landesbereitschaftspolizei mehr und mehr erkennen, daß die Interessen der Polizeibediensteten ausschließlich von der Gewerkschaft der Polizei richtig und wirkungsvoll vertreten werden und beglückwünschte den Kollegen Merker zu dem Entschluß, Mitglied in der GdP zu werden. Danach übergab der Landesvorsitzende dem Kollegen Merker als Jubiläumsgeschenk ein Buch über römische Geschichte und wünschte ihm für seinen weiteren beruflichen, persönlichen und gewerkschaftlichen Werdegang alles Gute.



Der Kollege Heinz Georg Merker, Bepo Koblenz (links), wird vom Landesbezirksvorsitzenden, Kollegen Wittkowski, begrüßt. Foto: Kröber

Dieses Ereignis ist kennzeichnend für den Aufschwung, den die Gewerkschaft der Polizei im Landesbezirk Rheinland-Pfalz im Laufe eines Jahres genommen hat; denn um die gleiche Zeit des vergangenen Jahres konnten wir erst unser 3000. Mitglied aufnehmen. Das bedeutet, daß in zwölf Monaten 500 Kollegen den Weg in die GdP gefunden haben, und der Landesbezirk seinen Mitgliederstand innerhalb dieser Zeitspanne um rund 17 Prozent vergrößern konnte. Gemessen an der gesamten Stärke der rheinland-pfälzischen Polizei wurden fast zehn Prozent der Polizeibediensteten in diesem Zeitraum in die GdP aufgenommen. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß wir auch in Rheinland-Pfalz unserem großen gewerkschaftlichen Ziel erheblich näher gekommen sind: Alle Polizeibediensteten Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei!

1962

Der Landesbezirk Rheinland-Pfalz begrüßt sein 3.500. Mitglied, Kollege Heinz-Georg Merker von der Bepo Koblenz

1963



4000. Mitglied begrüßt

Der Landesbezirk Rheinland-Pfalz konnte vor einigen Tagen sein 4000. Mitglied aufnehmen: den Kollegen Peter Köhler von der Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Koblenz-Asterstein.

Kollege Köhler wurde vom 1. Vorsitzenden des Landesbezirks Rheinland-Pfalz, dem Kollegen Wittkowski, auf das herzlichste begrüßt. Der Landesbezirksvorsitzende sagte in einer kurzen Ansprache, daß Kollege Köhler durch den Schritt, sich zur Gewerkschaft der Polizei zu bekennen, einen wertvollen persönlichen Beitrag zur Stärkung unserer gewerkschaftlichen Einheit geleistet habe und beglückwünschte ihn zu diesem Entschluß. Danach überreichte er dem Jubiläumsmitglied ein Buchgeschenk und wünschte ihm für seinen weiteren beruflichen, persönlichen und gewerkschaftlichen Werdegang alles Gute.

Betrachtet man die Mitgliederbewegung spanne konnte der Landesbezirk seine Mitgliederzahl also um rund 37 Prozent vergrößern. Gemessen an der Gesamtstärke der rheinland-pfälzischen Polizei sind nunmehr rund 70 Prozent aller Polizeikollegen in der GdP organisiert.

Das ständige Anwachsen der Mitgliederzahl des Landesbezirks, in dem das Erreichen der Zahl 4000 nur einen Meilenstein bedeutet, beweist mit aller Deutlichkeit, daß auch in unserem Land die Kollegen klar erkannt haben, daß

Von rechts nach links: Kollege Wittkowski, 1. Landesvorsitzender, Kollege Heinz Blatt, 1. Vorsitzender der Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Koblenz, und Kollege Peter Köhler während der Begrüßung

Der Landesbezirk der GdP begrüßt ihr 4.000. Mitglied in Rheinland-Pfalz, Kollegen Peter Köhler von der Bepo Koblenz-Asterstein

1963

GdP-Forderung:

„Einführung des Hauptmeisters“

Mit der Einführung des „Hauptmeisters“ grundsätzlich einverstanden

Besoldung der Polizeiwachtmeister wird überprüft — Leistungsprinzip soll entscheiden

Der geschäftsführende Vorstand unseres Landesbezirks hatte den Innen- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz, Herrn Staatsminister Wolters, um eine Besprechung gebeten, um eine Reihe besoldungsrechtlicher Probleme zu behandeln, die speziell die Polizei unseres Landes betreffen und daher unsere besondere gewerkschaftliche Aufmerksamkeit und Mitwirkung erfordern. Diese Unterredung war deshalb notwendig, da damit zu rechnen ist, daß sich die Landesregierung in nächster Zeit mit dem Entwurf zum Dritten Landesgesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes beschäftigen wird. Es erschien daher zweckmäßig, bereits zu diesem Zeitpunkt dem zuständigen Ressortminister die Forderungen der Gewerkschaft der Polizei dazu zu unterbreiten, damit dieser sich nach eingehender Prüfung unserer Vorstellungen gegebenenfalls im Kabinett dafür verwenden kann.

Es muß in diesem Zusammenhang einleitend noch darauf hingewiesen werden, daß in Besoldungsfragen zwar der Finanzminister federführend ist und der Regierungsentwurf zu dem oben angeführten Gesetz beschlossen werden muß. Entscheidend dürfte jedoch sein, welche Forderung der zuständige Ressortminister vor dem Kabinett vertritt. Daher kam dieser von uns geführten Unterredung mit Staatsminister Wolters eine grundsätzliche Bedeutung zu. Sie kann als ein wesentlicher Schritt zur Durchsetzung unserer Forderungen betrachtet werden.

Diese Besprechung fand am 14. August 1963 im Innenministerium in Mainz statt. Teilnehmer waren Herr Staatsminister Wolters und Herr Gendarmeriedirektor Blings einerseits sowie die Kollegen Schleicher, Stulz und Rogalla andererseits. Im Verlaufe dieser Unterredung wurden folgende Punkte erörtert:

- Einführung des Dienstgrades „Polizei-, Gendarmerie- und Kriminalhauptmeister“.
- Zahlung des vollen Ortszuschlages an die zum Wohnen in der Unterkunft verpflichteten ledigen Beamten der Bereitschaftspolizei.
- Verbesserung der Grundgehälter der Polizeiwachtmeister.
- Änderung der Amtsbezeichnungen im gehobenen Polizeivollzugsdienst.
- Einweisung von Hauptkommissaren in die Bes.-Gr. A 12.

Die Besprechung wurde eingeleitet durch den 2. Vorsitzenden des Landesbezirks Rheinland-Pfalz, den Kollegen Willibald Schleicher, der sich für das Zustandekommen der Unterredung bedankte und Staatsminister Wolters die Grüße des Kollegen Heinz Wittkowski übermittelte, der auf Grund einer Erkrankung an dieser Besprechung leider nicht teilnehmen konnte. Kollege Schleicher richtete danach an den Innenminister Dankesworte für das Entgegenkommen des Ministeriums des Innern bei der Durchführung des 1. Berlin-Seminars der GdP und drückte weiter seine Freude darüber aus, daß Staatsminister Wolters, unter dessen Amtszeit als Innenminister die Polizei in Rheinland-Pfalz eine so erfreuliche fortschrittliche Entwicklung genommen habe, nach den Landtagswahlen erneut Staatsminister für Inneres und Soziales in unserem Lande geworden sei. Staatsminister Wolters bedankte sich seinerseits für die Ausführungen des Kollegen Schleicher und bat, dem 1. Vorsitzenden des Landesbezirks Rheinland-Pfalz, Kollegen Heinz Wittkowski, seine herzlichsten Genesungswünsche zu übermitteln.

Doch nun zu den Themen der Besprechung selbst:

Einführung des Hauptmeisters

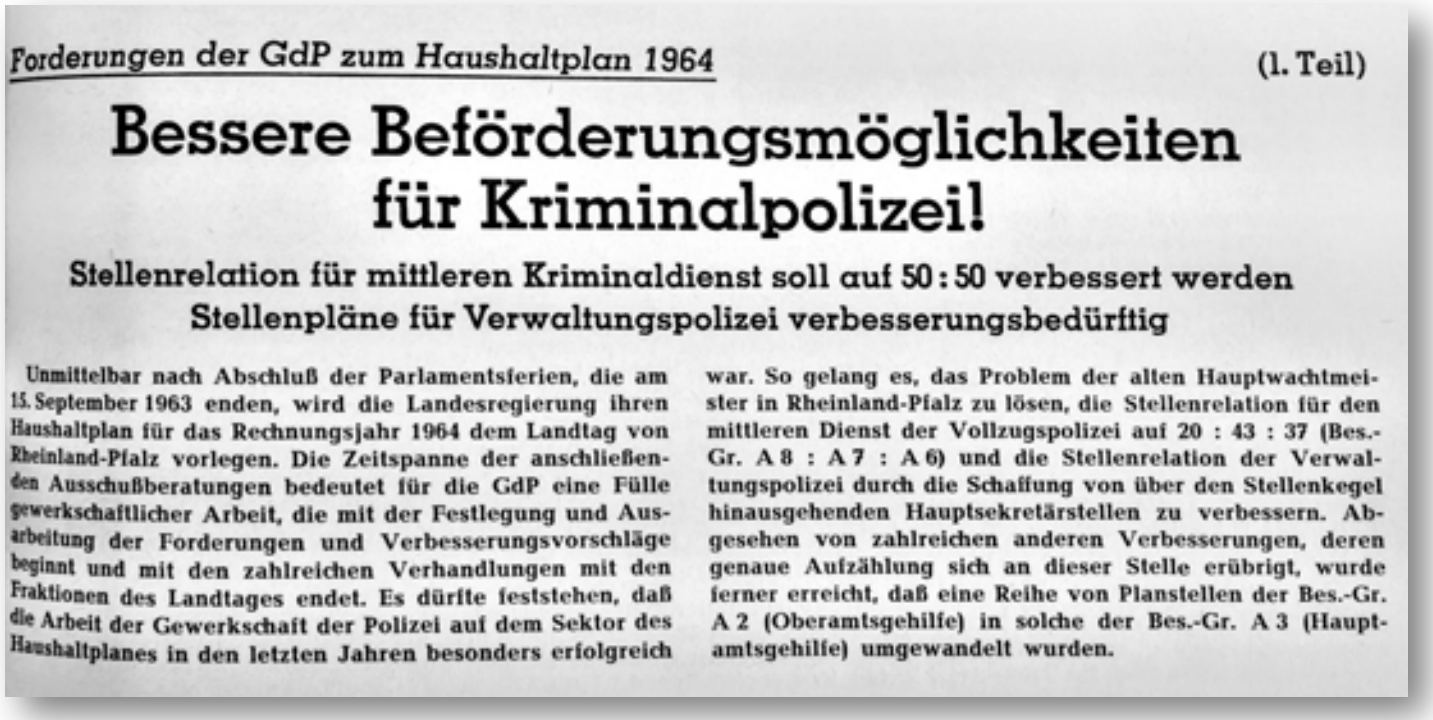
Wir trugen Staatsminister Wolters vor, wir seien der Auffassung, daß der Dienstgrad „Hauptmeister“ in Rheinland-Pfalz unbedingt eingeführt werden müsse. Er sollte nach unserer Auffassung eine echte Spitzenposition des mittleren Polizeivollzugsdienstes sein und in erster Linie von denjenigen Beamten bekleidet werden, die auf Grund ihrer Dienststellung Vorgesetzte von anderen Obermeistern sind. Außerdem sollten eine Reihe von Dienstposten, die besondere Qualifikation verlangen, herausgehoben werden.

Wir erläuterten weiter, daß der Dienstgrad Polizeihauptmeister in den Bundes-



Besprechung über besoldungsrechtliche Probleme. — Unser Bild zeigt von links nach rechts Gendarmeriedirektor Blings, Minister Wolters sowie die Kollegen Rogalla, Stulz und Schleicher

1963



Forderungen der GdP zum Haushaltplan 1964 (1. Teil)

Bessere Beförderungsmöglichkeiten für Kriminalpolizei!

Stellenrelation für mittleren Kriminaldienst soll auf 50 : 50 verbessert werden
Stellenpläne für Verwaltungspolizei verbesserungsbedürftig

Unmittelbar nach Abschluß der Parlamentsferien, die am 15. September 1963 enden, wird die Landesregierung ihren Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1964 dem Landtag von Rheinland-Pfalz vorlegen. Die Zeitspanne der anschließenden Ausschußberatungen bedeutet für die GdP eine Fülle gewerkschaftlicher Arbeit, die mit der Festlegung und Ausarbeitung der Forderungen und Verbesserungsvorschläge beginnt und mit den zahlreichen Verhandlungen mit den Fraktionen des Landtages endet. Es dürfte feststehen, daß die Arbeit der Gewerkschaft der Polizei auf dem Sektor des Haushaltplanes in den letzten Jahren besonders erfolgreich war. So gelang es, das Problem der alten Hauptwachtmeister in Rheinland-Pfalz zu lösen, die Stellenrelation für den mittleren Dienst der Vollzugspolizei auf 20 : 43 : 37 (Bes.-Gr. A 8 : A 7 : A 6) und die Stellenrelation der Verwaltungspolizei durch die Schaffung von über den Stellenkegel hinausgehenden Hauptsekretärstellen zu verbessern. Abgesehen von zahlreichen anderen Verbesserungen, deren genaue Aufzählung sich an dieser Stelle erübrigt, wurde ferner erreicht, daß eine Reihe von Planstellen der Bes.-Gr. A 2 (Oberamtsgehilfe) in solche der Bes.-Gr. A 3 (Hauptamtsgehilfe) umgewandelt wurden.

Die Forderungen der GdP zum Haushaltsplan für das Jahr 1964

1964

8. Delegiertentag





Heinz Wittkowski 10 Jahre Landesvorsitzender

Ehrung durch den Ehrenvorsitzenden Harzheim

Kollege Harzheim überreicht dem Jubilar unter dem Beifall der Versammelten einen Rosenstrauß



Besoldungsreform nicht verzögern!

Kollege Wittkowski behandelte dann Probleme, die zur Zeit im Vordergrund des Interesses der Polizeibediensteten des Landes Rheinland-Pfalz stünden und damit automatisch Schwerpunkte der derzeitigen Gewerkschaftsarbeit des Landesbezirksvorstandes seien. Er ging dabei zunächst auf die Besoldungssituation ein und erklärte, daß der diesjährige Delegiertentag in einer Zeit stattfinde, die durch die nachhaltigen Bemühungen der Gewerkschaften, eine Anpassung der Beamtenbesoldung an die wirt-

Kollege Wittkowski am Rednerpult bei seinem Grundsatzreferat



Forderungen der Gewerkschaft der Polizei zum Haushaltplan 1965

Mehr Planstellen der Besoldungsgruppe A7!

Problem der „jungen – alten Hauptwachtmeister" muß gelöst werden
Bessere Beförderungsmöglichkeiten für die Bereitschaftspolizei!

Die Landesregierung wird dem Landtag von Rheinland-Pfalz in absehbarer Zeit den Regierungsentwurf zum Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1965 vorlegen. Die folgende Zeitspanne von der Vorlage des Regierungsentwurfs bis zum Abschluß der Ausschußberatungen bedeutet für die GdP eine Fülle gewerkschaftlicher Arbeit, die mit der Festlegung und Ausarbeitung der Verbesserungsvorschläge beginnt und in zahlreichen Verhandlungen mit den Fraktionen des Landtages ihren Abschluß findet. Dabei dürfte feststehen, daß die Arbeit der GdP auf dem Sektor des Haushaltplanes vor allem im letzten Jahr besonders erfolgreich war. So gelang es u. a., die Stellenrelationen für sämtliche Sparten der Polizei zum Teil erheblich zu verbessern. Es wurden, um nur einige Beispiele anzuführen, die Stellenrelation der Kriminalpolizei im mittleren Dienst (Bes.-Gr. A 7 : A 8) von 65 : 35 auf 55 : 45, die des gehobenen uniformierten Polizeivollzugsdienstes (Bes.-Gr. A 11 : A 10 : A 9) von 15 : 35 : 50 auf 20 : 40 : 40 verbessert. Im mittleren Polizeivollzugsdienst wurden 140 ku.-Stellen der Bes.-Gr. A 7 in echte Planstellen dieser Besoldungsgruppe umgewandelt.

Die Stellenrelation der allgemeinen Verwaltung wurde in den Bes.-Gr. A 5: A 6: A 7: A 8 auf 5:35:40:20 verbessert, die Stellenrelation der Vollzugspolizei des mittleren Dienstes blieb jedoch, von geringen Abweichungen abgesehen, im Grundsatz bei 20:40:40 bestehen. In Rheinland-Pfalz selbst wurde im Jahre 1964 die Stellenrelation für die allgemeine Verwaltung in den Bes.-Gr. A 5: A 6: A 7: A 8 auf 5:40: 35 : 20 verbessert, hingegen sie bei der uniformierten Vollzugspolizei auf 34:46:20 festgelegt wurde (Bes.-Gr. A 6: A 7: A 8).

Aus diesen Ausführungen ist klar zu erkennen, daß die von den Gesetz-

Stellenpläne der Verwaltungspolizei müssen verbessert werden!

Vergütungsgruppe Vb für Angestellte erneut gefordert – Mehr Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Verwaltungsdienst

Wie alljährlich, so ist es auch jetzt wieder an der Zeit, daß im Landtag der Haushaltplan für das folgende Rechnungsjahr beraten wird. Das ist für uns Anlaß, nunmehr erneut zur Stellensituation unserer Kollegen bei der Verwaltungspolizei Stellung zu nehmen und deren, nach unserer Meinung unbedingt berechtigten, Forderungen nachdrücklich anzumelden.

In der privaten Wirtschaft ist seit Jahren infolge von Rationalisierungsmaßnahmen, Automation usw. ein Steigen der Arbeitsanforderungen festzustellbar. Die mit manuellen Tätigkeiten ausgefüllten Arbeitsplätze verringern sich mehr und mehr. Demgegenüber steigt der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften. Auf der anderen Seite ist festzustellen, daß, dieser Entwicklung Rechnung tragend, in der Privatwirtschaft, den steigenden Anforderungen an Ausbildung und quali-

Ein erhebliches Erschwernis auf dem Wege zu leistungsgerechter Einstufung stellt die durch das Bundesrechtsrahmengesetz erfolgte Bindung der hergebrachten Grundamtsbezeichnungen (Assistent, Inspektor, Regierungs- usw. -Rat) an bestimmte Besoldungsgruppen und das Verbot, hiervon abweichende Eingruppierungen vorzunehmen, dar. Es ist also dem Landesgesetzgeber selbst bei sachlicher Rechtfertigung eine höhere Einstufung als im Bundesrechtsrahmengesetz gesche-

schiedliches Beförderungsgefälle. Man sollte deshalb auf dem Wege möglichst sachgerechter Ämterbewertung nicht ausschließlich beim Stellenschlüssel verbleiben, sondern darüber hinaus eine echte Dienstpostenbewertung vornehmen. Auf nähere Einzelheiten, wie etwa Kombination Stellenschlüssel/Dienstpostenbewertung, soll hier nicht eingegangen werden.

Es sei nur darauf hingewiesen, daß der Bundestag am 28. Juni 1963 im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Zweiten Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften folgende Entschließung gefaßt hat:

„3. ... Die Bundesregierung wird ersucht,
a) einheitliche Richtlinien zur Bewertung

1964

Forderungen für das kommende Jahr 1965:

Mehr Planstellen A7

Bessere Stellenpläne für die Verwaltungspolizei

1965



Kollege Wittkowski begrüßt das 4500. Mitglied des Landesbezirks

Der Landesbezirk Rheinland-Pfalz konnte vor wenigen Tagen sein 4500. Mitglied aufnehmen. Der 1. Vorsitzende des Landesbezirks Rheinland-Pfalz, Kollege Heinz Wittkowski, begrüßte auf der letzten Sitzung des Landesbezirksvorstandes den Kollegen Gerhardt Horn von der Kreisgruppe Schifferstadt sehr herzlich und wünschte ihm für seinen künftigen Lebens- und Berufsweg viel Erfolg.

Das ständige Ansteigen der Mitgliederzahl, so führte Kollege Wittkowski in seiner Begrüßungsansprache aus, sei zweifellos auf die zielstrebige und erfolgreiche Vertretungsarbeit der Gewerkschaft der Polizei in Rheinland-Pfalz zurückzuführen. Die Tatsache, daß die GdP nunmehr rund 75 Prozent der Polizeibediensteten unseres Landes organisiere, sei ein klarer Beweis für die Stärke und Geschlossenheit des Landesbezirks. Die Polizeikollegen erkennen immer deutlicher, daß lediglich die GdP die berufene Sprecherin der Polizei sei.

Der Vertrauensbeweis so vieler Kollegen bedeute, so schloß Kollege Wittkowski seine Ausführungen, für den Landesbezirksvorstand die Verpflichtung, sich auch in der Zukunft mit allem Nachdruck für die gerechten Forderungen der Polizei einzusetzen.

Das 4.500. Mitglied des

Landesbezirks,

Kollege
Gerhardt Horn,

wird vom

Landesvorsitzenden
Heinz Wittkowski

begrüßt

1966

Fast 1400 neue Beförderungsstellen

Fast 1400 neue Beförderungsstellen

Wie wir bereits in unseren Informationen „... kurz berichtet" mitgeteilt hatten, gestalten sich die vom Haushalt- und Finanzausschuß des Landtages beschlossenen neuen Stellenrelationen wie folgt:

Mittlerer Dienst:

Uniformierte Vollzugspolizei

(Bes.-Gr. A 6/A 7 : A 8 : A 8 a)
60 : 25 : 15,
zur Zeit 76 : 20 : 4.

Kriminalpolizei

(Bes.-Gr. A 7 : A 8 : A 8 a)
30 : 50 : 20,
zur Zeit 40 : 50 : 10.

Verwaltungspolizei

(Bes.-Gr. A 5/A 6 : A 7 : A 8 : A 8 a)
30 : 40 : 20 : 10,
zur Zeit 38 : 38 : 20 : 4.

Gehobener Dienst:

Für alle Sparten:
(Bes.-Gr. A 9/A 10 : A 11 : A 12 : A 12 a)
60 : 30 : 8 : 2,
zur Zeit 67,5 : 23 : 8 : 1,5.

Daraus ergeben sich etwa nachstehende Auswirkungen:

Anmerkung: Bei den Berechnungen wurde von der derzeitigen Stärke der Polizei ausgegangen. Geringe Abweichungen sind daher möglich. Die Veröffentlichung erfolgt ohne Gewähr.

Uniformierte Vollzugspolizei

Mittlerer Dienst

Über 500 Obermeister können zu Hauptmeistern und rund 735 Meister zu Obermeistern ernannt werden. Anders ausgedrückt: 55 Prozent aller zur Zeit vorhandenen Obermeister können Hauptmeister, 30 Prozent aller zur Zeit vorhandenen Meister können Obermeister werden. Das bedeutet die Lösung des Problems der sogenannten „alten Meister". Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Zahl der Hauptmeisterstellen fast vervierfacht wurde.

Gehobener Dienst

Hier ergeben sich etwa folgende Beförderungsmöglichkeiten:

1 zum Ersten Hauptkommissar,
3 zum Hauptkommissar in Bes.-Gr. A 12,
23 zum Hauptkommissar in Bes.-Gr. A 11.

Es wird in Rheinland-Pfalz künftig fünf Erste Hauptkommissare und 21 Hauptkommissare in Bes.-Gr. A 12 geben. Rund 17 Prozent aller Oberkommissare können zu Hauptkommissaren ernannt werden.

Kriminalpolizei

Mittlerer Dienst

Etwa 47 Kriminalobermeister können zu Kriminalhauptmeistern, etwa 51 Kriminalmeister zu Kriminalobermeistern ernannt werden, d. h. 21 Prozent der zur Zeit vorhandenen Kriminalobermeister und 28 Prozent der Kriminalmeister können mit Beförderungen rechnen. Bei der Kripo wurde die Zahl der Hauptmeisterstellen verdoppelt.

Gehobener Dienst

Es sind sieben Beförderungen zum Kriminalhauptkommissar zu erwarten (bei zur Zeit 30 vorhandenen Kriminaloberkommissaren).

Landeskriminalamt

Das Landeskriminalamt wurde aus der Stellenrelation der allgemeinen Kriminalpolizei herausgenommen. Diese Tatsache ist in o. a. Berechnungen bereits berücksichtigt. Da über den Stellenkegel des Landeskriminalamtes zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (10. Januar 1966) noch nicht beschlossen war, können hierzu keine Berechnungen angestellt werden.

Verwaltungspolizei

Mittlerer Dienst

Etwa 9 Polizeihauptsekretäre können zu Ersten Polizeihauptsekretären,
etwa 9 Polizeiobersekretäre können zu Polizeihauptsekretären,
etwa 13 Polizeisekretäre können zu Polizeiobersekretären
befördert werden.

Das bedeutet, daß etwa
29 Prozent der zur Zeit vorhandenen Polizeihauptsekretäre



Links: Fraktionsgeschäftsführer Hilf, MdL, und Fraktionsvorsitzender Dr. Kohl von der CDU im Gespräch über Stellenrelationen mit den Kollegen Wittkowski und Rogalla. – Rechts: Fraktionsgeschäftsführer Thorwirth, SPD, rechts im Gespräch mit den Kollegen Wittkowski und Rogalla (links).



GdP bei Staatssekretär von Doemming:

Verstärkung der Bereitschaftspolizei

Grundausbildung nur noch in Wengerohr? – Modernste Polizeiunterkunft
1000 rheinland-pfälzische Polizeibedienstete fahren zur IPA

Das Ministerium des Innern sei der Auffassung, daß die rheinland-pfälzische Bereitschaftspolizei erheblich verstärkt werden müsse, um die altersbedingten Abgänge, die bei der Polizei in den nächsten Jahren zu erwarten seien, durch junge, vollausgebildete Beamte ersetzen zu können. Das erklärte der Staatssekretär im Mainzer Mdl, Klaus-Bertho von Doemming, in einer Unterredung mit Mitgliedern des geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes der Gewerkschaft der Polizei. Es stehe, nach den Worten des Staatssekretärs, zu erwarten, daß das Innenministerium den rheinland-pfälzischen Landtag bitten werde, nach Fertigstellung der neuen Polizeiunterkunft in Wengerohr eine beträchtliche Anzahl neuer Planstellen für Polizeiwachtmeister zur Verfügung zu stellen.

Wegen der Verstärkung der Bereitschaftspolizei und der Ausgestaltung der Polizeiunterkunft in Wengerohr standen im Mittelpunkt dieses Gespräches, bei dem sich Staatssekretär Klaus-Bertho von Doemming, Ministerialrat Eugen Sauer, Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Regierungsrat Schädler, persönlicher Referent des Innenministers, sowie GdP-Landesvorsitzender Wittkowski und die Kollegen Stulz und Rogalla gegenübersaßen. Außerdem wurde über den Besuch der Internationalen Polizeiausstellung in Hannover durch Polizeibedienstete unseres Landes verhandelt.

Wittkowski: 500 neue Planstellen erforderlich

Infolge der ungünstigen Altersstruktur der rheinland-pfälzischen Polizei sei in den Jahren 1969 bis 1974 mit einer weit über dem Durchschnitt liegenden Anzahl von altersbedingten Abgängen zu rechnen, betonte der GdP-Landesvorsitzende Wittkowski. Zu der zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon deutlich spürbaren Personalknappheit der Polizei würden weitere Schwierigkeiten auf diesem Sektor hinzukommen, so daß sich für die Personalsituation der Polizei unseres Landes in den Jahren 1971 bis 1973 ein äußerst bedenklicher Engpaß ergeben würde, wenn nicht bereits im Jahre 1967 die Bereitschaftspolizei verstärkt werden würde. Nach Auffassung der GdP müßten nach Fertigstellung der Polizeiunterkunft in Wengerohr Landtag und Landesregierung mindestens 500 neue Planstellen für Polizeiwachtmeister zur Verfügung stellen.

Der Landesvorsitzende erklärte weiter, die GdP begrüße es lebhaft, daß das Ministerium des Innern mit dem Bau einer neuen Polizeiunterkunft die Voraussetzung für die so notwendige Verstärkung der Bepo schaffe. Er hoffe, daß sich Landtag und Landesregierung den Realitäten nicht verschließen und, trotz der schlechten Finanzlage des Landes, einer personellen Verstärkung der Bereitschaftspolizei zustimmen würden.

Staatssekretär von Doemming entgegnete, es sei die Meinung des Ministeriums, daß nach Fertigstellung der neuen Unterkunft die Bereitschaftspolizei verstärkt werden müsse. Er habe auch gewisse Hoffnungen, daß sich das Innenministerium mit seinen entsprechenden Vorstellungen bei Landesregierung und Landtag durchsetzen könne. Es sei allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen, wieviel zusätzliche Planstellen bereits für das Jahr 1967 zur Verfügung gestellt werden. Man sei jedoch zuversichtlich, unmittelbar nach Abschluß der Bauarbeiten in Wengerohr, mit der Ausbildung beginnen zu können.

GdP-Landesvorsitzender Wittkowski stellte mit Genugtuung fest, daß somit die von seiner Organisation seit langem erhobene Forderung nach personeller Verstärkung der Bereitschaftspolizei vom Mdl im Grundsatz anerkannt worden sei. Er versicherte weiter, die GdP werde sich in Verhandlungen mit den Fraktionen des Landtages nachdrücklich für eine Verstärkung der Polizei einsetzen.

Modernste Unterkunft im Bundesgebiet

Die neue Polizeiunterkunft in Wengerohr wird voraussichtlich im Oktober 1967 bezugsfertig sein, versicherte Staatssekretär von Doemming den GdP-Vertretern. Das mit einem erheblichen Kostenaufwand gebaute Projekt

1966

GdP spricht sich für eine Verstärkung der Bereitschaftspolizei aus

1968



Alte Schuhe

Obwohl der Polizeiarzt dagegen ist, werden dem Vernehmen nach in der Bereitschaftspolizei immer noch getragene Schuhe an die Beamten ausgegeben. Die GdP hat dazu eine klare Meinung: Bei aller Anerkennung des Bemühens, sparsam zu wirtschaften, muß das Wort des Arztes Vorrang haben. Getragene Schuhe müssen in der Versenkung verschwinden oder sonstwie abgesetzt werden.

Das ist auch die Auffassung des Leiters der Bereitschaftspolizei, POK Krotwaart, mit dem wir kürzlich darüber verhandelten und der sich in dieser Sache an das MdI wandte. So besteht gute Hoffnung, daß den Vorstellungen der GdP alsbald entsprochen wird.

Heute unvorstellbar !



Das Ende der Gendarmerie?

Die Kriminalität auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten steige relativ stärker an als in den großen Städten. An dieser seit etwa zwei Jahren deutlich zu beobachtenden Entwicklung müsse jeder Politiker, der die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu tragen habe, Konsequenzen ziehen. Mit diesen Sätzen begann der Leiter der Polizeiabteilung im Mainzer Innenministerium, Ltd. Ministerialrat Eugen Sauer, auf der Gemeinsamen Konferenz der GdP in Mainz jenen Teil seiner Ausführungen, dessen Problematik den Landesbezirk in der nächsten Zeit in zunehmendem Maße beschäftigen wird: Die Umorganisation der rheinland-pfälzischen Polizei. Sauer machte auch deutlich, in welche Richtung die Entwicklung geht, als er erklärte: Das MdI habe zur Bekämpfung der Kriminalität auf dem flachen Lande Ermittlungsgruppen aufgestellt, deren Arbeitsergebnisse ermutigend seien. Außerdem wolle das MdI in einen Erlaß, der die zukünftige Organisation der Polizei regelt, keine Neuerungen einarbeiten, die sich kurze Zeit später als unzweckmäßig erweisen könnten. Daher hätten Versuche unternommen werden müssen.

In der Tat war es in der letzten Zeit offenkundig geworden, daß im Mainzer Innenministerium die Tendenz bestand, die Polizeikräfte in den Landkreisen zu zentralisieren und zu spezialisieren. Nach und nach sollte in jedem Landkreis eine Art „Kriminalkommissariat" eingerichtet werden, das für die Aufklärung von Straftaten und die Bekämpfung der Kriminalität zuständig wäre. Die uniformierte Vollzugspolizei sollte dann in erster Linie den Verkehr überwachen und nur noch die sogenannte „Kleine Kriminalität" bearbeiten.

Die Weichen zu stellen versucht

Die Weichen dazu versuchte das MdI in Regierungsentwurf einer Novelle zum Polizeiverwaltungsgesetz zu stellen, der schon seit mehreren Jahren dem Parlament vorliegt ohne daß sich dort Nennenswertes ereignete.

In § 82 Abs. 2 dieses Regierungsentwurfes wird über die Kriminalpolizei nämlich folgendes gesagt:

„Kriminalpolizei wird bei den staatlichen Polizeiverwaltungen in den kreisfreien und den großen Kreisangehörigen Städten als Teil dieser Behörden eingerichtet. Der Minister des Innern kann auch bei den übrigen staatlichen Polizeiverwaltungen, bei den Landratsämtern und bei den Bezirkspolizeibehörden Kriminalpolizei einrichten, wenn ein polizeiliches Bedürfnis besteht . . ."

Hier sind einschneidende Unterschiede zu dem noch geltenden Recht zu erkennen, denn derzeit gehört auch zum kleinsten Polizeiamt formell eine Abteilung III — Kripo —, und die Einrichtung von Kriminalpolizei bei den Landratsämtern ist rechtlich nicht möglich. Die örtliche Zuständigkeit in der Verbrechensbekämpfung ist grundsätzlich geregelt: Auf dem flachen Lande ist sie Sache der Gendarmerie, in den Städten Angelegenheit der Kriminalpolizei.

Auch die Gendarmerie soll es nach dem Willen des Ministeriums des Innern bald nicht mehr geben. Gemäß § 79 des Regierungsentwurfes soll sich nämlich die Vollzugspolizei künftig in Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Wasserschutzpolizei und Bereitschaftspolizei gliedern. Damit sich die Gendarmeriebeamten langsam daran gewöhnen, bald zur Schutzpolizei zu zählen, werden seit geraumer Zeit nur Schulterstücke, Dienstmützen und Uniformhosen mit grüner Paspelierung ausgegeben.

Allerdings scheint sich der Landtag mit der Verabschiedung der Novelle zum Polizeiverwaltungsgesetz viel Zeit zu lassen, so daß alle Beteiligten in Ruhe über die kommende Entwicklung beraten können. Dabei ist es keineswegs sicher, ob das Parlament in allen Punkten den Vorstellungen des Innenministers folgen wird.

Eine Bitte an unsere Leser

Aufgabe der Gewerkschaft der Polizei ist es, zu diesen Problemen Stellung zu nehmen. Daß wir dabei bemüht sind, die Meinung unserer Mitglieder zu vertreten, bedarf keiner Diskussion. Um das aber tun zu können, müssen wir wissen, wie unsere Kollegen, einerlei in welcher Sparte sie ihren Dienst verrichten, zu dieser Problematik stehen.

Daher unsere Bitte: Schreiben Sie uns Ihre Auffassung, damit wir sie bei unseren kommenden Beratungen verwerten können. Wir sind gerade auf diesem Gebiet für jede Anregung dankbar.

Konsequent

Trotzdem sollten die deutlichen Worte des Chefs der Polizeiabteilung im Ministerium des Innern nicht überhört und als Realität angesehen werden: Die derzeitige Organisationsform der rheinland-pfälzischen Polizei werde nicht von Dauer sein, verkündete er den Teilnehmern der Gemeinsamen Konferenz. Die Verhältnisse zwingen dazu, neue und bessere Wege zu beschreiten, die auf der unteren Ebene eine Konzentration der polizeilichen Kräfte zur Folge haben würden.

Wie konsequent das Ministerium des Innern diesen Weg beschreitet, läßt sich noch an anderen Fakten erkennen. So sind beispielsweise von 39 Planstellen, die der Landtag zusätzlich für den kriminalpolizeilichen Einzeldienst genehmigt hat, rund zweidrittel in der Bes.-Gr. A 9 ausgewiesen worden. Das könnten durchaus Stellen für die Leiter künftiger Kreiskriminalkommissariate sein, wenngleich auch offizielle Erklärungen dieser Art nicht vorliegen.

Die Auswirkungen

Dies alles zusammengenommen würde, um es noch einmal ganz deutlich zu sagen, das Ende der Gendarmerie im klassischen Sinne bedeuten. Jener Beamte, der in seinem Dienstbezirk jeden Menschen kennt, auf Grund seiner guten Kontakte zur Bevölkerung diese Information bekommt und für alle polizeilichen Aufgaben zuständig ist, wird der Vergangenheit angehören, wenn diese Konzeption des rheinland-pfälzischen Innenministeriums Realität wird.

Nicht im Vorgriff

Die Frage, ob in Landkreisen mittelstaatlichen Polizeiverwaltungen im Vorgriff auf künftige Regelungen schon jetzt zentrale Ermittlungsgruppen der Kriminalpolizei eingerichtet werden sollen, verneinte Leitender Ministerialrat Sauer und trat damit entsprechenden Gerüchten entgegen. Solange die Novelle zum Polizeiverwaltungsgesetz vom Landtag nicht verabschiedet worden sei, könne auch kein neuer Organisationserlaß, in dem derartige Fragen geregelt würden, herausgegeben werden, versicherte er.

Wegen der besonderen Problematik sind wir ihm für diese Klarstellung dankbar.

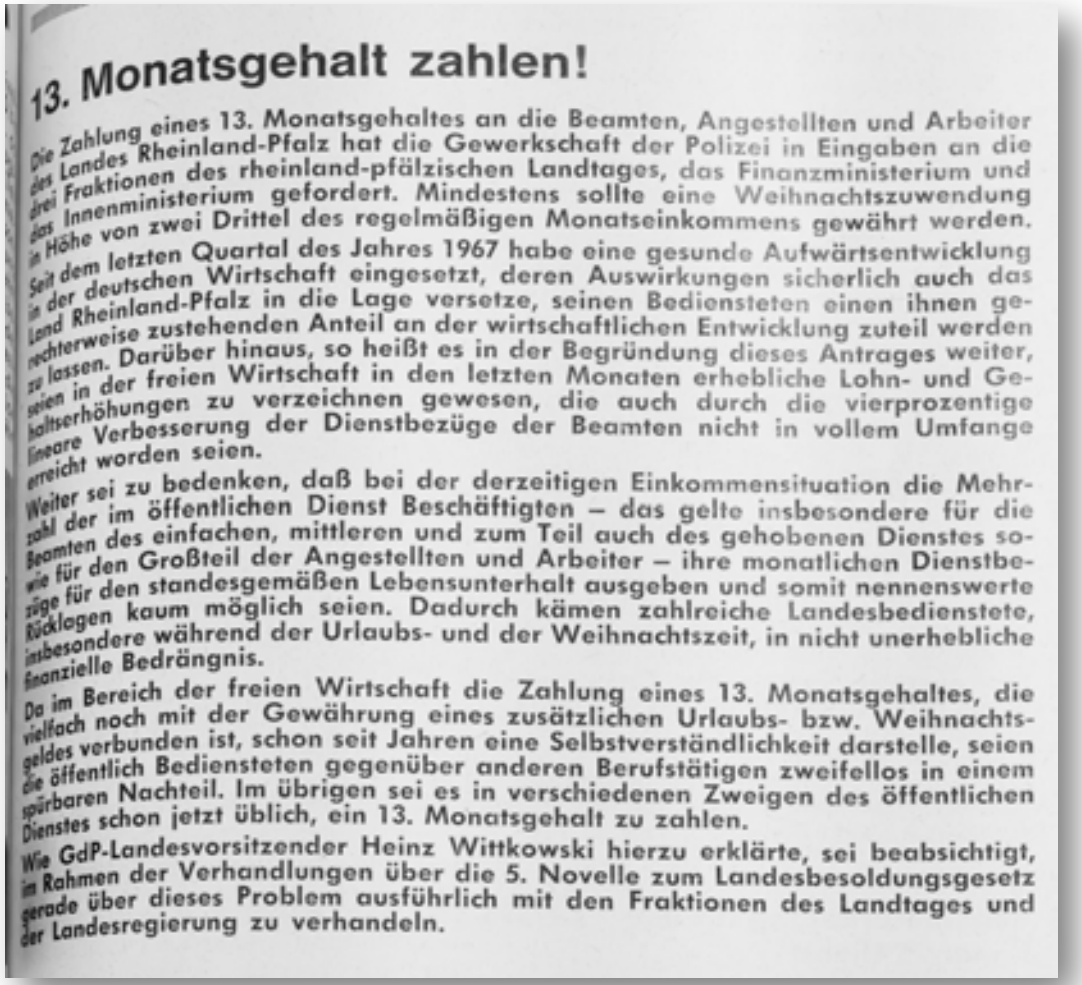
1968

Das Ende der Gendarmerie wird Thema

1968

Bereits eine langjährige Forderung der GdP:

13. Monatsgehalt



13. Monatsgehalt zahlen!

Die Zahlung eines 13. Monatsgehaltes an die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Landes Rheinland-Pfalz hat die Gewerkschaft der Polizei in Eingaben an die drei Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtages, das Finanzministerium und das Innenministerium gefordert. Mindestens sollte eine Weihnachtszuwendung in Höhe von zwei Drittel des regelmäßigen Monatseinkommens gewährt werden.

Seit dem letzten Quartal des Jahres 1967 habe eine gesunde Aufwärtsentwicklung in der deutschen Wirtschaft eingesetzt, deren Auswirkungen sicherlich auch das Land Rheinland-Pfalz in die Lage versetze, seinen Bediensteten einen ihnen gerechterweise zustehenden Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung zuteil werden zu lassen. Darüber hinaus, so heißt es in der Begründung dieses Antrages weiter, seien in der freien Wirtschaft in den letzten Monaten erhebliche Lohn- und Gehaltserhöhungen zu verzeichnen gewesen, die auch durch die vierprozentige lineare Verbesserung der Dienstbezüge der Beamten nicht in vollem Umfange erreicht worden seien.

Weiter sei zu bedenken, daß bei der derzeitigen Einkommensituation die Mehrzahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten – das gelte insbesondere für die Beamten des einfachen, mittleren und zum Teil auch des gehobenen Dienstes sowie für den Großteil der Angestellten und Arbeiter – ihre monatlichen Dienstbezüge für den standesgemäßen Lebensunterhalt ausgeben und somit nennenswerte Rücklagen kaum möglich seien. Dadurch kämen zahlreiche Landesbedienstete, insbesondere während der Urlaubs- und der Weihnachtszeit, in nicht unerhebliche finanzielle Bedrängnis.

Da im Bereich der freien Wirtschaft die Zahlung eines 13. Monatsgehaltes, die vielfach noch mit der Gewährung eines zusätzlichen Urlaubs- bzw. Weihnachtsgeldes verbunden ist, schon seit Jahren eine Selbstverständlichkeit darstelle, seien die öffentlich Bediensteten gegenüber anderen Berufstätigen zweifellos in einem spürbaren Nachteil. Im übrigen sei es in verschiedenen Zweigen des öffentlichen Dienstes schon jetzt üblich, ein 13. Monatsgehalt zu zahlen.

Wie GdP-Landesvorsitzender Heinz Wittkowski hierzu erklärte, sei beabsichtigt, im Rahmen der Verhandlungen über die 5. Novelle zum Landesbesoldungsgesetz gerade über dieses Problem ausführlich mit den Fraktionen des Landtages und der Landesregierung zu verhandeln.

Aktive Junge Gruppe

Der Landesjugendbeirat der GdP Rheinland-Pfalz traf sich unter dem Vorsitz von Landesjugendsprecher Heinz Hebel in Wengerohr zu seiner konstituierenden Sitzung. Diesem Gremium, das praktisch die Funktion eines Vorstandes der „Jungen Gruppe" ausübt, gehören die Kollegen Kohl (Koblenz), Wurm (Mainz), Leicher (Wengerohr) und Schweinsberg (Ludwigshafen) an. Als Gäste dieser ersten Sitzung des Landesjugendbeirates konnte Heinz Hebel den Bundesjugendleiter der GdP, Karl Herfurt (Hilden) und den Kollegen Rogalla begrüßen.

In einem kurzen Referat stellte Hebel noch einmal die Aufgaben der „Jungen Gruppe" innerhalb der GdP heraus. In ihr seien alle Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei bis zum vollendeten 25. Lebensjahr vereint. Die „Junge Gruppe", erklärte Hebel, vertrete die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Belange ihrer Mitglieder. Sie fördere durch berufsbildende Veranstaltungen die Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder im Beruf. Eines ihrer wesentlichsten Anliegen sei es darüber hinaus, den jungen Polizisten das staatsbürgerliche Wissen zu vermitteln, das den modernen Menschen in der Gesellschaft verankere. Durch Begegnungen junger Menschen auf gesellschaftlicher und auf internationaler Ebene gelte es, den Blick ihrer Mitglieder für die Umwelt zu erschließen.
Die Arbeit der „Jungen Gruppe", fuhr Hebel fort, werde sich im wesentlichen zunächst auf die Standorte der Bereitschaftspolizei konzentrieren. Es sei vorgesehen, dort eine Reihe von Veranstaltungen verschiedenster Art durchzuführen. Dabei sei an Fachvorträge durch leitende Polizeibeamte, Diskussionsabende mit Politikern und kulturelle Veranstaltungen gedacht. Darüber hinaus sei auch geplant, Tanzabende, Skatabende und andere Zusammenkünfte geselliger Art durchzuführen.

Landesjugendsprecher Hebel gab einen kurzen Überblick über die bisher von der „Jungen Gruppe" in Rheinland-Pfalz geleistete Arbeit. In Schießen führe die GdP-Jugend Fotolehrgänge durch, und in verschiedenen Standorten sprachen Kriminalrat Wolfgang Seibel über die Kriminalpolizei in Rheinland-Pfalz, Polizeirat Hamm über die Wasserschutzpolizei unseres Landes und der Sportredakteur der Rhein-Zeitung Schumacher (Koblenz) über eine Safari durch Ostafrika.

Zum Abschluß der konstituierenden Sitzung wünschte Bundesjugendleiter Karl Herfurt der „Jungen Gruppe" in Rheinland-Pfalz für ihre Arbeit viel Glück und Erfolg.



SITZUNGSPAUSE — Im Gespräch: Karl Herfurt, Manfred Rogalla und Heinz Hebel (von links)



WÄHREND DER TAGUNG: Von links nach rechts die Kollegen Wurm, Leicher, Hebel, Herfurt und Kohl

1968

Eine aktive Junge Gruppe entsteht in Rheinland-Pfalz unter dem Vorsitz von Heinz Hebel als Landesjugendsprecher

1969

POLIZEI geht auf die Straße

Flugblattaktion der GdP

Große Resonanz in der Öffentlichkeit



Sooo viele Sorgen: Stellvertretender Landesbezirksvorsitzender Kurt Heinrich (rechts)
Foto: Benz



In Mainz: Diskussionen. Die Kollegen Müller und Schlösser (links in Uniform), Kollege Rogalla (zweiter von rechts)
Foto: Benz



Die Aktion in Kaiserslautern leitete Paul Schnauber (in Uniform halb verdeckt)
Foto: Bachem

1969

Im Dienst von einem Straftäter erschossen PHM Rudolf Stoffel



Rudolf Stoffel beigesetzt

Unter bemerkenswert großer Anteilnahme der Bevölkerung und entsprechender Repräsentanz offizieller Stellen wurde unser im Dienst getöteter Kollege Rudolf Stoffel am 18. Dezember 1969 zu Grabe getragen.

Für die Gewerkschaft der Polizei nahmen der Vorsitzende unseres Landesbezirksausschusses, Kollege Peter Lauer, sowie der Kreisgruppenvorstand unserer dortigen Untergliederung an der Beisetzung teil. In seiner Ansprache an die Trauergemeinde würdigte Kollege Lauer insbesondere die stete Hilfsbereitschaft, die Rudolf Stoffel ausgezeichnet habe.

Er sagte weiter:

„In tiefer Erschütterung stehe ich hier in Vertretung aller Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei, aber wohl auch aller Polizeibediensteten des Landes. Tief bestürzt haben wir von dem Mord an unserem Kollegen Rudolf Stoffel erfahren. Kurz vor seiner Zurruhesetzung mußte er in Ausübung seines Dienstes sein Leben lassen. Dieser Mord an einem Polizeibeamten muß jedem klarmachen, daß nur eine verstärkte Polizei in der Lage ist, dem Verbrechen Herr zu werden.

Der Kollege Rudolf Stoffel ist mitbestimmend bei der Gründung der Kreisgruppe Altenkirchen tätig gewesen und hat, genau wie er es in seinem dienstlichen und privaten Leben hielt, auch der Gewerkschaft der Polizei als seiner Berufsvertretung die Treue gehalten. Die Gewerkschaft der Polizei spricht den Hinterbliebenen ihre herzlichste Anteilnahme aus. Rudolf Stoffel wird in unserem Kreise unvergessen bleiben."

Der Personalratsvorsitzende, Kollege Fischer, hatte in bewegenden Worten die gute kameradschaftliche Zusammenarbeit mit Rudolf Stoffel hervorgehoben. Aus seinen Worten war aber auch zu spüren, wie sehr dieser bei entsprechender Personalstärke vermeidbare Mord die Beamten, die ständig mit Rudolf Stoffel zusammengearbeitet haben, verbittert hat.

Der Leiter des Schöffengerichts Bendorf, Amtsgerichtsdirektor Kreutz, hatte ernste Worte an den Gesetzgeber gerichtet, wonach es an der Zeit sei, Schluß mit der weichen Welle zu machen. Er schilderte den Verstorbenen als einen aufrechten, stets der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Beamten, und er selbst wisse aus seiner Tätigkeit, wie sehr sich der Tote stets für die Angeklagten, die er vor Gericht bringen mußte, einsetzte.

Er war der Meinung, es sei nicht dem mit gedient, daß die Verbrecher einer psychotherapeutischen Behandlung unterzogen werden würden, sondern daß sie die ganze Härte des Gesetzes treffen müsse. Seine Worte fänden sowohl bei den anwesenden Polizeibeamten als auch bei der Bevölkerung stets offenes Gehör.

Wenn eingangs die Anteilnahme der Bevölkerung besonders hervorgehoben wurde, darf nicht unerwähnt bleiben, daß annähernd zweihundert nicht zur Beisetzung befohlene Polizeibeamte erschienen waren. Darunter befanden sich zahlreiche Kollegen von den benachbarten Stationen der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen.

Kollege Rudolf Stoffel ist beigesetzt. Von seinem Mörder fehlte zur Zeit des Redaktionsschlusses noch jede Spur.

Das Ministerium des Innern in Mainz ließ im übrigen am Grab unseres Kollegen Stoffel durch Regierungspräsident Dr. Leibmann einen Kranz niederlegen.

Der in dieser Ausgabe zur Verfügung stehende Raum ließ die nähere kritische Beurteilung des Einsatzes in Flammersfeld nicht zu. Wir werden darüber in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Totenwache für Rudolf Stoffel

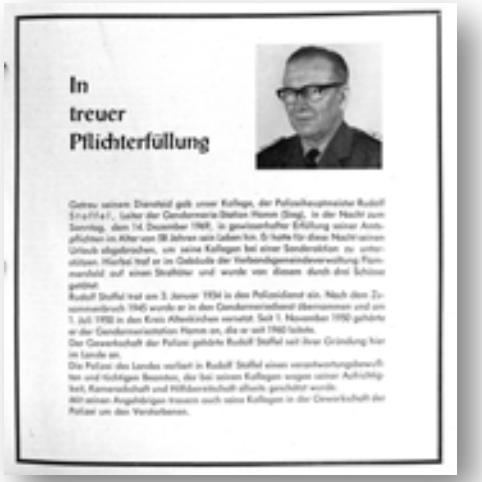
Bürgerinitiative für die Polizei

Der uns alle erschütternde Tod unseres Kollegen Rudolf Stoffel hat in der Öffentlichkeit zu einer Reaktion geführt, die uns allen zu denken geben sollte. Alle Komplexe, die sich aus dem angeblich schlechten Verhältnis zum Bürger ergeben und die in uns immer dann aufkommen und ständig genährt werden, wenn wir in einem Teil der Presse unsachliche Berichte über das Einschreiten der Polizei lesen, entbehren offenbar jeder Grundlage. Die schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit des Polizeibeamten — wenn sie hier und da auch unpopulär ist — wird vom Bürger durchaus anerkannt. Wir sollten das bei unserer täglichen Arbeit nicht übersehen.

Durch Initiative eines Bürgers aus Hamm (Sieg) wurde **zur Erhöhung der von der Staatsanwaltschaft ausgesetzten Belohnung** zur Ergreifung des oder der Täter eine Spendenaktion ins Leben gerufen. In die bei der Verbandsgemeindeverwaltung Hamm (Sieg) ausliegende Liste waren bis Redaktionsschluß — zwei Tage lag die Liste erst aus — gut 8000,— DM gezeichnet. Die Forderung vieler Bürger der umliegenden Gemeinden, auch in ihren Verwaltungen Zeichnungslisten auszulegen, läßt erwarten, daß sich der Betrag noch erhöht.

Die Bediensteten der Verbandsgemeindeverwaltung Hamm (Sieg), bei denen die Liste liegt — und auch das sollte uns zum Nachdenken zwingen — wissen zu berichten, daß bei ihnen eine alte ärmlich gekleidete Frau — deren zwei Söhne zum ständigen Kundenkreis der Polizei gehören — mit tränenden Augen erschien und 5,— DM einzahlte. Aufgefallen ist auch, daß sich unter den Zeichnern nicht wenig sogenannte „Hippies" — gemeint sind wohl ortsansässige „Gammler" oder auch „Asoziale" — befinden.

Wir sollten all diese Dinge nicht nur oberflächlich zur Kenntnis nehmen, sondern auch innerlich verarbeiten. Das Bewußtsein der allgemeinen Anerkennung unserer Arbeit durch den Bürger könnte unsere täglich zu erfüllende Aufgabe erleichtern.



In
treuer
Pflichterfüllung

1970

Anrede von Vorgesetzten



Anrede mit der Amtsbezeichnung

Auch in Rheinland-Pfalz, so meldete die Rhein-Zeitung am 18./19. April, darf — wie in Hessen — Regierungsdirektor X von seinen Untergebenen als „Herr X" angeredet werden. Den Beamten steht zwar ihr Amtstitel zu, aber sie haben keinen Anspruch, damit angeredet zu werden. Hessen hat diesen Anspruch in einem Erlaß jetzt erneut festgelegt, Rheinland-Pfalz — so die Auskunft des Mainzer Innenministeriums — betrachte den unkonventionellen Umgang mit Beamtentiteln als eine Selbstverständlichkeit. Das Mainzer Landeskabinett kam bei einer Prüfung des Problems zu dem Ergebnis: Einer besonderen Regelung bedarf es nicht. Die Rechtslage ist klar. Alles andere ist Sache des Taktes.

5/70 · DEUTSCHE POLIZEI | 37 R

1970

Heinz Blatt ist neuer Landesjugendleiter

Neuer Landesjugendleiter

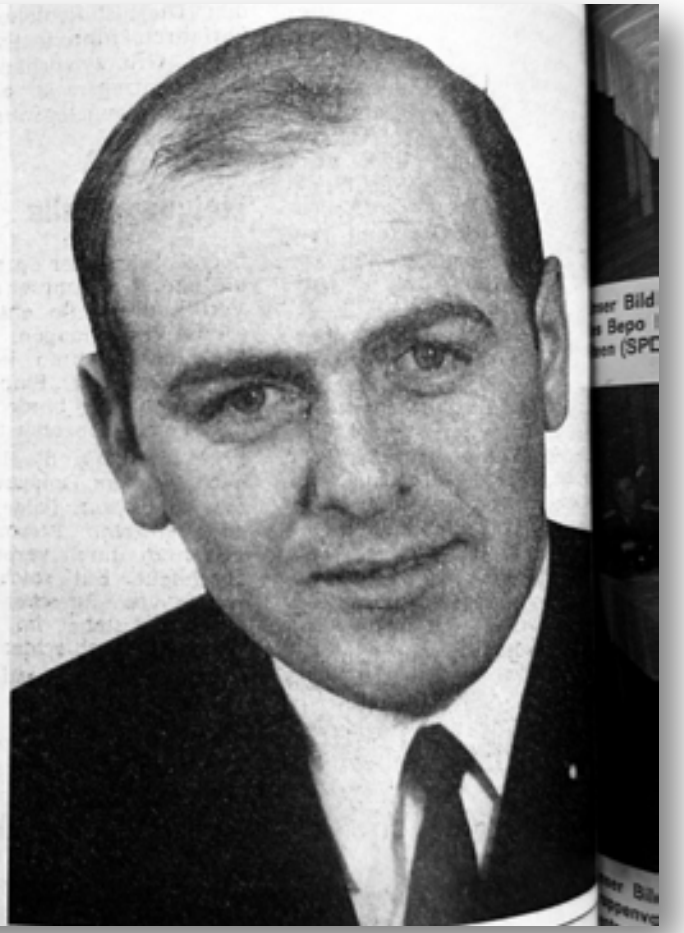
Landesbezirksvorstand und Landesbezirksausschuß wählten in ihrer gemeinsamen Sitzung am 1. April 1970 den Kollegen Heinz Blatt (35) — unser Bild — zum neuen Landesjugendleiter.

Die Wahl war zur Entlastung unseres bisherigen Landesjugendleiters, Kollegen Herbert Warncke, notwendig geworden.

Kollege Blatt ist in der Gewerkschafts- und Jugendarbeit nicht unerfahren. Seit 10 Jahren steht er der Kreisgruppe Bepo Koblenz vor. Seit 1962 hat er darüber hinaus im Landesbezirksausschuß und geschäftsführenden Landesbezirksvorstand bedeutende Funktionen inne.

Seine Einstellung zur Jugendarbeit und sein Fleiß bürgen für eine Intensivierung der Jugendarbeit in unserem Lande.

Bedeutende Stütze wird ihm dabei unser Landesjugendsprecher Heinz Hebel sein.



1971



Unsere herzlichen Wünsche begleiten

den scheidenden Minister des Innern

August Wolters (68)

Zwölf Jahre lang hat August Wolters das Ministerium des Innern geleitet. Jetzt ist er auf eigenen Wunsch aus der Landesregierung ausgeschieden.

Es ist der natürliche Interessengegensatz zwischen dem ein Ministerium leitenden Politiker und einer Gewerkschaft, der zu Auseinandersetzungen geradezu zwingt. Dennoch kann von einer guten Zusammenarbeit mit August Wolters gesprochen werden. Einer Zusammenarbeit, die gekennzeichnet war durch den immer wieder zum Ausdruck gekommenen Willen zum gemeinsamen Wirken für die Polizei unseres Landes und durch die Offenheit im persönlichen Umgang miteinander.

So bleibt uns heute nur, August Wolters von ganzem Herzen einen gesunden und geruhsamen Lebensabend zu wünschen.

den neuen Minister des Innern

Heinz Schwarz (42)

Ein starkes politisches Engagement zeichnet Heinz Schwarz aus. Sein Lebenslauf verzeichnet über ihn:

1949 bis 1964 Geschäftsführertätigkeit in der Jungen Union und CDU auf Kreis-, Landes- und Bundesebene. 1964 Amtsbürgermeister in Bad Hönningen. 1956 Mitglied des Kreistages von Neuwied, seit 1959 Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz.

Der Polizei unseres Landes ist er schon lange kein Unbekannter mehr. In seiner parlamentarischen Arbeit hat er sich mit den speziellen Problemen der Polizei befaßt und durch sein persönliches Wirken maßgeblich zu den bis jetzt erreichten Verbesserungen beigetragen.

Wir wünschen Heinz Schwarz in seinem neuen Amt recht viel Erfolg und hoffen auf eine Fortsetzung der bisherigen guten Zusammenarbeit zum Wohle der rheinland-pfälzischen Polizei.

Auf den bisherigen Innenminister August Wolters folgt Heinz Schwarz

1973

Zur 3. Landesjugendkonferenz trafen sich die Vertreter der „JUNGEN GRUPPE" am 23. Mai 1973 in Trier, um über die im Lande vorhandenen Probleme und die Zusammensetzung eines neuen Vorstandes zu beraten. An der Anzahl der Teilnehmer (24 Kollegen) konnte man erkennen, daß immer mehr „JUNGE GRUPPEN" im Lande ins Leben gerufen werden. Die Jugendvertretungen, die bis vor einiger Zeit nur bei den Bereitschaftspolizeien zu finden waren, wurden im Anschluß an die letzte Jugendkonferenz auch im Polizeieinzeldienst eingeführt.



Als stellvertretender Kassierer des Landesbezirks eine neue und gewiß nicht leichte Aufgabe vor sich sehend, nahm der bisherige Landesjugendvorsitzende, Kollege Heinz Hebel, an den Beratungen der Landesjugendkonferenz teil.



Die Verhandlungsleitung der Landesjugendkonferenz. Im Vordergrund der neue Landesjugendvorsitzende, Kollege Werner Blatt.

3. Landesjugendkonferenz in Trier

<u>Neuer Landesjugendvorstand:</u>

LJ-Vors.: Werner Blatt
Stellv.: Jürgen Scheid
Stellv.: HJ. Barz (Jöbi)
Schriftführer: Otto Weber
Stellv. : K.E. Sawatzki
Kassierer: Gerhard Cullmann
Vertreter: W. Miesel

1973



Das Nahziel:

A 9 mit Zulage

Die Tatsache, daß in den Publikationen der GdP auf Landesebene in den letzten Monaten der Komplex der Planstellenvermehrung im gehobenen und höheren Dienst und das dazugehörende Problem des erleichterten Aufstiegs für lebensältere Beamte mit Schwergewicht behandelt wurden, hat den Eindruck entstehen lassen, als sei die seit Jahren von der GdP vertretene Forderung nach Schaffung eines neuen Spitzenamtes im mittleren Polizeidienst, das mindestens in der Besoldungsgruppe A 9 mit Zulage auszuweisen wäre, nebensächlich oder gar völlig bedeutungslos geworden. Daß dem nicht so ist, beweist der im Dezember 1972 vom Gewerkschaftsvorstand gefaßte Beschluß, die gewerkschaftlichen Bemühungen im Frühjahr 1973 mit Vorrang und allem Nachdruck auf die Realisierung dieser Forderung zu konzentrieren und neue Initiativen sowohl in Richtung auf Bundestag und Bundesregierung, als auch auf die Länder zu entwikkeln.

Es waren ausschließlich gewerkschaftstaktische, sich aus der Beurteilung der allgemeinen Besoldungssituation ergebende Überlegungen, die ausschlaggebend für die vorübergehende Verlagerung des Schwergewichts der Arbeit auf das Problem der Verstärkung des gehobenen und höheren Dienstes waren. Diese Planstellenvermehrung ist, anders als das neue Spitzenamt, trotz ihrer indirekten Auswirkung auf diese, kein Problem der Besoldung, sondern ein Komplex, für den die Länder ohne rahmenrechtliche Bindungen allein zuständig und demnach berechtigt sind, hier über die Stellen- und Haushaltpläne selbständig Regelungen zu treffen. Angesichts der nach Verabschiedung des 1. BesVNG, immer stärker in Erscheinung tretenden Stagnation in der vom Bund betriebenen Besoldungsvereinheitlichung und -neuregelung — ein Anzeichen der sich anbahnenden innenpolitischen Krise — ergab sich geradezu zwangsläufig die Notwendigkeit, sich diesem Gebiet mit Schwerpunkt zuzuwenden, zumal es hier, im Gegensatz zu den seit Jahren laufenden besoldungsrechtlichen Bemühungen, darauf ankam, völlig neue Entwicklungen in Gang zu bringen. Dies ist durch die Initiative und Tatkraft der GdP in Rheinland-Pfalz gelungen, wo nach der zwischenzeitlich erfolgten Vorlage eines Regierungskonzepts nun die Verhandlungen mit den Landtagsfraktionen über dessen Realisierung anlaufen.

Entscheidend für den Entschluß der GdP, ihre Bemühungen nunmehr erneut auf die Schaffung des Spitzenamtes in A 9 m. Z. zu konzentrieren, waren neben der berechtigten Erwartung neuer Initiativen von Bundesregierung und Bundestag auf dem Besoldungssektor nicht zuletzt die Schwierigkeiten, die in den mit dem Problem des Aufstiegs von lebensälteren Bewerbern in umgewandelte Planstellen des gehobenen Dienstes befaßten Ländern immer stärker in Erscheinung treten. Das starre Festhalten der Länder an der Absolvierung des ungekürzten Lehrgangs mit abschließender Fachprüfung II als Voraussetzung für den Aufstieg in den gehobenen Dienst hat zur Folge, daß zahlreichen qualifizierten Polizeibeamten in vorgerücktem Lebensalter ein Laufbahnwechsel unmöglich gemacht wird, weil sie das mit den physischen und psychischen Belastungen eines solchen Lehrgangs verbundene gesundheitliche Risiko nicht eingehen können und wollen, zumal ein Aufstieg über die Besoldungsgruppe A 10 hinaus für sie nur in Ausnahmefällen möglich sein dürfte.

Der Gewerkschaftsvorstand hat in einem Mitte Dezember der Innenministerkonferenz zugeleiteten Schreiben darauf hingewiesen, daß dieses Problem nur durch die Anweisung eines neuen Spitzenamtes in der Besoldungsgruppe A 9 mit Zulage möglich ist und von dieser unter Hinweis auf die bereits im Dezember 1970 gegebene Zusage eine erneute Initiative gefordert. Diese ist mit Schreiben der Innenministerkonferenz vom 19. Dezember 1972 zugesichert worden.

Die GdP wird im Lande Rheinland-Pfalz diese Bemühungen durch intensive Verhandlungen mit der Landesregierung und den Landtagsfraktionen unterstützen.

Heinz Wittkowski

1974



Bis Dez 1973



Ab Januar 1974

DEUTSCHE POLIZEI

erscheint jetzt mit Farbfotos auf der Titelseite

5000. Mitglied aufgenommen

Das 5000. Mitglied ist in die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, eingetreten! Sein Name: Christian Walitzek, 18 Jahre, wohnhaft in Kaiserslautern, Fuchsberg 17, seit dem 2. Januar 1975 Angehöriger der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt. Aufgenommen wurde er durch unseren Kollegen Horst Raab von der Kreisgruppe Schifferstadt.

Und so geschah es:

Unter dem Motto „Macht alle mit — es lohnt sich" führte der Landesbezirk Rheinland-Pfalz seit dem 1. Oktober 1974 eine Werbeaktion durch. Die Resonanz dieser Werbeaktion war so groß — wir berichteten darüber in der März-Ausgabe — daß der geschäftsführende Vorstand sich entschloß, die Aktion bis 31. März 1975 zu verlängern und unabhängig davon Sonderpreise für das 5000. Mitglied und dessen Werber auszusetzen.

Die Spannung wuchs, nachdem der Mitgliederstand bei 4996 angelangt war. Dann passierte es: an einem Tag gingen nochmals 15 Aufnahmeanträge mit gleicher Post, aber von verschiedenen Kreisgruppen ein, so daß nur das Los die Entscheidung bringen konnte. Das Ergebnis: die beiden oben genannten Kollegen waren die glücklichen Gewinner der beiden tragbaren Fernsehgeräte, die ihnen inzwischen von unserem stellvertretenden Landesbezirksvorsitzenden, dem Koll. Alfons Roscher, überreicht wurden. (Unser Bild.)

Gelohnt hat sich die Werbeaktion aber auch für eine Reihe anderer Kolleginnen und Kollegen, die bei den jeweiligen Monatsauslosungen Preise gewonnen haben. Die durch das Los ermittelten Preisträger der Gesamtwerbeaktion, bei der 244 Kolleginnen und Kollegen den Weg in die GdP fanden, sind:

1. Preis mit 300,– DM
Kollege Heringer, Kreisgruppe Wengerohr

2. Preis mit 200,– DM
Kreisgruppe Schifferstadt

3. Preis mit 100,– DM
Kollege Litzenberger, Kreisgruppe Schifferstadt



Strahlendes Lächeln: Kollege Walitzek, Koll. Roscher und Koll. Raab (v. l. n. r.) **Foto: Przibylla**

Positiv ist zu bemerken, daß alleine bei der Kreisgruppe Schifferstadt im Rahmen dieser Werbeaktion 72 Kollegen den Weg zur GdP fanden. Der überwiegende Teil der Neuzugänge kam jedoch aus den Reihen unserer Kolleginnen und Kollegen des Polizeieinzeldienstes, und gerade das ist besonders zu bewerten.

Es lohnt sich — nicht nur für die GdP zu werben, sondern auch Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei zu sein. Unsere Leistungen sprechen dafür.

H.H.

1975

5.ooo. Mitglied in Rheinland-Pfalz aufgenommen

1976







Neuer Landesvorsitzender: Hermann Lutz

Verbunden mit dem 25jährigen Jubiläum fand am 25. und 26. Mai 1976 in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz der 12. Delegiertentag statt.

In seiner Eröffnungsrede würdigte der bisherige Landesvorsitzende Heinz Wittkowski, der dieses Amt für 22 Jahre innehatte, die Arbeit der GdP für die Polizei unseres Landes und machte deutlich, wie eng die Geschichte der Polizei in Rheinland-Pfalz von der Gewerkschaft der Polizei mitgestaltet worden ist. Dabei kam zum Ausdruck, daß die GdP ihre gesamte Tätigkeit von Anfang an in den Dienst unseres neuen Staates gestellt und mit Engagement und Tatkraft in ihrer Organisation und nach außen lebendige Demokratie und freiheitliche Ordnung praktiziert hat. Sie hat dabei immer wieder unter Beweis gestellt, daß sie sich, über die Interessenvertretung hinaus, in besonderem Maße der gemeinsamen Sorge um das Wohl unseres Staates verpflichtet fühlt und entschlossen ist, jederzeit für die innere Sicherheit des demokratischen Rechtsstaates und die Freiheiten und Rechte seiner Bürger einzutreten. Der Aufbau und die heutige fortschrittliche Position der rheinland-pfälzischen Polizei sind ebensowenig ohne die ständigen Initiativen und die konstruktive Mitarbeit der GdP denkbar, wie es die Errungenschaften sozialer Sicherung und beruflichen Fortschritts der Polizeibediensteten unseres Landes ohne die zähe und nachdrückliche Vertretungsarbeit der GdP sind.

Stellvertretend für alle, die durch ihre langjährige Arbeit in den Vertretungsgremien der GdP einen Anteil am Aufbau und Erfolg unserer Organisation geleistet haben, sei im Namen aller Mitglieder Heinz Wittkowski ein anerkennendes Dankeschön gesagt.

Delegiertentage sind Arbeitstage, denn es gilt zukunftsweisend, sich mit den Problemen unserer Zeit zu beschäftigen, um die Zielrichtung für die kommenden Jahre basisbezogen zu erhalten. Daß es noch genügend Aufgaben für die Gewerkschaft der Polizei gibt, hat sich an der Vielzahl von Anträgen gezeigt. Dies gilt in gleichem Maße für die ebenfalls in der Rhein-Mosel-Halle durchgeführte Landesjugendkonferenz, die wertvolle Impulse für die Gewerkschaftsarbeit setzte.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wählten die 129 Delegierten den Kollegen Hermann Lutz (Foto) mit klarer Mehrheit zum neuen Landesbezirksvorsitzenden. Hermann Lutz ist seit 1958 Mitglied der GdP.

In einer beachteten und von Beifall unterbrochenen Rede setzte Kollege Hermann Lutz Akzente der Gewerkschaftsarbeit. Dabei stellte er heraus, daß die GdP ihre vergpflichtende Bereitschaft für die Lösung aller Probleme der Polizeibediensteten beibehalten müsse. Dies gilt um so mehr, da die Sprecher der drei Landtagsfraktionen bereits 1960 übereinstimmend erklärten, daß die GdP aufgrund ihrer Organisationsverhältnisse **auch** im Parlament als die führende Sprecherin der Polizei anerkannt worden sei.

Unsere Freiheit und Unabhängigkeit auf verfassungsrechtlicher Basis verpflichtet und nimmt uns zusätzlich in die Verantwortung. Im Sinne dieser Verantwortung wollen wir auch zukünftig unsere Forderungen sehen. Dies darf andererseits aber nicht dazu führen, daß wir als Bittsteller der Nation, weil wir uns am Möglichen orientieren,

12. Delegiertentag in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz am 25.-26. Mai 1976

Hermann Lutz wird zum Landesvorsitzenden gewählt



Kurt Fleschhut, stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei.

Heinz Hebel, stellvertretender Kassierer des Landesbezirks Rheinland-Pfalz und stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei.

Kartheinz Klein, Landesschriftführer des Landesbezirks Rheinland-Pfalz, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates der Polizei bei der Bezirksregierung Koblenz und Vorsitzender des Personalrates beim Polizeipräsidium Koblenz.

Alfons Roscher, stellvertretender Landesvorsitzender, stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei und stellvertretender Vorsitzender des Bezirkspersonalrates der Polizei bei der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz.

Heinz Steffen, Vorsitzender des Personalrates – Exekutive – bei der Direktion der Bereitschaftspolizei.

Heinz Blatt, stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied des Hauptpersonalrates der Polizei.

Helmut Lieber, Vorsitzender der Kreisgruppe Daun und Mitglied des Landesbezirksausschusses.

Bernhard Hetz, Vorsitzender des Personalrates – Exekutive – beim Wasserschutzpolizeiamt und Mitglied des Fachausschusses Schutzpolizei.

Alois Müller, Vorstandsmitglied des Personalrates – Exekutive – der Bereitschaftspolizei, stellvertretender Landesschriftführer und Kreisgruppenvorsitzender der Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Mainz.



Walter kandidieren:
Richard Welsch
Berthold Wagner
Rüdiger Winter
Werner Burkard
Hermann Loch
Willi Dehmen
Michael Gyalocsi

Gerda Heidler, Mitglied der Kreisgruppe Ludwigshafen-Stadt.

Kandidaten für den
Hauptpersonalrat
– Allgemeine Innere Verwaltung –

Heinrich Kuhn, stellvertretender Vorsitzender des Personalrates beim Polizeipräsidium Trier und Vorstandsmitglied der Kreisgruppe Trier-Stadt.

Gruppe Angestellte

Wilfried Geißen, stellvertretender Vorsitzender des Personalrates beim Polizeipräsidium Koblenz und Vorstandsmitglied der Kreisgruppe Koblenz-Stadt.

Gruppe Arbeiter

Hans Werner Bolz, stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrats – Allgemeine Innere Verwaltung – Mitglied des Gewerkschaftsvorstandes.

Sicherheit durch Erfahrung
– Erfolg durch Leistung

1977

Personalratswahlen

GdP Kandidaten für den Hauptpersonalrat

1978



Nach dem Beitritt der GdP in den DGB war es für den LB Rheinland-Pfalz selbstverständlich, an der zentralen Maikundgebung des DGB in Koblenz teilzunehmen. Der „Neuling GdP" führte den Demonstrationszug von rund 1500 Teilnehmern an. „Gemeinsam stärker" – die Aufschrift unseres Transparents brachte zum Ausdruck, daß wir unsere Belange nur mit einer starken Solidarität verwirklichen können. Diese Solidarität versicherte der DGB-Vorstand, Julius Lehlbach, in seiner Festansprache der neuen 17. Säule im DGB.

Die GdP nimmt erstmalig an der Maikundgebung des DGB in Koblenz teil

1979



A 9 mit Zulage ab 1. Juli 1979

In den letzten Wochen haben sich die Ereignisse um die Durchführung der A9 mit Zulage in unserem Land förmlich überschlagen. Nachdem wir den Ministerpräsidenten um eine beschleunigte Durchführung des Verfahrens gebeten und auf die positive Entwicklung in anderen Bundesländern hingewiesen hatten, teilte uns der Chef der Staatskanzlei im Auftrage des Ministerpräsidenten mit, daß die Durchführung des neuen Bundesbesoldungsgesetzes vom 4. Januar 1979 noch der haushaltsrechtlichen Ermächtigung durch den neuen Landtag bedürfe. Für alle eine überraschende Mitteilung, hatten doch die Spitzenpolitiker unseres Landes, insbesondere die CDU-Fraktion des Landtages, uns bei den Beratungen des Nachtragshaushaltes 1978/79 zu diesem Punkt versichert, der Finanzminister erhalte für die zusätzlichen Ausgaben, die aus der A9 mit Zulage erwachsen würden, eine entsprechende Ausgabeermächtigung. In erneuten Eingaben an Ministerpräsident Dr. Vogel und die Landtagsfraktionen haben wir dann auf die seinerzeitigen Zusagen hingewiesen und verlangt, daß die Polizeibeamten unseres Landes durch die Neuwahl des Landtages und die dadurch bedingte gesetzgeberische Pause gegenüber den Polizeibeamten anderer Länder nicht benachteiligt werden dürfen. Auf die Notwendigkeit, das parlamentarische Verfahren zu beschleunigen und eine wohlwollende unbürokratische Lösung des Problems vorzunehmen, wiesen wir erneut hin und schlugen weiterhin vor, rückwirkende Einweisungen wie in Nordrhein-Westfalen vorzunehmen und die Einweisungen nicht an die festen Beförderungsdaten zu binden.

Ministerpräsident Dr. Vogel hat uns auf diese erneute Initiative unsererseits mitgeteilt, daß der Ministerrat der Landesregierung folgendes beschlossen hat:

1. Die nach dem Bundesbesoldungs-Änderungsgesetz vom 4. Januar 1979 zugelassene Obergrenze von 30 Prozent soll in Rheinland-Pfalz ausgeschöpft werden; demzufolge werden 701 Polizei- und Kriminal-Hauptmeisterstellen mit der Amtszulage ausgestattet.
2. Die für die Einführung des Spitzenamtes erforderliche Änderung des Haushaltsgesetzes 1979 soll im Mai 1979 im Ministerialrat mit dem Ziel beschlossen werden, die Regelung zum 1. Juli dieses Jahres wirksam werden zu lassen.

Die volle Ausschöpfung der Obergrenze von 30 Prozent ist lobenswert. Die Verzögerung in der Durchführung sollte durch rückwirkende Einweisungen ausgeglichen werden. Hierin werden wir durch entsprechende Anträge der SPD- und F.D.P.-Landtagsfraktionen unterstützt. Auch Innenminister Böckmann hat seine Bereitschaft erkennen lassen, in dieser Angelegenheit und in der Berücksichtigung lebensälterer Beamter wohlwollend zu verfahren.

Noch eine Feststellung zum Schluß. In den letzten Tagen hat das Innenministerium eine Erhebung über den betroffenen Personenkreis vornehmen lassen, die einige Unruhe unter den Kollegen verursacht hat. Ohne das Thema breit auswalzen zu wollen, können wir versichern, daß keinesfalls beabsichtigt ist, die Kollegen des Wechselschichtdienstes irgendwie zu benachteiligen.

Auch ein Erfolg der GdP

1979

13. Delegiertentag am 12.-13. Juni 1979 in Ludwigshafen

Landesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE (GdP)

JUNGE GRUPPE sucht neues Selbstverständnis

Am 11. Juni 1979 fand in Ludwigshafen die 5. ordentliche Landesjugendkonferenz statt. Von Beginn an war zu spüren, daß es den Delegierten darum ging, Konzepte zu entwickeln, die geeignet sind, der JUNGEN GRUPPE ein neues Selbstverständnis zu geben. Der Vorstand wurde aufgerufen, innerhalb der GdP einen eigenen Standpunkt zu beziehen und die Interessen der JUNGEN GRUPPE im Landesbezirk mit Nachdruck zu vertreten. Die mangelnde Information der JUNGEN GRUPPE innerhalb der Kreisgruppen müsse entschieden verbessert werden, forderten die anwesenden Mandats- und Gastdelegierten. Alle diese Erwartungen setzt man in den neuen Vorstand, der sich wie folgt zusammensetzt:

Landesjugendvorsitzender: Peter Magerl, Cochem. Der bisherige Vorsitzende Werner Blatt verzichtete auf eine erneute Kandidatur, da er für den Landesbezirksvorstand kandidierte. Kollege Magerl ist 32 Jahre alt, verheiratet, Vater zweier Jungen und bedienstet bei der Schutzpolizeiinspektion in Cochem. Er gehörte dem bisherigen Landesjugendvorstand als Vertreter an. Zu Stellvertretern wurden Hermann Josef Barz aus Altenahr und Hans Werner Dietze aus Worms gewählt. Schriftführer ist Rainer Zander aus Cochem, stellvertretender Schriftführer Walter Müller aus Böhl-Iggelheim, Kassierer Gerhard Cullmann aus Kaiserslautern, stellvertretender Kassierer Ulrich Haese aus Halsenbach.

Als Delegierte zur Bundesjugendkonferenz werden entsandt: Peter Salz, Hermann Josef Barz, Hans Werner Dietze und S. Meier.

Vertreter im Landesbezirksausschuß ist der Kollege Peter Salz.

Die Grußworte des Bundesjugendvorstandes überbrachte der stellvertretende Bundesjugendvorsitzende Gerd Fischer. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, sprach die Kollegin Lilo Radermacher. Anschließend referierte der Landesvorsitzende Hermann Lutz und gab einen Situationsbericht über die derzeitige Lage innerhalb der GdP und die Ziele nach denen die zukünftige Arbeit ausgerichtet werden sollte.

Viele konstruktive Beiträge kennzeichneten das Engagement der Delegierten während der anschließenden Antragsberatung. Der neue Vorstand wurde gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die nächste Landesjugendkonferenz in einem zeitlichen Abstand vor dem Landesdelegiertentag stattfindet.

Im Schlußwort brachte Kollege Magerl zum Ausdruck, daß der Geist dieser Konferenz die Tätigkeit innerhalb der JUNGEN GRUPPE bestimmen möge. Vor allem erwarte er, daß die Basis die Arbeit des Vorstandes unterstütze.

Nachträglich ist noch zu berichten, daß der geschäftsführende Vorstand dem Dringlichkeitsantrag (59) die Dringlichkeit zuerkannt hat und diesen an den Bundeskongreß weiterleitet.

Ebenso kam man der Forderung nach, die Landesjugendkonferenz zeitlich vor den Landesdelegiertentag zu legen. Die Anträge wurden einstimmig angenommen.



Der neue Landesjugendvorsitzende.

1979



Fachhochschule – Start in die Zukunft

Das am 18. August 1976 geänderte Beamtenrechtsrahmengesetz verpflichtet die Bundesländer, spätestens zum 1. Januar 1980 ihren Nachwuchs für den gehobenen nicht-technischen Dienst an Fachhochschulen auszubilden.

Hochschulrecht und Hochschulorganisationsform treten neben Dienstrecht und Behördenorganisationsrecht.

Die Neuordnung der polizeilichen Bildung und Ausbildung für den gehobenen Dienst wird in der Diskussion überschattet von dem Zerrbild eines überintellektualisierten Führungsnachwuchses. Alle Kritiker in dieser Richtung können wir heute schon beruhigen. Weder Innenminister Kurt Böckmann noch die Gewerkschaft der Polizei streben mit ihrem Ja zur Fachhochschulausbildung eine solche Entwicklung an. Vielmehr stellt sich berechtigterweise die Frage: Wie läßt sich ein hohes Maß an Allgemeinbildung mit der fachwissenschaftlichen Ausbildung so verbinden, daß der Praxisbezug nicht verlorengeht? Die beabsichtigte Gliederung der Fachhochschulausbildung sieht so aus:

- verwaltungswissenschaftlicher Teil
- polizeispezifischer Studienabschnitt
- Berufspraktika

Hier besteht genügend Gestaltungsraum, unsere Forderungen nach einer modernen Ausbildung zur Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Berufsgruppe umzusetzen. Die Berücksichtigung polizei-fachspezifischer Studieninhalte muß unter Nutzung der personellen und materiellen Kapazitäten der Landespolizeischule Koblenz erfolgen.
Nun ist es an der Zeit, daß die Landesregierung mit Deutlichkeit und Offenheit ihr Konzept für den 1. Januar 1980 auf den Tisch legt. Die Betroffenen warten darauf!
Viele Fragen sind noch offen und hängen teilweise von der Weiterführung der Funktionsanalyse sowie der Personalentwicklung ab.

Nur die Fortführung der Funktionsanalyse, die Innenminister Böckmann für den Haushalt 1980/81 anstrebt, garantiert eine ausgewogene Personalentwicklung in Rheinland-Pfalz. Die Generation junger Polizeibeamter, die bereits die Voraussetzungen im Bereich der Allgemeinbildung, wie

- allgemeine Hochschulreife
- Fachhochschulreife Polizei
- sonstige Fachhochschulreife

erfüllt, erwartet ein Anerkennen der Leistungsbereitschaft der Polizeibeamten der Zukunft.
Bei der großen Zahl der Bewerber mit Zulassungsvoraussetzungen sollte Innenminister Böckmann während der Parallelität der Ausbildung in der Übergangsphase bis einschließlich 1982 die Entscheidung, ob „Mayen" oder „Koblenz", den Betroffenen überlassen. Dazu zählen auch noch die 46 Absolventen der O-Klasse von K. Dies wäre eine Entscheidung, die der freien Entfaltung des Menschen entsprechen würde. Nachteile für den Dienstherrn gibt es nicht! – Herr Innenminister, dies wäre etwas für Sie!

FOS startet ab 01.01.1980

1980

5-Schichten-Dienst bekommt „GRÜNES LICHT“ vom Innenminister Böckmann

Konsequente und beharrliche Gewerkschaftsarbeit zahlt sich aus. Grundlage für diese Behauptung ist eine Presseverlautbarung von Innenminister Kurt Böckmann, mit der er Verbesserungen für den Wechselschichtdienst in der Rheinland-pfälzischen Polizei ankündigt und mit der Einführung des 5-Schichten-Dienstes beginnen will.

Wer die Veröffentlichungen der GdP aufmerksam verfolgt hat, weiß, mit welcher Intensität wir uns für eine Humanisierung des Wechselschichtdienstes einsetzen. Permanent haben wir die schwere Situation der Schichtdienstbeamten dargestellt und unsere Forderungen zur Verbesserung erhoben. Unser besonderes Augenmerk war dabei zunächst auf eine Verkürzung der Dienstplangestaltung und die Einführung einer Altersgrenze für Schichtdienstleistende gerichtet.

Der Erfolg gibt uns recht! Das Ministerium des Innern und für Sport hat mittlerweile angeordnet, daß Polizeivollzugsbeamte ab Vollendung ihres 55. Lebensjahres keinen Schichtdienst mehr leisten müssen, sofern sie dies wünschen.

Noch gravierender der 2. Schritt: Die Bezirksregierungen wurden angewiesen, dem Ministerium des Innern und für Sport kurzfristig Vorschläge für die Einführung von Modellversuchen des 5-Schichten-Dienstes bei Polizeidienststellen ihres Regierungsbezirks zu unterbreiten, die dann nach Weisung des Ministeriums durchgeführt werden!

Innenminister Böckmann zeigt mit dieser Anordnung, daß er ein offenes Ohr für die Probleme der Polizei hat und beherzt genug ist, richtungsweisend für andere Bundesländer voranzugehen; hierfür unser Dank.

Natürlich wird diese Weisung aber auch zu ausgiebigen Diskussionen bei unseren Kollegen führen. Welcher Dienstplan erfüllt schon alle Erwartungen bzw. wird dem Ortsansässigen wie dem Pendler gerecht? Die vom Ministerium des Innern und für Sport ins Leben gerufene Arbeitsgruppe „Wechselschichtdienst“ hat in ihrem Abschlußbericht eine Möglichkeit aufgezeigt, die den Interessen des Dienstherrn und der Kollegen nahekommen könnte.

Bei Festlegung der Schichtzeiten auf
07.00–17.00 Uhr (Tagdienst),
12.30–21.30 Uhr (Spätdienst),
21.30–07.00 Uhr (Nachtdienst)
ergeben sich im 5-Wochen-Durchlauf 199,5 Stunden.

Für die Schichtfolge stehen alternativ zwei Möglichkeiten zur Verfügung, und zwar:

1. Möglichkeit

	Tag (07.00–17.00 Uhr)	Spät (12.30–21.30 Uhr)	Nacht (21.30–07.00 Uhr)
Montag	E	A	D
Dienstag	A	B	E
Mittwoch	B	C	A
Donnerstag	C	D	B
Freitag	D	E	C
Samstag	E	A	D

2. Möglichkeit

Montag	A	E	D
Dienstag	B	A	E
Mittwoch	C	B	A
Donnerstag	D	C	B
Freitag	E	D	C
Samstag	A	E	D

Ergänzend hierzu sollte der Nachtdienst (9,5 Stunden) rein rechnerisch als zehn Stunden Dienstzeit gerechnet werden. Mit dieser Bewertung würden einerseits die besonderen Erschwernisse der Nachtarbeit berücksichtigt, andererseits wären die so anfallenden Mehrstunden zweckgebunden für einen Wochenendausgleich zu verwenden, und zwar nach folgender Berechnung:

Abzüglich der durch Jahresurlaub und Feiertagsvergütung entfallenden Nacht-, Spät-, Tag- und Nachtdienst oder Tag-, Spät- und Nachtdienst.

Im ersten Fall liegen zwischen

Spät- und Tagdienst	9,5 Stunden
Tag- und Nachtdienst	28,5 Stunden
Nacht- und Spätdienst	52,5 Stunden

Im zweiten Fall liegen zwischen

Tag- und Spätdienst	19,5 Stunden
Spät- und Nachtdienst	24,0 Stunden
Nacht- und Tagdienst	48,0 Stunden

Beide Modelle haben ihre Vorteile. Während die 1. Möglichkeit dem „Ortsansässigen“ gerecht wird, scheint die 2. Möglichkeit mit ihren insgesamt längeren Pausen für den „Pendler“ vorteilhafter. Die Schichtdienstpläne hätten damit folgendes Aussehen:

1980



Abschied von Koblenz

Wenn diese Zeilen erscheinen, ist unsere Geschäftsstelle von Koblenz nach Mainz – einem Beschluß des Delegiertentages folgend – verlegt worden. Mit dem Sitz der Geschäftsstelle in Koblenz verbinden sich 30 Jahre Aufbauarbeit der GdP in Rheinland-Pfalz, die sich von einer kleinen Gemeinschaft von Polizeibeamten im Jahre 1950 bis zu einem Mitgliederbestand von etwa 6900 Angestellten, Arbeitern und Beamten im 3. Quartal 1980 fortentwickelte. Mit Koblenz verbinden sich Erinnerungen an die Pionierzeit der GdP, an glanzvolle Delegiertentage, an Protestveranstaltungen von dynamischer Aussagekraft und an gewerkschaftliche Erfolge. Nicht zuletzt aber auch Namen wie Josef Harzheim, Heinz Wittkowski, Josef Schuster, Sigfried Stulz und Martin Reiter, um nur einige zu nennen, die durch ihre langjährige Tätigkeit als Spitzenfunktionäre wesentlich zu der jetzigen Größe und Durchschlagskraft der Gewerkschaft der Polizei beigetragen haben.

Die gute Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung, den Polizeibehörden und Einrichtungen, der Stadtverwaltung und den übrigen Dienststellen des Bundes und des Landes im Koblenzer Raum und – last, not least – der enge Kontakt mit unseren Kreisgruppen und Mitgliedern lassen uns die drei Jahrzehnte in einem besonderen Licht erscheinen, ohne dabei in Nostalgie zu verfallen.

Mit der Verlegung der Geschäftsstelle nach Mainz beginnt in der Organisation unseres Landesbezirks ein neues Kapitel, das, so hoffen und wünschen wir, so erfolgreich wie das abgeschlossene sein wird.

In diesem Sinne Adieu Koblenz, Glückauf für Mainz.

Landesbezirksvorstand
Landesbezirksausschuß

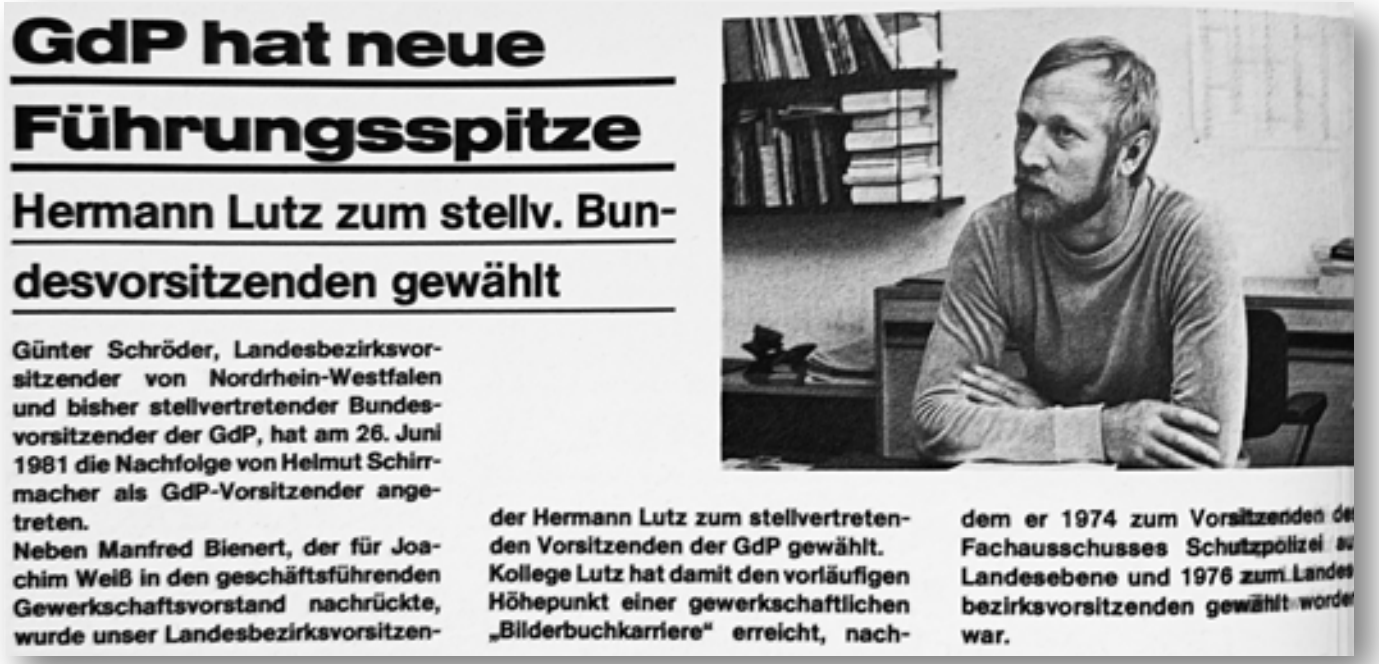
Unsere neue Anschrift in Mainz:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Forsterstraße 31
6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 61 10 92 und 61 10 93

Die GdP-Geschäftsstelle zieht um

Koblenz → Mainz

1981



GdP hat neue Führungsspitze

Hermann Lutz zum stellv. Bundesvorsitzenden gewählt

Günter Schröder, Landesbezirksvorsitzender von Nordrhein-Westfalen und bisher stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP, hat am 26. Juni 1981 die Nachfolge von Helmut Schirrmacher als GdP-Vorsitzender angetreten.
Neben Manfred Bienert, der für Joachim Weiß in den geschäftsführenden Gewerkschaftsvorstand nachrückte, wurde unser Landesbezirksvorsitzender Hermann Lutz zum stellvertretenden Vorsitzenden der GdP gewählt. Kollege Lutz hat damit den vorläufigen Höhepunkt einer gewerkschaftlichen „Bilderbuchkarriere" erreicht, nachdem er 1974 zum Vorsitzenden des Fachausschusses Schutzpolizei auf Landesebene und 1976 zum Landesbezirksvorsitzenden gewählt worden war.

Hermann Lutz wird neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

1982



Diskussionsmodell zur Neuorganisation der rheinland-pfälzischen Polizei

MdIufSp mit Fernmeldeleitstelle

LPP Koblenz	PD Koblenz	PD Montabaur	PD Altenkirchen	PD Neuwied	PD Cochem	PD Bad Neuenahr Ahrweiler
	PI Koblenz	PI Montabaur	PI Altenkirchen	PI Neuwied	PI Cochem	PI Bad Neuenahr Ahrweiler
	PI St. Goarshausen	PI Höhr-Grenzhausen	PI Wissen	PI Bendorf	PI Zell	PI Remagen
	PI Lahnstein	PI Diez	PI Hachenburg	PI Straßenhaus	PI Brodenbach	PI Altenahr
	PI Boppard	PI Bad Ems	PI Betzdorf	PI Linz		
	PI Kruft	PI Westerburg		PI Andernach		
	PI Mayen					

LPP Mainz	PD Mainz	PD Worms	PD Bad Kreuznach	PD Simmern
	PI Mainz	PI Worms	PI Bad Kreuznach	PI Simmern
	PI Ingelheim	PI Alzey	PI Bingen	PI Flugplatz Hahn (neu)
	PI Wörrstadt	PI Kirchheimbolanden		
	PI Oppenheim	PI Grünstadt		

LPP Kaiserslautern	PD Kaiserslautern	PD Pirmasens	PD Idar-Oberstein
	PI Kaiserslautern	PI Pirmasens	PI Idar-Oberstein
	PI Rockenhausen	PI Dahn	PI Baumholder
	PI Lauterecken	PI Waldfischbach	PI Birkenfeld
	PI Kusel	PI Zweibrücken	PI Kirn
	PI Landstuhl		

Erläuterungen:
MdIufSp = Ministerium des Innern für Sport
LPP = Landespolizeipräsidium
PI = Polizeiinspektion
PD = Polizeidirektion

LPP Ludwigshafen	PD Ludwigshafen	PD Landau
	PI Ludwigshafen	PI Landau
	PI Frankenthal	PI Annweiler
	PI Speyer	PI Bad Bergzabern
	PI Neustadt	PI Kandel
	PI Schifferstadt	PI Germersheim
	PI Maxdorf	PI Edesheim
	PI Haßloch	
	PI Bad Dürkheim	

LPP Trier	PD Trier	PD Wittlich
	PI Trier	PI Wittlich
	PI Hermeskeil	PI Bernkastel-Kues
	PI Saarburg	PI Morbach
	PI Schweich	PI Daun
	PI Bitburg	PI Traben-Trarbach (neu)
	PI Prüm	

Organisationsschema

Ein frühes Diskussionsmodell zum Thema „Neuorganisation“ der POLIZEI in Rheinland-Pfalz

1982

Landesjugendkonferenz

Im Mainzer DGB-Haus fand am 26. Januar 1982 die 6. ordentliche Landesjugendkonferenz statt.

Nach der Eröffnungsansprache durch die Kollegen Magerl und Blatt erfolgte die Wahl der Verhandlungsleitung und die Abstimmung über die Tagesordnung.

Bei der Aussprache zum vorgelegten Geschäftsbericht wurde deutlich, daß das Interesse der Gewerkschaftsmitglieder zu Gewerkschaftsaktivitäten einen tendenziellen Abschwung aufweist.

Nach dem Kassenbericht wurde der amtierende Vorstand entlastet und die Delegierten „schritten" zu den Neuwahlen. Am frühen Nachmittag stand dann folgendes Ergebnis fest:

Vorsitzender:
Kollege Zoran Werner,
stellvertretender Vorsitzender:
Kollege Norbert Puth,
stellvertretender Vorsitzender:
Kollege H. J. Schäfer,
Schriftführer:
Kollege Walter Müller,
stellvertretender Schriftführer:
Kollege Helmut Joswig,
Kassierer:
Kollege Ulrich Haese,
stellvertretender Kassierer:
Kollege Norbert Kaiser.

Als Vertreter der JUNGEN GRUPPE im Landesbezirksausschuß wurde Kollege Gerhard Cullmann gewählt.

An der Bundesjugendkonferenz in Berlin werden neben dem neuen Vorsitzenden die Kollegen Puth, Kaiser und Haese teilnehmen.

Die Beratung und Verabschiedung der gestellten Anträge aus den Bereichen:
- Satzung und Organisation
- Beamtenrecht und Nebengebiete
- Dienstliches und Soziales

führte zu zum Teil lebhaften Diskussionen.

Nach dem letzten TOP standen auch die Prioritäten der zukünftigen Gewerkschaftsarbeit auf Landesebene fest:
- Realisierung der auf der Landesjugendkonferenz gestellten Anträge
- Förderung der allgemeinen politischen und sozio-ökonomischen sowie kulturellen Bildung
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Zusammenarbeit mit politischen und gewerkschaftlichen Jugendorganisationen
- Unterstützung der JUNGEN GRUPPE auf Stadt- und Kreisebene.

Eine besondere Beachtung wird man auch der zunehmenden Interessenlosigkeit bei jüngeren Kollegen auf dem gesellschaftlichen Sektor schenken. Diese besorgniserregende Entwicklung wurde durch ein Referat des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Lutz unterstrichen. Durch die Anwesenheit des Kollegen Hebel und des Landessekretärs Will sowie des Kollegen Schneider konnten den Delegierten viele Fragen vor Ort beantwortet werden.

Es bleibt zu hoffen, daß es durch geeignete Aktivitäten gelingt, die Anzahl der „Passiven" zu reduzieren.



Landesvorsitzender der JUNGEN GRUPPE Rheinland-Pfalz, Zoran Werner.

1983



Bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik?

Die Regierungserklärung und ihr Stellenwert

Im Verfassungssystem der Bundesrepublik Deutschland wird dem Bundeskanzler mit der Richtlinienkompetenz eine starke Stellung eingeräumt. Nach Artikel 65 GG bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.
Diese politische Verantwortung hat Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl deutlich angesprochen und in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 keinen Zweifel gelassen, daß er bereit ist, engagiert für die Bürger unseres Landes Politik zu machen.

Zu einem Problemfeld, dem öffentlichen Dienst, machte Dr. Kohl vor dem Plenum des Deutschen Bundestages folgende Ausführungen: „Das Berufsbeamtentum hat Verfassungsrang und darf nicht angetastet werden. Gemeinsam mit den Verbänden und Gewerkschaften werden wir dafür sorgen, daß – auch in Zeiten notwendiger Einsparungen – der öffentliche Dienst seine Verantwortung wahrnehmen kann. Bei Einsparungen sind die Angehörigen der verschiedenen Gruppen des öffentlichen Dienstes gleich zu behandeln. Beamte haben kein Streikrecht. Das darf ihnen jedoch nicht zum Nachteil gereichen."

Eine Selbstverständlichkeit, die vom Bundesverfassungsgericht mehrfach verdeutlicht wurde, fehlt:
Auch die im öffentlichen Dienst Beschäftigten haben einen Anspruch darauf, an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilzuhaben.
Mir scheint, daß führende Politiker in Bund und Ländern weder die Verfassungsrechtsprechung noch die Regierungserklärung unseres Kanzlers ausreichend verstanden haben. Denn nur so ist es zu verstehen, daß der öffentliche Dienst wiederholt diffamiert wird und landauf wie landab Spitzenpolitiker und auch Minister in den „Sparchor" einstimmen.
Dabei wird vergessen, daß die Einkommen im öffentlichen Dienst keine Geschenke, sondern ebenfalls Bezahlung für geleistete Arbeit sind. Immer mehr wird mit der Zumutbarkeitsklausel argumentiert. Jetzt auf einmal sind wir Privilegierte wegen unseres relativ sicheren Arbeitsplatzes, obwohl wir wegen der niedrigen Einkommen in unserer Berufsgruppe (85 Prozent mittlerer Dienst) in Zeiten der Konjunktur unseren Nachwuchs mit dem Lasso einfangen mußten. Wie vergeßlich sind eigentlich unsere Politiker?
Die Absicht der Bundesregierung, die Einkommen der Tarifbeschäftigten an dem jeweiligen Besoldungsmodell zu orientieren (Lohnleitlinie) halte ich selbst für unvereinbar mit bestehendem Verfassungsrecht. Dadurch wird die Tarifautonomie unterlaufen.
Daß diese Absicht besteht, wird deutlich aus einer Stellungnahme des Staatssekretärs Schreiner (RP), Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Nach seiner Auffassung müssen sich die Tarifabschlüsse an den Einkommen der Beamten orientieren und nicht an der Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen in der gewerblichen Wirtschaft.

Die GdP protestiert gegen Sonderopfer! Unser Bild zeigt im Vordergrund die Mitglieder des Landesjugendvorstandes (JUNGE GRUPPE) mit Transparent und Plakat bei einer Aktion am 5. Mai 1983 in der Mainzer Innenstadt.

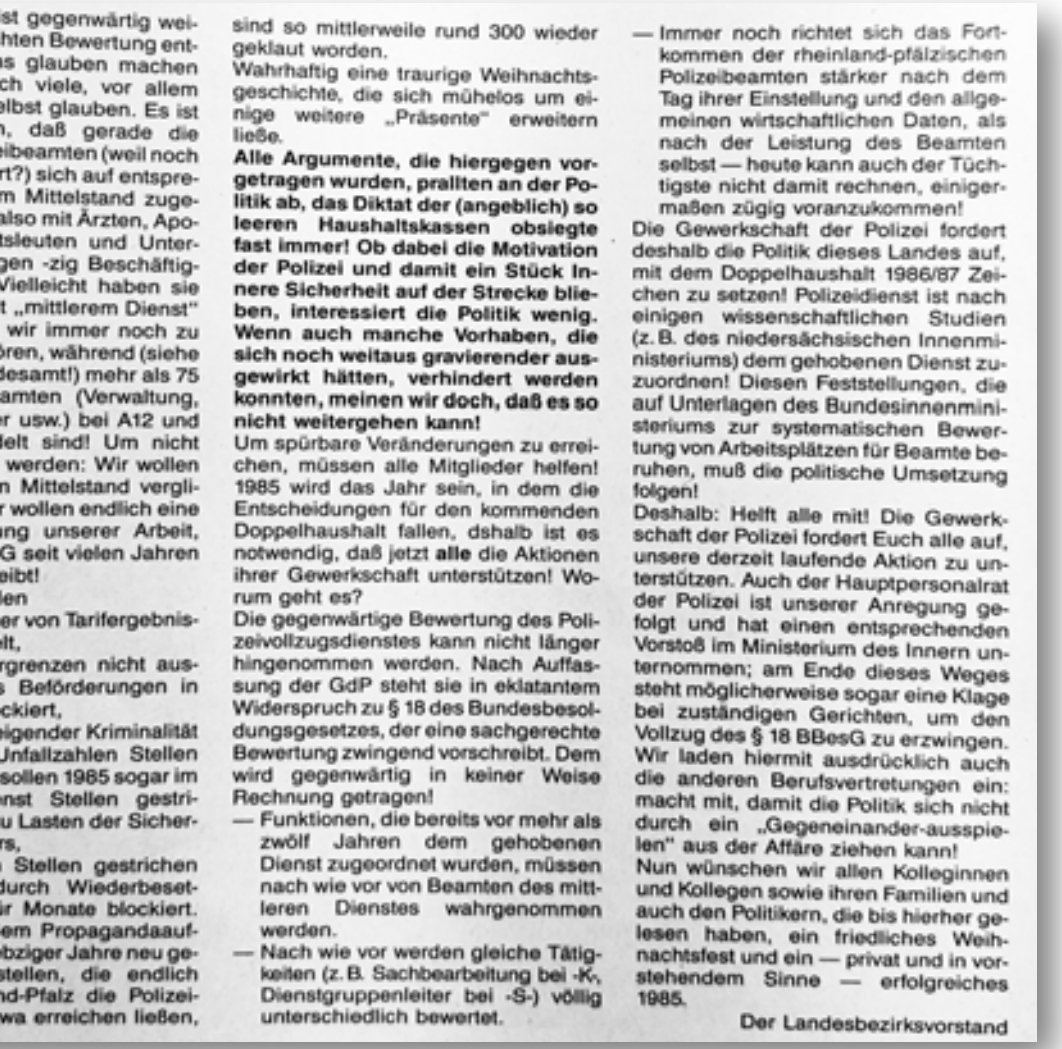
Hier wird deutlich, was gewollt ist:

1. **Aufgrund der Rechtsstellung der Beamten gegenüber ihrem öffentlichen Arbeitgeber wird ihnen ein Einkommensdiktat auferlegt (wie 1983 geschehen und für 1984 mit der Null-Runde beabsichtigt).**
2. **Die Tarifautonomie steht nur noch auf dem Papier (System des formellen Rechtsstaats), da die Tarifeinkommen sich am Besoldungsgesetz ausrichten sollen.**
3. **Als Ergebnis steht das Abkoppeln von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Dies wiederum verstößt gegen grundlegende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.**

Hier ist es an der Zeit, daß der Bundeskanzler dem Mißbrauch der Abhängigkeit der Beamten in ihrem Beschäftigungsverhältnis im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz widerspricht. Es darf in Bonn nicht so weit kommen, daß der Bundesfinanzminister der heimliche Kanzler wird. Auch Geduld, gute Erziehung und Ausbildung mit starker Loyalitätsbindung haben Grenzen. Es werden täglich mehr und mehr Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr bereit sind, die offenen und verdeckten Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Einkommen hinzunehmen.
Dies wurde auch deutlich, als am 5. Mai 1983 viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihren Unmut über das Arbeitgeberangebot von nur 1,33 Prozent für unsere Tarifbeschäftigten kundtaten. Auch Kolleginnen und Kollegen unserer Gewerkschaft schlossen sich spontan dem Protest an.
Bei all den beabsichtigten Sparmaßnahmen, die die soziale Partnerschaft vermissen lassen, ist nicht auszuschließen, ▶

Die GdP protestiert gegen Sonderopfer in Mainz am 05. Mai 1983

1984



Der Polizeidienst ist gegenwärtig weiter von einer gerechten Bewertung entfernt, als viele uns glauben machen wollen — als auch viele, vor allem junge Kollegen, selbst glauben. Es ist schon erstaunlich, daß gerade die ganz jungen Polizeibeamten (weil noch nicht desillusioniert?) sich auf entsprechende Frage dem Mittelstand zugehörig fühlen, sich also mit Ärzten, Apothekern, Geschäftsleuten und Unternehmern mit einigen -zig Beschäftigten vergleichen. Vielleicht haben sie dies aber auch mit „mittlerem Dienst" verwechselt, dem wir immer noch zu 85 Prozent angehören, während (siehe Statistisches Bundesamt!) mehr als 75 Prozent **aller** Beamten (Verwaltung, Ministerien, Lehrer usw.) bei A12 und darüber angesiedelt sind! Um nicht mißverstanden zu werden: Wir wollen uns nicht mit dem Mittelstand vergleichen wissen — wir wollen endlich eine gerechte Bewertung unserer Arbeit, die der § 18 BBesG seit vielen Jahren zwingend vorschreibt!

Statt dessen wurden

— Beamtengehälter von Tarifergebnissen abgekoppelt,
— Stellenplanobergrenzen nicht ausgeschöpft, was Beförderungen in großer Zahl blockiert,
— trotz ständig steigender Kriminalität und erhöhter Unfallzahlen Stellen gestrichen und sollen 1985 sogar im Polizeieinzeldienst Stellen gestrichen werden, zu Lasten der Sicherheit des Bürgers,
— im Tarifbereich Stellen gestrichen und andere durch Wiederbesetzungssperre für Monate blockiert.

Von den mit großem Propagandaaufwand Ende der siebziger Jahre neu geschaffenen Planstellen, die endlich auch in Rheinland-Pfalz die Polizeidichte 1:400 in etwa erreichen ließen, sind so mittlerweile rund 300 wieder geklaut worden.

Wahrhaftig eine traurige Weihnachtsgeschichte, die sich mühelos um einige weitere „Präsente" erweitern ließe.

Alle Argumente, die hiergegen vorgetragen wurden, prallten an der Politik ab, das Diktat der (angeblich) so leeren Haushaltskassen obsiegte fast immer! Ob dabei die Motivation der Polizei und damit ein Stück Innere Sicherheit auf der Strecke blieben, interessiert die Politik wenig. Wenn auch manche Vorhaben, die sich noch weitaus gravierender ausgewirkt hätten, verhindert werden konnten, meinen wir doch, daß es so nicht weitergehen kann!

Um spürbare Veränderungen zu erreichen, müssen alle Mitglieder helfen! 1985 wird das Jahr sein, in dem die Entscheidungen für den kommenden Doppelhaushalt fallen, dshalb ist es notwendig, daß jetzt **alle** die Aktionen ihrer Gewerkschaft unterstützen! Worum geht es?

Die gegenwärtige Bewertung des Polizeivollzugsdienstes kann nicht länger hingenommen werden. Nach Auffassung der GdP steht sie in eklatantem Widerspruch zu § 18 des Bundesbesoldungsgesetzes, der eine sachgerechte Bewertung zwingend vorschreibt. Dem wird gegenwärtig in keiner Weise Rechnung getragen!

— Funktionen, die bereits vor mehr als zwölf Jahren dem gehobenen Dienst zugeordnet wurden, müssen nach wie vor von Beamten des mittleren Dienstes wahrgenommen werden.
— Nach wie vor werden gleiche Tätigkeiten (z. B. Sachbearbeitung bei -K-, Dienstgruppenleiter bei -S-) völlig unterschiedlich bewertet.
— Immer noch richtet sich das Fortkommen der rheinland-pfälzischen Polizeibeamten stärker nach dem Tag ihrer Einstellung und den allgemeinen wirtschaftlichen Daten, als nach der Leistung des Beamten selbst — heute kann auch der Tüchtigste nicht damit rechnen, einigermaßen zügig voranzukommen!

Die Gewerkschaft der Polizei fordert deshalb die Politik dieses Landes auf, mit dem Doppelhaushalt 1986/87 Zeichen zu setzen! Polizeidienst ist nach einigen wissenschaftlichen Studien (z. B. des niedersächsischen Innenministeriums) dem gehobenen Dienst zuzuordnen! Diesen Feststellungen, die auf Unterlagen des Bundesinnenministeriums zur systematischen Bewertung von Arbeitsplätzen für Beamte beruhen, muß die politische Umsetzung folgen!

Deshalb: Helft alle mit! Die Gewerkschaft der Polizei fordert Euch alle auf, unsere derzeit laufende Aktion zu unterstützen. Auch der Hauptpersonalrat der Polizei ist unserer Anregung gefolgt und hat einen entsprechenden Vorstoß im Ministerium des Innern unternommen; am Ende dieses Weges steht möglicherweise sogar eine Klage bei zuständigen Gerichten, um den Vollzug des § 18 BBesG zu erzwingen. Wir laden hiermit ausdrücklich auch die anderen Berufsvertretungen ein: macht mit, damit die Politik sich nicht durch ein „Gegeneinander-ausspielen" aus der Affäre ziehen kann!

Nun wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen sowie ihren Familien und auch den Politikern, die bis hierher gelesen haben, ein friedliches Weihnachtsfest und ein — privat und in vorstehendem Sinne — erfolgreiches 1985.

Der Landesbezirksvorstand

Jetz gemeinsam handeln!

Zweigeteilte Laufbahn für gerechte Bewertung des Polizeidienstes

1985

Aufruf der GdP zur großen Protestkundgebung am 09. Oktober 1985 in Mainz











1986

Tolles Wahlergebnis für die GdP Rheinland-Pfalz beim Bundeskongress



Der neugewählte Bundesvorsitzende Hermann Lutz im Kreis der rheinland-pfälzischen Delegierten.



Vertreter für den Landesbezirk Rheinland-P… im Bundesvorstand: Heinz Blatt.



Wolfgang Menzel, neuer Vorsitzender des Bundesausschusses der GdP.



Neuer Kassenprüfer der GdP: Burkhard Kais…



Adolf Nassau, wiedergewählter Beisitzer für Angelegenheiten der Arbeiter im Bundesvorstand.

1987

Ein fast einmaliges Jubiläum

Heinz Blatt 25 Jahre im Hauptpersonalrat der Polizei

Ein nicht alltägliches Jubiläum gilt es zu feiern: Seit März 1962 gehört unser Kollege Heinz Blatt dem Hauptpersonalrat Polizei beim MdIufSp an.
Wenn auch viele Jahre im Schatten der Kollegen Kurt Fleschhut und Alfons Roscher stehend, so doch nicht weniger aktiv, hat Kollege Heinz Blatt im Vorstand des HPRP in den vergangenen Jahren die Anliegen der Mitarbeiter mit Sachkenntnis und Nachdruck vertreten. Seine ruhige Art hat ihn zu einem angenehmen, kollegialen Mitarbeiter werden lassen, dessen Kenntnisse im Personalvertretungs-, Beamten- und Dienstordnungsrecht in den unzähligen Verhandlungen und Besprechungen für die Mitarbeiter nützlich und wertvoll waren.



Im Vordergrund seines bisherigen Wirkens stand immer der Mensch. Diese humane Auffassung, gepaart mit großem Wissen, hohem Sachverstand und angeborenem Verhandlungsgeschick haben ihm im Kollegenkreis, aber auch bei den Verhandlungspartnern, gleichermaßen Wertschätzung eingetragen. Dies würdigte der Bundesvorsitzende Hermann Lutz und bezeichnet in seiner Laudatio Heinz Blatt als einen Mann der Basis, in dessen Leben „Verantwortung übernehmen" und „für andere da sein und für sie zu wirken" immer eine Schlüsselposition eingenommen hat.
Die Gewerkschaft der Polizei wünscht Kollegen Heinz Blatt für die Zukunft persönlich weiterhin Wohlergehen und im Interesse der Kollegenschaft der ▶

5/87 · Deutsche Polizei · 1 R

1987

Frauen in die Schutzpolizei

Am 22. Januar 1987 fanden sich Vertreter der GdP und des Ministeriums des Innern und für Sport (MdIufSp) zu einem weiteren Gespräch zusammen, nachdem nun feststeht, daß zum 1. September 1987 Frauen in die Schutzpolizei eingestellt werden. Von der GdP nahmen die Kollegin Birgit Korb, die Kollegen Alfons Roscher, Heinz Steffen und Thomas Will an dieser Besprechung teil. Das MdIufSp war vertreten durch die Herren Bach und Kutzmann.

Es wurden die Vorstellungen hinsichtlich Einstellungsvoraussetzungen, Aus- und Fortbildung, Verwendung, Unterbringung, Personalplanung usw. erörtert. Erfreulicherweise ist festzustellen, daß die Forderungen der GdP doch weitestgehend Zustimmung finden. Der sehr positive Gesprächsverlauf läßt für die Zukunft hoffen.

Ein kurzer Hinweis an dieser Stelle:

Am 7. Mai 1987 findet in Mainz eine Podiumsveranstaltung zum Thema „Frauen in die Schutzpolizei" statt, zu der alle Kolleginnen und Kollegen recht herzlich eingeladen sind. Nähere Informationen hierzu werden folgen! □

3/87 · Deutsche Polizei · 1 R



1987

Abschied von Kurt Böckmann

Neuer Innenminister Rudi Geil



Kurt Böckmann nach über zehn Jahren aus dem Amt geschieden

Kurt Böckmann, der seit dem 1. 12. 1976 als Minister des Innern und für Sport der wichtigste Gesprächspartner der Gewerkschaft der Polizei auf Landesebene war, hat sein Amt seinem Nachfolger übergeben. Die Gewerkschaft der Polizei hat Grund, Kurt Böckmann für die in jeder Phase menschlich angenehme Zusammenarbeit zu danken. Im Namen der in der Polizei Beschäftigten danken wir auch für die Leistung des Ministers, aus der die sehr deutliche Verbesserung der technischen Ausrüstung der Polizei, das stark forcierte Baugeschehen, die deutliche Personalvermehrung zwischen 1978 und 1982 und nicht zuletzt die

Kurt Böckmann

Einführung des Dritteldienstes mit fünf Dienstgruppen, die heute noch in der Bundesrepublik Deutschland einmalig ist, weshalb sie in Insiderkreisen häufig auch als „Böckmann-Schicht" bezeichnet wird, hervorzuheben sind. Auch wenn hier nur wenig Platz zur Verfügung steht, zu wenig, um alle Verdienste auch nur zu nennen, so darf dennoch nicht unerwähnt bleiben, daß Kurt Böckmann sich auch in schwierigsten Situationen stets vor seine Polizei gestellt und sie gegen Angriffe verschiedenster Gruppen in Schutz genommen hat.

Deshalb: Für alles herzlichen Dank, „Herr Minister"! □



GdP führte erstes Gespräch mit Innenminister Rudi Geil

„Ein erstes Gespräch, zum Kennenlernen" – auf diese Kurzformel brachte Innenminister Rudi Geil selbst den Zweck des Gespräches, zu dem er als erste der für sein Ressort zuständigen Gewerkschaften die GdP eingeladen hatte. In der angenehm lockeren Runde zwischen Minister Geil und LMR Ludwig auf der einen, sowie den stellvertretenden Landesvorsitzenden Blatt, Conradt, Hartenberger und den Kollegen Hebel und Will auf GdP-Seite wurde sehr rasch deutlich, daß dieses „Kennenlernen" weniger auf die Personen, als vielmehr auf die derzeit als gravierendste Probleme der Polizei zu betrachtenden Fragen und deren Beleuchtung zu verstehen sei. Schließlich kannten sich die Gesprächspartner noch aus der Zeit, als Rudi Geil Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion war. Nach wenigen Wochen im neuen Amt war klar, daß Minister Geil zu vielen Fragen noch nicht aus der umfassenden Sachkenntnis des Letztverantwortlichen Antwort geben konnte; die eingehende Erörterung der einzelnen Angelegenheiten, so sein Wunsch, müsse deshalb späteren Gesprächen vorbehalten bleiben. Soweit er zur Sache antworten konnte, bezog er sich auf die Aussagen der Koalitionsvereinbarungen und der Regierungserklärung. So z. B. bei der Frage nach dem kommunalen Landrat. Hier sagte die Regierungserklärung: „Die Landesregierung beabsichtigt, eine Novelle zur Landkreisordnung vorzulegen mit dem Ziel, daß der Landrat in Zukunft durch den Kreistag gewählt wird. Dabei soll . . . er die Zuständigkeit für die Polizei behalten . . .

Dies ist die politische Absicht. Jeder weiß, daß hierzu eine Verfassungsänderung notwendig sein wird und daß hierzu das Mitwirken der Opposition im Landtag erforderlich ist; deshalb kann heute noch niemand sagen, wie das neue Gesetz dann letztendlich im einzelnen aussehen wird", sagte Minister Geil auf die GdP-Frage nach

1987



Minister Geil mit dem alten und neuen Hauptpersonalratsvorsitzenden



Minister Geil verabschiedet Alfons Roscher. Im Hintergrund Frau Roscher und Kurt Böckmann



Ehrung durch die GdP: Hermann Lutz dankte Alfons Roscher vor Gästen aus der Polizeiführung und den Personalräten

9/87 · Deutsche Polizei · 1 R

Führungswechsel im Hauptpersonalrat

Auf Alfons Roscher folgt Heinz Hebel

1988

Ludwig Traub ist neuer Inspekteur

Seit dem 1. Dezember 1988 gibt es in Rheinland-Pfalz einen „Inspekteur der Polizei" (B 3).

In das neugeschaffene Amt wurde Ludwig Traub (s. Foto) von Innenminister Geil eingeführt.

Traub war bisher schon ranghöchster Polizist in Rheinland-Pfalz und Vorgesetzter aller Polizeibeamten.

Zu den Aufgaben des Inspekteurs der Polizei gehören Grundsatzfragen des polizeilichen Einsatzes, Fachfragen der Polizei-Organisation sowie die Dienst- und Fachaufsicht über den Polizeivollzugsdienst des Landes.

Für die GdP bedeutet die Maßnahme auch einen weiteren Schritt zur sachgerechten Bewertung der Polizei. Die Öffnung der B-Besoldung ist ein entsprechender Eckpfeiler und ein Signal für weitere Strukturmaßnahmen.

Ludwig Traub gratulieren wir auch auf diesem Weg sehr herzlich zur Ernennung. Uns freut besonders, daß ein langjähriger gewerkschaftlicher Mitstreiter auf diese Art und Weise einen etwas besseren Stellenwert der Polizei dokumentieren kann.



1989

Ausbau der Seniorenarbeit

1. Landesseniorenkonferenz in Bingen

I. Landesseniorenkonferenz der GdP

Im historischen Rathaus in Bingen-Büdesheim hat der Beisitzer für Senioren im Landesvorstand, Kollege Karl Wisser, am 27. Juni 1989 die erste Landessenioren-Konferenz der Gewerkschaft der Polizei in Rheinland-Pfalz eröffnet.
Bei der Konferenz, über die wir in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten, geht es insbesondere um den Ausbau der Seniorenarbeit und die Festlegung politischer Zielsetzungen im Renten- und Beamtenversorgungsrecht.
Der Nachmittag war einer Diskussionsveranstaltung über die Zukunft der Alterssicherungssysteme vorbehalten. Mit MdB Pick, SPD, MdL Bischel, CDU, sowie MdL Bauckhage, F.D.P. standen Vertreter der Parteien zur Verfügung, die sich auf Bundesebene eine grundlegende Reform des Renten- und Beamtenversorgungsrechtes vorgenommen haben.
Für die GdP standen Hermann Lutz, Heinz Blatt und Karl Wisser in der Diskussionsrunde. □

Karl Wisser eröffnete im historischen Rathaus in Bingen-Büdesheim am 27. Juni 1989 die erste Landesseniorenkonferenz der GdP in Rheinland-Pfalz.
Jahrelang hatte er mit anderen engagierten Kollegen um diesen wichtigen Schritt in der Organisationsarbeit der GdP gekämpft. Eigenständige Seniorenarbeit in der Gewerkschaft der Polizei, ein Thema, das Punkt für Punkt diskutiert und Phase für Phase realisiert werden mußte. Und es war vor allem Karl Wisser, der über den gesamten Zeitraum die wichtigen Akzente setzen konnte.
Natürlich hat Seniorenarbeit in der GdP Tradition, denn in den Vorständen auf Bundes-, Landes- und Kreisgruppenebene sind seit Gründung der GdP Senioren aktiv. Aber den wesentlich gestiegenen Ansprüchen in individueller Betreuung und fachlicher Beratung mußte mehr entgegengebracht werden.
So wurde im Februar 1986 zunächst eine Fachkommission PENSIONEN UND RENTEN auf Landesebene berufen.
Mit der weiteren Diskussion beim Landesdelegiertentag 1986 und insbesondere beim Bundeskongreß 1986 konnte der zweite Teil der Reform eingeleitet werden: Die Bildung der SENIORENGRUPPE als eigenständiger Organisationsteil der GdP war in der Grundlage beschlossen. In den folgenden Wochen und Monaten stand die praktische Umsetzung des Beschlusses im Vordergrund.
Karl Wisser konnte in seinem Geschäftsbericht im Detail diese Entwicklung nachzeichnen und auch die Arbeitsschwerpunkte in Fragen von Recht und Politik herausstellen: § 55 BeamtVG, Krankenversicherung der Rentner, Änderung des Rentenversicherungsrechtes, § 5 BeamtVG, Anpassungszuschlag, Beihilfe oder aktuell die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme. Wahlen standen anschließend auf dem Programm. Hauptpunkt dabei natürlich der erste Vorstand. Die – übrigens jeweils einstimmig – gewählten Vorstandsmitglieder:
Karl Wisser – Vorsitzender – Fritz Schabio – stellv. Vors. – Anton Kellmayer – Schriftführer – Gotthard Zils – Beisitzer – Willi Schmitz – Beisitzer.
Bei den anschließenden Wahlen der Delegierten für die erste Bundesseniorenkonferenz im Januar 1990 in Siegen fand die personelle Auswahl erneut Bestätigung: Die Kollegen Schabio, Kellmayer, Zils und Schmitz wurden zu Mandatsdelegierten, die Kollegen Wingenter, Reuber, Mauer und Schneider zu Gastdelegierten gewählt. Karl Wisser nimmt als Mitglied des Bundesgremiums ebenfalls an der Konferenz teil.



Führten mit großem Ernst sachliche Diskussionen: GdP-Senioren und Gäste.

1989

POLADIS hält Einzug



Der Polizei-Computer POLADI
von Mannesmann Kienzle

Die Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz werden derzeit
dem landesweiten dezentralen Informationssystem POLADIS
Mannesmann Kienzle ausgestattet. Alle Beamten werden vor
Installation intensiv ausgebildet.
Alle Rechte frei – Beleg erbeten an die PR-Abteilung der M
nesmann Kienzle GmbH, Postfach 16 40, 7730 VS-Villingen

1989

Die GdP stimmt auf „heißen Herbst“ ein



Hälfte. Ruhegehaltsfähig ist sie auch nicht, obwohl es sich um eine Funktionszulage handelt.
Die GdP fordert:
– Anhebung der Polizeizulage
– Dynamisierung der Polizeizulage
– Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
– Die Erschwerniszulage – ein Hohn: Schichtdienst für „einsfuchzig“!
Der „stolze“ Betrag von 1,50 DM je Stunde Schichtdienst in der Nachtzeit oder am Wochenende wird den Kolleginnen und Kollegen gewährt, die rund um die Uhr Konflikt auf Konflikt in der Gewährleistung unserer Verfassungsordnung auszutragen haben. Ein Hohn! Überall wird Schichtdienst anerkannt und mit kräftigen Zulagen auch finanziell bewertet. Nur bei der Polizei geht das nicht.
Die GdP fordert:
– Für die Erschwernisse im Schichtdienst muß – ohne großen Verwaltungsaufwand – eine anständige Zulage gezahlt werden.

– Der Haushalt – Grundentscheidungen für Belastung und Motivation der Polizei!
Im Etat 1988/89 gab es unstreitig einige Verbesserungen für die Polizei. Die GdP hatte dafür kämpfen müssen. Aber die Wirkung dieser Maßnahmen ist zwischenzeitlich praktisch verpufft: Arbeit und damit Belastung wachsen der Polizei über den Kopf, weil an allen Ecken und Enden Personal fehlt. Und mit „Freude am Beruf“ ist es nicht mehr weit her, denn außer Leistungsdruck kommt kaum etwas rüber. Es fehlen einfach die durchgreifenden Maßnahmen für die Verbesserung der Personalstruktur im Sinne einer sachgerechten Bewertung. Dort gibt es eine deutliche Diskrepanz zur hohen Qualität in der beruflichen Anforderung. Das wollen die Kolleginnen und Kollegen nicht länger hinnehmen!
Die GdP fordert:
– Der Etat 1990/91 muß Grundentscheidungen für den Abbau von nicht länger tragbaren Belastungen bringen und klar den Weg vorgeben, wie die Polizei sachgerechte Bewertung in Form der sogenannten zweigeteilten Laufbahn erfahren kann.

Das sind die Auswirkungen:

Landauf und landab berichten Vertrauensleute der GdP, Personalräte und Kolleginnen und Kollegen aus den Dienstgruppen, dem Bezirksdienst, den Kommissariaten oder den Einsatzgruppen der Bereitschaftspolizei von verheerenden Zuständen bei der polizeilichen Aufgabenbewältigung.
Polizeibeamte hetzen nur noch von Einsatz zu Einsatz. Immer stärker wird der Druck, sich auf die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu beschränken. Vor allem meßbare Ergebnisse werden ▶

1989



Hermann Lutz zum Präsidenten der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP) in Esbjerg gewählt.

Der Ministerpräsident schreibt unter dem 12.10.1989:
„Sehr geehrter Herr Lutz, Presseberichten konnte ich entnehmen, daß Sie beim 11. Kongreß der „Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP) in Esbjerg" zum neuen internationalen Präsidenten gewählt wurden. Hierzu gratuliere ich Ihnen ganz herzlich. Ich sehe in Ihrer Wahl die sichtbare Anerkennung für Ihren langjährigen couragierten Einsatz nicht nur für die Belange der deutschen Polizei, sondern gerade auch um die Probleme der internationalen Polizeiarbeit. Sie haben in den letzten Jahren unermüdlich die Probleme aufgegriffen, die sich mit dem Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaften und damit auch der Eröffnung des Binnenmarktes 1992 für die innere Sicherheit ergeben. Sie wissen, daß Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland mit einer Grenze zu drei Staaten der Europäischen Gemeinschaft in einer besonders empfindlichen Situation ist. Als überzeugter Europäer - und ich weiß, Sie sind es nicht minder - bin ich der Auffassung, daß Sicherheitsdefizite nicht entstehen dürfen, damit die europäische Sache keinen Schaden erleidet. Aus diesem Grunde möchte ich Sie meiner Unterstützung bei Ihrer Arbeit versichern. Gleichzeitig bitte ich Sie um die Mithilfe der GdP auf dem Weg, der noch vor uns liegt.
Mit freundlichen Grüßen

gez.
C. P. Wagner

Hermann Lutz ist zum Präsidenten der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP) in Esbjerg gewählt worden

1990

Aktion „DENKPAUSE“ war erfolgreich

Große Resonanz im Kreis der Kolleginnen und Kollegen fand landesweit die vom Landesvorstand beschlossene Aktion „Denkpause“. Weit über 1000 Beschäftigte der Polizei verließen am 22.1.1990 ihren Arbeitsplatz, um vor den Dienststellen über die Situation des Polizeidienstes nachzudenken und den Parlamentariern des rheinlandpfälzischen Landtages zu verdeutlichen, daß sie hinter den Forderungen ihrer Gewerkschaft zum anstehenden Doppelhaushalt 1990/91 stehen. Die Aktion fand ein großes Echo in den Medien des Landes. Wie die Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses des rheinland-pfälzischen Landtages vom 25.1. 1990 zeigen, war sie auch erfolgreich (siehe Leitartikel dieser Ausgabe). Unsere Bilder entstanden in Kaiserslautern, Ludwigshafen und Kusel. □







1990

16. Landesdelegiertentag

★ Helmut Conradt leitet neuen Landesvorstand

★ Hermann Lutz Ehrenvorsitzender

★ Reformprogramm „POLIZEI 2000“ verabschiedet



Helmut Conradt

Helmut Conradt neuer Landesvorsitzender der GdP

Die Delegierten des 16. Ordentlichen Delegiertentages der GdP Rheinland-Pfalz wählten den 46jährigen Wormser Helmut Conradt an die Spitze des neuen Landesvorstandes. Er tritt die Nachfolge von Hermann Lutz an, der sich auf seine Aufgaben als Bundesvorsitzender der GdP konzentrieren will.

In seiner bisherigen Tätigkeit als stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender des Fachausschusses Schutzpolizei hatte Conradt über 14 Jahre entscheidenden Anteil an Erfolgen der GdP bei der Personalentwicklung und Bewertung der Polizei und bei der Humanisierung des Schichtdienstes.

Unter seiner Federführung entstand auch das vom Landesdelegiertentag verabschiedete Reformprogramm „POLIZEI 2000“.

Seit fast 20 Jahren gehört er dem Bezirkspersonalrat Rheinhessen-Pfalz an, der ihn seit 10 Jahren in jeder Wahlperiode mit den Aufgaben des Vorsitzenden betraut hat.

Innenminister Rudi Geil gratulierte dem neuen Vorsitzenden und bot gute Zusammenarbeit an.



Hermann Lutz

Hermann Lutz Ehrenvorsitzender

Einstimmig wählten die Delegierten des 16. Ordentlichen Landesdelegiertentages Hermann Lutz zum Ehrenvorsitzenden der GdP Rheinland-Pfalz. Nach 14jähriger Tätigkeit als Landesvorsitzender hatte Hermann Lutz auf eine erneute Kandidatur verzichtet, um sich in noch stärkerem Maße seinen Aufgaben als Bundesvorsitzender widmen zu können. Sein Nachfolger würdigte seine großen Verdienste um die Entwicklung von GdP und Polizei in Rheinland-Pfalz und zeichnete ihn mit einer Urkunde aus. Zu den ersten Gratulanten zählte auch hier Innenminister Rudi Geil.

1990

Offizielle Einweihung der 3. BPA in Mainz-Hechtsheim



von rechts nach links: Leitender Baudirektor Dipl.-Ing. H. P. Scholz, Leiter des Staatsbauamtes Mainz-Süd, Innenminister Rudi Geil, Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Hermann Hartmut Weyel, Schutzpolizeidirektor Roos.

In einer kleinen Feierstunde erfolgte am 2.7.1990 die Einweihung der 3. BPA in Mainz-Hechtsheim und wurde somit ihrer Bestimmung übergeben. Eröffnet wurde die Feier durch eine Musikdarbietung des Polizeimusikkorps Rheinland-Pfalz. Nach der Begrüßung durch den Leiter der Bereitschaftspolizei, Ltd. SchPD Himmler und der Festansprache des Staatsministers des Innern, Rudi Geil, wurde die symbolische Schlüsselübergabe vorgenommen (siehe Bild).

Nach der Einsegnung durch Polizeidekan Brettnacher und Pfarrer von Goessel sowie einem weiteren Musikstück konnte die 3. BPA unter der Leitung von Herrn Roos und Herrn Schroth besichtigt werden. □

1991

Eine neue Landesregierung



Walter Zuber mit seinem Staatssekretär Klaus Rüter und seinem Vorgänger Rudi Geil mit dessen Staatssekretärin Dr. Wurzel.



Die neue Landesregierung will eine Reihe wichtiger Forderungen aus dem GdP-Reformprogramm POLIZEI 2000 erfüllen.



1991

40 Jahre GdP Rheinland Pfalz



40 Jahre GdP Rheinland-Pfalz

Ministerpräsident Scharping eröffnet Perspektiven für die Polizei

Verdienste der GdP gewürdigt

...r Anerkennung aus dem ...schen Raum fand die Ge... ...schaft der Polizei bei ih... ...r Festakt zum 40jährigen ...stehen der GdP in Rhein... ...-Pfalz. Sie konnte als Gä... ...und Mitwirkende bei dieser ...anstaltung Ministerpräsi... ...t Rudolf Scharping, Land... ...präsident Christoph Grimm, ...Vorsitzenden der Landtags... ...tionen, Innenminister Wal... ...Zuber und seine Vorgänger ...li Geil und Heinz Schwarz ...wie zahlreiche Landtagsab... ...geordnete, Vertreter der Kirchen ...öffentlichen Institutionen ...wie der Dienststellen der Po... ...ei begrüßen.

In seiner Festansprache wür... digte Ministerpräsident Rudolf Scharping die Verdienste der GdP um die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Polizei. In besonderer Weise hob er da... bei das Engagement der GdP für das Bild einer bürgernahen Polizei hervor. Das Reform... programm POLIZEI 2000 sei eine gute Grundlage für die anstehenden Gespräche. Aus... drücklich versicherte der Mi... nisterpräsident, daß trotz der angespannten Haushaltslage die zugesagten Projekte für die Polizei umgesetzt würden. Es gehe dabei um die Neuorgani... sation der Polizei, die Perso... nalverstärkung und die Einfüh... rung der zweigeteilten Lauf... bahn.

In diesem Zusammenhang will die Landesregierung auch die Verbesserung der Beförderungs... struktur im mittleren Dienst prüfen. GdP-Landesvorsitzen... der Helmut Conradt überreichte zur Unterstützung der Forde... rungen nach einem grundle... genden Strukturprogramm für diesen Bereich eine von annä... hernd 5.000 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnete Pro... testnote an den Ministerpräsi... denten.

Einen Dank an alle Mitglieder der GdP für ihr Engagement, ihren Mut und ihre Fähigkeit zur beharrlichen und sachli... chen Auseinandersetzung sprach Innenminister Walter Zuber anläßlich der Ehrung verdien... ter Funktionäre der GdP aus. Auch er würdigte die zentrale Bedeutung gewerkschaftlicher Arbeit für die Entwicklung ei... ner demokratischen Polizei. Besonders wichtig sei es ihm, in gemeinsamer Zielsetzung mit der GdP die soziale Kom... petenz der Polizeibeamtinnen und -beamten zu stärken.

Nachdenklichkeit über die Ver... gangenheit und die weitere Entwicklung der Polizei mahnte ▶



Drei Generationen Innenminister: Walter Zuber, H...nz Schwarz und Rudi Geil mit Heinz Blatt



Polizei-Zitate von Nina Winzentowitsch



1992

Die Neuorganisation wirft ihre Schatten voraus

PP Rheinhessen in Mainz
KD und VD (incl. PASt'en
sheim und Gau-Bickel-

PD Mainz
-en Mainz 1 bis 3
Bingen
Ingelheim
Oppenheim
Mainz
PD Worms
Worms
Kirchheimbolanden
Alzey mit PW Wörrstadt
Worms

PP Rheinpfalz in Ludwigshafen
KD und VD (incl. PASt'en
heim und Wattenheim)
PD Ludwigshafen
-en Ludwigshafen 1 und 2
mit PW Oggersheim
Frankenthal mit PW Maxdorf
Schifferstadt
Speyer
Ludwigshafen
PD Landau
Landau mit PW Edenkoben
Annweiler

– PI Bad Bergzabern
– PI Germersheim
– PI Wörth
– KI Landau

2.3 PD Neustadt/Weinstraße
– PI Neustadt/Wst. mit PW Haßloch
– PI Bad Dürkheim

– PI Grünstadt
– KI Neustadt/Wst.

3. PP Westpfalz in Kaiserslautern
mit KD und VD (incl. PASt Kaiserslautern)
3.1 PD Kaiserslautern
– PI-en Kaiserslautern 1 und 2
– PI Landstuhl mit PW Schönenberg-Kübelberg
– PI Kusel
– PI Lauterecken
– PI Rockenhausen
– KI Kaiserslautern

3.2 PD Pirmasens
– PI Dahn
– PI Pirmasens mit PW Waldfischbach-Burgalben
– PI Zweibrücken
– KI Pirmasens

4. PP Koblenz in Koblenz
mit KD und VD (incl. PASt'en Emmelshausen, Fernthal, Kaisersesch, Mendig und Montabaur)
4.1 PD Koblenz
– PI-en Koblenz 1 und 2 und PW Brodenbach
– PI Neuwied
– PI Bendorf
– PI Boppard
– PI Lahnstein
– KI Koblenz

4.2 PD Mayen
– PI Mayen
– PI Bad Neuenahr-Ahrweiler mit PW Adenau
– PI Remagen
– PI Andernach
– PI Cochem
– PI Zell
– KI Mayen

4.3 PD Montabaur
– PI Montabaur mit PW Höhr-Grenzhausen
– PI Bad Ems
– PI Diez
– PI St. Goarshausen
– PI Hachenburg
– PI Westerburg
– PI Altenkirchen
– PI Betzdorf mit PW Wissen
– PI Linz
– PI Straßenhaus
– KI Montabaur

4.4 PD Bad Kreuznach
– PI Bad Kreuznach
– PI Kirn
– PI Birkenfeld
– PI Idar-Oberstein
– PI Baumholder
– PI Simmern
– KI Bad Kreuznach

5. PP Trier in Trier
mit KD und VD (incl. PASt'en Schweich und Wittlich)
5.1 PD Trier
– PI Trier mit PW Ehrang, Hauptmarkt und Schweich
– PI Hermeskeil
– PI Saarburg mit PW Konz
– KI Trier

5.2 PD Wittlich
– PI Wittlich
– PI Bernkastel
– PI Morbach
– PI Bitburg
– PI Daun
– PI Prüm mit PW Gerolstein
– KI Wittlich



1992

Zweigeteilte Laufbahn in Rheinland-Pfalz ist Wirklichkeit



454 Beamtinnen und Beamte vom mittleren
n den gehobenen Polizeidienst

Als ein weithin sichtbares und notwendiges Zeichen zur Aufwertung des Polizeiberufes wertete Innenminister Walter Zuber den Aufstieg von insgesamt 454 Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes in den gehobenen Polizeidienst. Im Rahmen von Feierstunden in Mainz-Hechtsheim und Koblenz überreichte er ihnen die Ernennungsurkunden und würdigte allen, die sich in herausgehobenen Funktionen in ihren Berufsjahren überdurchschnittlich bewährt hätten.

Die inzwischen bundesweit anerkannte Fortführung der Funktionsanalyse stehe nicht nur auf dem Papier, sondern sie werde auch in die Praxis umgesetzt, so Minister Zuber. Bisher seien noch deutlich mehr als 80 % aller Stellen der Polizei im mittleren Dienst ausgewiesen. Diese Zuordnung sei im Hinblick auf die Aufgaben, die die Polizei in unserer Gesellschaft zu erfüllen habe, und in Anbetracht der quantitativen und qualitativen Anforderungen, die an die Beamtinnen und Beamten gestellt würden, nicht sachgerecht und auch nicht angemessen. Dies hätten auch die Ergebnisse verschiedener Untersuchen gezeigt. Deshalb habe er sich für die in der Zwischenzeit vom Parlament bestätigte Umsetzung der Funktionsanalyse in Rheinland-Pfalz eingesetzt. Das Programm stelle sicher, daß bis zum Jahre 2005 bei der Kriminalpolizei alle und bei der Schutzpolizei mehr als die Hälfte aller Stellen im gehobenen und höheren Polizeidienst ausgewiesen werden. Für diesen Zweck müßten bei der Kriminalpolizei 830 und bei der Schutzpolizei 2.375 Stellen vom mittleren zum gehobenen Dienst umgewandelt werden.

Um den hohen Ausbildungsstand der rheinland-pfälzischen Polizei zu gewährleisten, bleibe als Voraussetzung für den Aufstieg auch künftig grundsätzlich die Fachhochschulausbildung bestehen. Aufsteigen könnten aber ausnahmsweise auch Beamtinnen und Beamte, die das 50. Lebensjahr beendet und sich in verwendungsfähigen Funktionen über mehr als 5 Jahre überdurchschnittlich gut bewährt hätten. Im Hinblick auf die zeitliche Umsetzung des Bewährungsaufstieges könnten altersmäßig alle Beamtinnen und Beamten daran teilnehmen, die am 31.12.1949 und früher geboren worden seien.

Die Realisierungsanalyse soll stufenweise in mehreren Haushaltsjahren erfolgen. Dabei müsse zum einen der Personal- und Raumkapazität der Fachhochschule in Koblenz Rechnung getragen und zum anderen Rücksicht genommen werden auf die zumutbare Ausbildungsbelastung für die einzelnen Dienststellen.

Die GdP hat in ihrem Reformprogramm POLIZEI 2000 gefordert, die Fachhochschulausbildung als Eingangsqualifikation für alle neuen Polizeibeamtinnen und -beamten auszuweisen und für die im Dienst stehenden Polizeibeamtinnen und -beamten eine adäquate Nachqualifikation vorzusehen. Auf diesem Wege wären die Kapazitäts- und Belastungsprobleme gelöst und es wäre eine dezentrale und damit sozialverträgliche Ausbildungsform möglich.

Minister Zuber betonte, mit der Fortführung der Funktionsanalyse werde ein Vorhaben auf den Weg gebracht, das ganz entscheidend zur Attraktivität des Polizeiberufes beitragen werde. Zur Realisierung habe der Landtag als erste Stufe im Doppelhaushalt 1992/93 die Anhebung von rund 800 Stellen bei der Schutzpolizei und rund 300 bei der Kriminalpolizei vom mittleren in den gehobenen Dienst beschlossen. Trotz der angespannten finanziellen Lage des Landes bekenne sich die Landesregierung dazu, so Minister Zuber, die hohen Anforderungen und den großen Einsatz der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz durch die Strukturverbesserungen zu honorieren. Die Landesregierung wisse, daß Innere Sicherheit nicht zum Null-Tarif zu haben sei. Sie sei sich aber auch bewußt, daß diese finanziellen Anstrengungen Investitionen für die Zukunft seien. Denn es gelte, den Anforderungen der kommenden Jahrzehnte gerecht zu werden. Dies werde nur gelingen, so Minister Zuber, wenn zum einen die Attraktivität des Polizeiberufes insgesamt gesteigert werde und wenn zum anderen den gewachsenen und veränderten Entwicklungen durch eine in die Zukunft gerichtete, effiziente Neuorganisation Rechnung getragen werde.

Innenminister Walter Zuber bei seiner Ansprache aus Anlaß der Ernennung von insgesamt 454 Beamtinnen und Beamten

7/92 Deutsche Polizei-RP 1



Staatsminister Walter Zuber überreicht die Ernennungsurkunden zum Kommissar. Im Bild links der Personalreferent im Innenministerium, Regierungsdirektor Dieter Täffler

1993

Die Neuorganisation erfordert die Gründung neuer Kreisgruppen

PD Neuwied-Altenkirchen

Die neue Kreisgruppe bei der PD Neuwied-Altenkirchen führt **Peter Hahmann**, der aus der Arbeit der JUNGEN GRUPPE kommt. Zu seinen Stellvertretern wurden **Wiljo Schiffer, Bernd Becker** und **Karl Braun** gewählt. Die Aufgaben des Schriftführers übernahm **Berthold Schäfer**. Er wird von **Karl-Heinz Unkel** vertreten. Mit der Aufgabe des Kassierers wurde **Leo Lück** betraut. Er wir von **Günter Hühnerfeld** unterstützt. Als Beisitzer für die einzelnen Dienststellen wurden gewählt: **Peter Leicher** (Betzdorf), **Uli Scheier** (Wissen), **Reiner Düngen** (Altenkirchen), **Bernhard Wüst** (Neuwied), **Christian Robeneck** (Straßenhaus), **Georg Hausen** (Linz), **Peter Johann** (KI), **Reinhard Baumgarten** (KI-Außenstelle), **Klaus Worm** (Pensionäre), **Bernadette Kappelmeier** (Angestellte), **Edmund Hundhausen** (Arbeiter).

PD Montabaur

Die bisherigen Kreisgruppen Westerwald und Rhein-Lahn-Kreis haben sich zur neuen Kreisgruppe PD Montabaur zusammengeschlossen. Bei der Gründungsversammlung wurde **Achim Böhnke** von bisherigen KK Bad Ems zum Vorsitzenden gewählt. Er wird vom **Achim Grahn** von der bisherigen Kreisverwaltung Montabaur vertreten. Die Aufgaben des Schriftführers übernimmt **Norbert Schmiedel** von der PI St. Goarshausen. Sein Stellvertreter ist **Hubert Wirtz** von der PI Hachenburg. Mit den Aufgaben des Kassierers hat die Kreisgruppenversammlung Kollege **Dietmar Trumm** von der PI Höhr-Grenzhausen beauftragt. Er wird von **Thomas Schrupp** von der PI Bad Ems vertreten. Dem Kreisgruppenvorstand gehören ferner als Beisitzer an: **Christof Nink** (Polizeiinspektion Montabaur), **Carla Thorn** (Tarifbeschäftigte), **Achim Jahnel** (PI Westerburg), **Franz-Josef Hannappel** (PI Diez) sowie die Kollegen **Karl Witzer** und **Artur Klein** als Beisitzer für die Senioren.

PP/PD Koblenz

Mit einem geschäftsführenden Vorstand nimmt die neue Kreisgruppe PP/PD Koblenz ihre Arbeit auf. Zum Vorsitzenden der neuen Kreisgruppe wurde Kollege **Detlef Maurer** vom bisherigen PP Koblenz gewählt. Seine Stellvertreter sind **Dieter Ewert** von der PI Lahnstein, **Roman Simon** von der Verkehrsdirektion und **Wolfgang Menzel** von der Kriminalnaldirektion. Die Aufgabe des Schriftführers übernahm Kollege **Horst-Peter Birk** vom bisherigen PP Koblenz. Die Kassengeschäfte führt Kollege **Ulrich Niess** von der Verwaltung. Sein Stellvertreter ist **Armin Reuter** von der PI Boppard. Als Beisitzer wurden ferner in den Vorstand gewählt: **Jürgen Kohl** von der PI Bendorf und **Peter Unkelbach** vom bisherigen PP Koblenz.

1993

Über 1100 zusätzliche Beförderungen und zwei neue Hundertschaften

Der engagierte Einsatz der GdP für die Belange der Polizei zahlt sich erneut aus: Nach einer wochenlangen Kette von landesweiten Aktionen konnte mit einer Demonstration am 20. November 1993 in Mainz eine sehr deutliche Nachbesserung des Etatentwurfes für 1994/5 durchgesetzt werden.



Großdemo in Mainz am 20.11.1993

1994

Landesfrauengruppe

Landesfrauengruppe gegründet

Auf ihrer 1. Landesfrauenkonferenz verabschiedeten die Delegierten in Mainz Richtlinien für die Frauenarbeit im GdP-Landesbezirk. Jetzt gibt es in der GdP auf Landesebene eine eigene Landesfrauengruppe.

Die so gestärkte Position der weiblichen Mitglieder sowie die Verabschiedung eines Frauenförderplanes bedeuten einen erheblichen Fortschritt für die Frauenarbeit in der Gewerkschaft der Polizei. Zur Vorsitzenden des Landesfrauenvorstandes wurde Iris Michel, Verwaltungsbeamtin beim Polizeipräsidium Koblenz, gewählt. Zu Stellvertreterinnen wurden Tina Horn (Mainz) und Gerhilde Günter (Vorderpfalz) gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Jutta Behnke (Neuwied-Altenkirchen) und Carla Thorn (Westerwald/Rhein-Lahn).

Auf ihrer Konferenz forderten die Delegierten:

— Flexibel gestaltete Arbeitszeiten für Erwerbstätige, die Kinder zu versorgen haben;

— die Verbesserung der Berufschancen in Fällen von Mutterschutzfristen und Erziehungsurlaub;

— gezielte Einarbeitungshilfen sowie

— ein verbessertes Fortbildungsangebot.

Die Konferenz verabschiedete



Der Landesfrauenvorstand v.l. Tina Horn, Gerhilde Günther, Iris Michel, Carla Thorn, Jutta Behnke



Neuer Inspekteur

...z Kirchberger ist der neue Inspekteur der rheinland-...chen Polizei. Er übernimmt diese Funktion von Ludwig ..., der mit Ablauf des Monats August 1994 in den ...stand tritt. Den wichtigen Personalwechsel im Innen-...erium hatte Innenminister Walter Zuber bereits vor ...en Wochen angekündigt.

...e Entscheidung für Franz ...berger, den bisherigen Po-...identen des PP Trier, hat ... Polizei allgemeine Zustim-... gefunden. Der gebürtige ...berger war im November ... zum Polizeipräsidenten in ...erden worden. Zuvor lei-...r die Landespolizeischule/ ...chschule Polizei. Kollege ...berger nahm 1963 seine

Er engagierte sich von 1969 bis 1977 in der ÖTV, war dort zeitweilig auch stellvertretender Vorsitzender der Hauptabteilung Polizei im Landesbezirk. Innerhalb der GdP war er über Jahre hin im Fachausschuß Schutzpolizei tätig. Für sein gewerkschaftliches Engagement und seine herausragende Arbeit als Inspekteur der Polizei hat die GdP Rhein-

...ud von Ludwig Traub.

Franz Kirchberger, neuer Inspekteur der Polizei



Heinz Blatt verabschiedet. V.l.n.r.: Staatsminister Walter Zuber, Heinz Blatt, Staatsminister a.D. Kurt Böckmann und Heinz Schwarz, Kollege Walter Welling

Jürgen Polka ist neuer Polizeipräsident in Trier. Er trat Mitte September die Nachfolge von Franz Kirchberger an, der als Inspekteur der Polizei ins Innenministerium wechselte.

Jürgen Polka, 1959 in Traben-Trarbach geboren, ist verheiratet und hat ein Kind. Studiert hat er an der Universität Trier und war später bei der Bezirksregierung Trier und bis 1991 als Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Trier tätig. Von 1991 bis 1993 beschäftigte sich der Jurist mit Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Spitzenfunktionäre des Staats- und Parteiapparates der DDR als Mitglied der Arbeitsgruppe „Regierungskriminalität" in Berlin. Seit 1993 war er zum Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof abgeordnet.

Die GdP wünscht Jürgen Polka in seiner neuen Aufgabe viel Erfolg und bietet eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an.

1994

Personalien

1. Kirchberger folgt auf Traub
2. Heinz Blatt tritt in den Ruhestand
3. Polka wird neuer Polizeipräsident in Trier

1995

Personal

Polizeidichte unzureichend

Trotz der Einstellung von rund 500 neuen Polizistinnen und Polizisten in den letzten Jahren bleibt Rheinland-Pfalz bei einem Vergleich der Polizeidichte in den Bundesländern am unteren Ende der Vergleichstabelle. Der jetzt erreichte Zielwert von 1:400 entspricht der bereits 1972 von den Innenministern und Innensenatoren vereinbarten Zielquote.

Mit der Fortschreibung des Programmes für die innere Sicherheit in Deutschland waren sich die Politiker einig, daß bessere Werte anzustreben sind. Die SPD/FDP-Landesregierung hat nach der Regierungsübernahme 1991 konsequent damit begonnen, mit zusätzlichen Personaleinstellungen den Nachholbedarf abzudecken. Bereits 1987 hatte die GdP in einer Sicherheitsstudie nachgewiesen, daß in Rheinland-Pfalz rund 1000 Beamte bei Schutz- und Kriminalpolizei fehlen. Die Analyse fand durch ein Personalentwicklungskonzept der Landesregierung im Grundsatz Anerkennung: Rund 700 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten sollten Zug um Zug eingestellt werden. In ihren Koalitionsvereinbarungen haben die Regierungspartner zusätzlich festgeschrieben, daß für die Polizei Vorratsausbildung betrieben werden soll. Das Konzept hierfür liegt auf dem Tisch.

Mit der Ausbildungs- und Laufbahnreform sollen ab 1996 die Einstellungszahlen nicht mehr an den jährlichen Personalabgängen ausgerichtet werden. Ziel ist es, mit der gleichbleibenden Einstellung von 246 Polizeianwärterinnen und -anwärtern pro Jahr im Vorgriff auf die großen Einstellungsraten nach der Jahrtausendgrenze den Personalbedarf in sinnvoller Struktur abzudecken und gleichbleibende Grundlagen für die Ausbildungskonzeption und die Personalbewirtschaftung zu schaffen.

Um die Realisierung des Konzeptes muß im Zusammenhang mit dem Etatentwurf für 1996 und 1997 gestritten werden. Denn dort sind statt den 492 Ausbildungsstellen bisher nur 190 vorgesehen.

Polizeidichte in den Ländern Stand: Sommer 1994

Land	Verhältnis Polizeibeamte: Bevölkerung (mit Ausbildungsstellen)
BB	1:283
BR	1:181
BW	1:389
BY	1:372
HB	1:206
HE	1:374
HH	1:196
MV	1:304
NS	1:403
NW	1:394
RP	1:400
SH	1:348
SL	1:345
SN	1:358
ST	1:312
TH	1:312

1996

GdP gegen Stellenabbau

Gegen die Nichtverlängerung von Arbeitsverträgen im Tarifbereich hat die GdP beim Pfalztreffen der SPD protestiert.

Im Rahmen der Sparmaßnahmen können die derzeit auslaufenden Zeitverträge nicht verlängert werden, weil die Landesregierung eine Haushaltssperre verfügt hat.

Von dieser Maßnahme sind landesweit ca. 80 Kolleginnen betroffen. Diese Verträge dienten dem Ausgleich von Mutterschaftsurlaub, Teilzeitbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzungen und anderen Beurlaubungen. Sie sind somit alle haushaltsrechtlich abgedeckt und verursachen keine zusätzliche Kosten.

Auf diese Weise sollten insbesondere durch Teilzeitarbeit neue Arbeitsplätze entstehen. Genau aber dieses Ziel wurde durch die Maßnahme der Landesregierung unterlaufen. Die Folge sind sozial unverträgliche Quasi-Entlassungen. Die weitern Folgen werden die Sachbearbeiter im Polizeibereich sehr schnell zu spüren bekommen. Die sonst von diesen Mitarbeiterinnen übernommenen Schreib- und Verwaltungsarbeiten müssen durch die Sachbearbeiter wieder übernommen werden. Statt einer Entlastung der Polizei von polizeifremden Beschäftigungen erfolgt eine weitere Belastung. Ermittlungstätigkeiten und Präsenz werden weiter zurückgehen. Mit dieser Maßnahme rückt die Landesregierung auch von ihrer Absicht ab, die im Haushalt in Aussicht gestellten Einstellungsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte zu verwirklichen. Dies wird von der GdP nicht hingenommen.

Ausgehend von einer Anregung aus dem Tarifseminar in Brodenbach, beschloß der geschäftsführende Vorstand die Protestaktion auf dem Donnersberg. Ministerpräsident Kurt Beck und den anwesenden Landtagsabgeordneten wurde im Wortlaut folgende Petition durch die Kollegen Ernst Scharbach, Heinz-Werner Gabler, Walter Horch und Richard Schmitt überreicht:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte(r) Frau/Herr Abgeordnete(r), mit Erstaunen haben wir feststellen müssen, daß die von Ihnen geführte Landesregierung auslaufende Zeitverträge für Tarifbeschäftigte im Bereich der Polizei nicht mehr verlängern will.

Diese Maßnahme führt für die Betroffenen direkt in die Arbeitslosigkeit. Desweiteren sollen freiwerdende Stellen im Polizeidienst nicht durch Tarifbeschäftigte besetzt werden können.

Diese Maßnahmen stehen den verkündeten Zielen der Landesregierung, Arbeitslosigkeit zu senken, in krasser Weise entgegen. Das Ziel, Polizei von polizeifremden Aufgaben zu entlasten, wird mit einem Federstrich zur Seite geschoben. Wir sehen in erheblichem Maß die Glaubwürdigkeit der Landesregierung in Frage gestellt.

Gerade für von Arbeitslosigkeit stark betroffenen Regionen kann



Die Kollegen des LV überreichen die Petition

das derzeitige Handeln nicht nachvollzogen werden. Da sind erste Ansätze einer flexiblen Politik erkennbar und schon wird diese Flexibilität durch die Einstellungssperre unterlaufen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie dafür Sorge tragen könnten, daß diese Kolleginnen und Kollegen nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen werden müssen."

Der Landesvorstand

Im Kern erklärt Kurt Beck, er sei sich der Probleme bewußt. Er werde sich die Auswirkungen ansehen und wohlwollend prüfen, ob auf diese Maßnahme verzichtet werden kann. Eile ist natürlich geboten, denn die ersten Verträge laufen bereits aus. Die GdP hofft, daß die zugesagte Prüfung zu einem vertretbaren Ergebnis führt und die Landesregierung von der Maßnahme Abstand nimmt.

Richard Schmitt

1996

Protest gegen die Spargesetze der Bundesregierung



Mehr als 30 000 demonstrierten in Ludwigshafen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Die Demonstrationszüge bewegten sich sternförmig auf den Platz vor der Friedrich-Ebert-Halle zu.

Dort sorgte Lucilectric für Schwung und Stimmung. Darwischen immer wieder die Bitte an die Demonstranten, weiter zusammenzurücken, es wollen noch mehr auf den Platz. Insgesamt kamen mehr als doppelt so viele, als erwartet worden waren.

Ein schwarzer Sarg wird durch die Menge getragen – Aufschrift: „Er konnte es sich nicht leisten, krank zu sein."

Soziale Kälte

Die Gewerkschaften hatten es angeboten: Ein Bündnis für Arbeit.

Jeder sollte etwas beitragen, die Arbeitgeber Stellen schaffen, die Arbeitnehmer auf mögliche Lohnzuwächse und die Bundesregierung auf weiteren Sozialabbau verzichten.

Kaum waren die März-Wahlen vorbei, hat die Bundesregierung das Bündnis für tot erklärt. Stattdessen wurden Spargesetze auf den Weg gebracht, die vorgeblich Arbeitsplätze schaffen sollen:

- Einschränkung der Lohnfortzahlung bei Krankheit
- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Erhöhung des Rentenalters für Frauen u. a.
- alles zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. – „Pharisäer" sagt einer hinter mir und legt los: „Kohl muß weg!" Viele stimmen ein und die Azubis aus den Saarstahlwerken hauen den Rhythmus auf ihre fahrbaren Ölkannen: Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände Seite an Seite für die Interessen der kleinen Leute.

Deutschland nicht länger schlecht reden!

Man muß es der Bundesregierung zugestehen: Sie hat es geschafft, gemeinsam mit den Arbeitgebern und den oft allzu willfährigen Medien die Lufthoheit über die Stammtische zu gewinnen. Viele glauben inzwischen, daß die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in Gefahr sei – weil wir kurz arbeiten, weil wir so viel krank sind, weil wir so viel (im Ausland!) Urlaub machen, weil wir so viel verdienen und so hohe Renten beziehen und erst die Beamten…

Zynisch verteidigt sich eine ausbildungsunwillige Industrie, die sogar ihr dem Bundeskanzler gegebenes Versprechen bricht, mit den zu hohen Ausbildungsvergütungen – die sie selber vertraglich vereinbart hat.

Bei der seit vierzehn Jahren anhaltenden und immer schamloser und unverhohlener praktizierten Umverteilung von unten nach oben mit dem Ziel der machterhaltenden Zweidrittelgesellschaft gehen sie förmlich über Leichen.

Kein Argument ist zu dreckig und sie werden uns seit Monaten wie mit dem Nürnberger Trichter eingebleut.

Da wundert es nicht, daß Otto Mustermann nicht bemerkt,

- daß Deutschland immer noch Exportweltmeister ist,
- daß es immer noch einen gewaltigen Außenhandelsüberschuß gibt,
- daß die ganze Konjunktur nur am Export hängt,
- daß der Deutsche Aktienindex von einer historischen Höchstmarke zur anderen eilt,
- daß etliche Unternehmen Rekord-Dividenden ausschütten.

Mitglieder der Bezirksgruppe Vorderpfalz, verstärkt durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden J. Schäfer und Familie auf dem Weg zum Ebertpark

„Kohl muß weg"...

...skandierten 30 000 in Ludwigshafen

1997

DEMO
„Rentnerpolizei“ in Mainz am 15.07.1997



Dem Ärger Luft gemacht

- 10.000 Polizistinnen und Polizisten demonstrieren in Mainz gegen Opa-Polizei –

Es zeichnet sich ab, daß der zeitige Protest der GdP gegen die Pläne der Landesregierung zu die Heraufsetzung des Pensionsalters bis auf 65 Jahre erfolgreich ist. Die Politiker der SPD/F.D.P-Koalition streben jetzt eine bundeseinheitliche Regelung an. Und aus anderen Bundesländern gibt es deutliche Signale, daß die Mainzer Pläne bei den Beratungen unter den Tisch fallen.

Im September dieses Jahres wird die Diskussion um ein Heraufsetzen der Pensionsaltersgrenze für Polizistinnen und Polizisten in die nächste Runde gehen. Dann werden Bundestag und Bundesrat die Beratungen über den Gesetzentwurf von Bundesinnenminister Kanther aufnehmen, der die Pensionsaltersgrenze der Polizistinnen und Polizisten auf 61 Jahre anheben will. Das Thema ist aber nicht vom Tisch. Lediglich die Vorzeichen haben sich etwas verändert.

Klarer werden in diesem Zusammenhang die Konturen in der politischen Haltung der einzelnen Parteien. So hat die CDU in Mainz vehement gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung für die neue Pensionsgrenze gekämpft, hält aber die Vorlage des eigenen Parteifreundes Kanther aus Bonn für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit in ihren Eckpunkten für die „richtige Richtung“. Dazu kommt die Ankündigung der SPD-Landtagsfraktion, die Gesetzentwürfe zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (Pensionsgrenze) und des Landesbesoldungsgesetzes (Freie Heilfürsorge) mit den Beratungen zum Doppelhaushalt 1999/99 erneut aufzurufen. Der Fahrplan für die Etatberatungen steht bereits. Danach wird der Entscheidungsprozeß Ende November 1997 anlaufen und bis Mitte Januar 1998 abgeschlossen sein.

Für die GdP ist damit die Ausgangslage klar. Wenn auf Bundesebene im Rahmen der Diskussion um Versorgungsreformen kein akzeptabler Kompromiß erreicht wird, wird es eine mehr als heftige Auseinandersetzung zum Jahreswechsel in Mainz geben. Nach der Protestaktion von 10.000 Polizistinnen und Polizisten am 15. Juli in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt hält sich die Mainzer Landesregierung bedeckt. Sie hat es selbst in der Hand, in den nächsten Monaten das leidige Thema vom Tisch zu bringen. Wenn nicht, wird es sehr frostig werden in Mainz. Und das wird nicht nur am Winterwetter liegen.

Hermann Lutz in starker Position: Die Polizistinnen und Polizisten stehen hinter dem GdP-Chef.

10.000 Polizistinnen und Polizisten demonstrierten in Mainz gegen eine Opa-Polizei.

9/97 Deutsche Polizei-RP 1



GdP verstärkt Widerstand gegen den Einsparkurs aus Bonn und Mainz

Die Protestwelle rollt auf vollen Touren. In Bonn, Dresden und Mainz haben in den letzten vier Wochen fast 30.000 Polizistinnen und Polizisten gegen eine Erhöhung des Pensionsalters, Streichung von Weihnachtsgeld und Zulagen, Einstellungs- und Beförderungsstopp sowie eine ganze Kette weiterer Sparmaßnahmen demonstriert.

1998

Hermann Lutz in den Ruhestand verabschiedet



Hermann Lutz in den Ruhestand verabschiedet.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz (60), ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Dem „wohl bekanntesten deutschen Polizisten" bescheinigte der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber hohe Verdienste.

Hermann Lutz, Ehrenvorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz, deren Vorsitzender er von 1976 bis 1985 war, versah seinen Dienst zuletzt bei der Fachhochschule der Polizei auf dem Hahn als Dozent. Der Polizeidirektor war 1957 in die Polizei des Landes eingestellt worden und konnte im letzten Jahr die Urkunde für sein 40-jähriges Dienstjubiläum empfangen. Der Übergang in den Ruhestand ist für den Gewerkschaftsaktivisten längst kein Schlußstrich. Er bleibt noch einige Monate bis zum Bundeskongreß der GdP im September in Bremen im Amt des Vorsitzenden. Darüber hinaus leitet er nach wie vor den Verbund der Europäischen Polizeigewerkschaften (UISP).

1998

Nachlese Bundeskongress in Bremen



Mit einem klaren Nein zur Fusion mit anderen DGB-Gewerkschaften und einer Absage an die Zahlung von Leistungszulagen und -prämien setzte die rheinland-pfälzische GdP beim GdP-Bundeskongreß in Bremen wichtige Akzente. Entsprechend locker und fröhlich zeigten sich die Delegierten unseres Landesbezirkes.

1999

25jähriges Bestehen

SEK/MEK

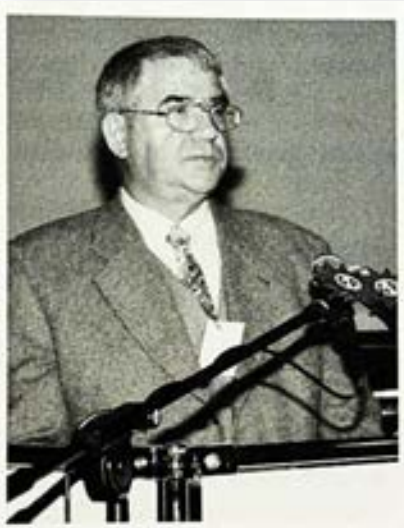
Um den zunehmenden Erscheinungsformen von Terrorismus und Gewaltkriminalität begegnen zu können, haben die Innenminister und Senatoren der Länder und des Bundes 1974 das „Konzept für Aufstellung und den Einsatz von Spezialeinheiten der Länder und des Bundes für die Bekämpfung von Terroristen“ verabschiedet. Das war die Geburtsstunde von SEK und MEK.



Gefährliche Einsätze sind für die Kolleginnen und Kollegen des SEK und MEK beruflicher Alltag.

2000

Heinz Hebel in den Ruhestand verabschiedet, Nachfolger wird Ernst Scharbach



40 Jahre Polizist und engagierter Gewerkschafter. Heinz Hebel in den Ruhestand verabschiedet.

Polizist war schon in jungen Jahren sein Traumberuf. Jetzt kann Heinz Hebel mit der Zufriedenheit eines Pensionärs, der in seinem Berufsleben eine hohe Wertschätzung und viele Freunde gefunden hat, auf eine über 40-jährige Tätigkeit im aktiven Polizeidienst und der begleitenden Interessenvertretung zurückblicken. Innenminister Walter Zuber verabschiedete im Rahmen einer Feierstunde am 14. Dezember 1999 persönlich den bisherigen Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Polizei in den wohlverdienten Ruhestand.



Ernst Scharbach (45) wohnt in Stein-Bockenheim (zwischen Alzey und Bad Kreuznach), Stellv. GdP-Landesvorsitzender, Mitglied in verschiedenen GdP-Fachausschüssen, Hobbys: Gewerkschaft, Politik, Reisen, Motorrad, Theater, Kino.

Seit Mitte Dezember ist Ernst Scharbach der Vorsitzende des Hauptpersonalrates Polizei (HPRP). Er trat die Nachfolge von Heinz Hebel an. DP stellt den engagierten Gewerkschafter vor.

HISTORIE

2000

Neue Polizeispitze im Innenministerium

Werner Blatt neuer Inspekteur der Polizei

Rheinland-Pfalz hat wieder einen Polizeiinspekteur. Werner Blatt (48), Leitender Polizeidirektor im Innenministerium, wurde von Innenminister Walter Zuber mit der Aufgabe betraut: „Wir haben mit Werner Blatt einen Mann ausgewählt, der aus der Praxis kommt und ganz genau weiß, was es heißt, im Dienst vor Ort im Einsatz zu sein." Er sei sicher, dass der neue Inspekteur seine Arbeit „mit Verantwortungsbewusstsein und kameradschaftlicher Nähe zu den Beamtinnen und Beamten" erfüllen werde.

Das Aufgabenfeld des neuen Inspekteurs ist an dieser Erwartungshaltung ausgerichtet: Innenminister Zuber fordert von ihm „Präsenz im Land". Übertragen hat er ihm weite Kompetenzen der Dienstaufsicht über den Polizeidienst des Landes. Das beinhaltet die Entscheidung über interne Dienstanweisungen, Befassung mit Fachfragen der Polizeiorganisation, Mitwirkung bei Personal- und Disziplinarmaßnahmen, Mitgestaltung der Aus- und Fortbildungsfragen und der Auswahl von Ausstattungs-, Führungs- und Einsatzmittel. Beim Innenminister hat Werner Blatt direktes Vortragsrecht. Er selbst versteht sich in seiner neuen Funktion als Bindeglied zwischen den Polizeibehörden und dem Innenministerium. Er will ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen haben, also „Kummerkasten und Sprachrohr" sein. Zu den Vorgängern in der Funktion des Inspekteurs der Polizei zählten so anerkannte Polizeipraktiker wie Ludwig Traub und Franz Kirchberger.

Werner Blatt trat 1968 in den Polizeidienst ein. In Koblenz versah er seinen Dienst in verschiedenen Aufgaben der Polizeiinspektion. 1981 wurde er als jüngster Bewerber zur Ausbildung für den höheren Polizeidienst zugelassen. Er führte nach der Ausbildung den Einsatzstab zum Abzug der Raketen aus dem Hünsrück und übernahm anschließend die Leitung der Polizei bei der KV Ahrweiler. Weitere Stationen: Einsatzreferent bei der Bez.-Reg. Koblenz, stellv. Leiter PE beim PP Koblenz, Leitung des Lagezentrums und seit September 1999 Einsatzreferenz im Innenministerium.



IM Walter Zuber (rechts) ernennt Werner Blatt zum Inspekteur der Polizei. Links: Abteilungsleiter Hanns Peter Ludwig.

Mitglied der Gewerkschaft der Polizei wurde Werner Blatt 1968. Zunächst war er in der Jungen Gruppe aktiv, brachte es bis zum Landesjugendvorsitzenden. Später wechselte er in den geschäftsführenden Landesvorstand und führte danach als Mitglied des Landesvorstandes über Jahre unseren Fachausschuss Schutzpolizei.

Die GdP gratuliert dem neuen Inspekteur zur Berufung und freut sich auf enge Zusammenarbeit.

2001

GdP - Intern

Die GdP zieht um!

Mitte Oktober wird die GdP in die neuen Räume der Landesgeschäftsstelle in Mainz-Hechtsheim umziehen.

Das neue Bürogebäude in unmittelbarer Nähe der Bereitschaftspolizei wird selbstverständlich auch neuer Geschäftssitz des Polizeisozialwerkes Rheinland-Pfalz GmbH (PSW)



mit verschiedenen Geschäftspartnern.

Das PSW-Reisebüro wird mit dem Umzug sein Leistungsangebot weiter ausbauen können.

Es vermittelt Reisen aller führenden Reiseanbieter zu Super-Preisen. Ausgebaut werden soll im neuen Domizil das Serviceangebot für GdP-Mitglieder in Rechtsfragen: Eine Anwaltskanzlei, die von zwei ehemaligen Polizeikollegen geführt wird, kommt ebenfalls in das GdP-/PSW-Gebäude.

Der GdP-Landesbeirat hatte im Dezember 2000 das Bauprojekt und die Finanzplanung beschlossen. Binnen 10 Monaten realisierte Generalunternehmer Reinhard Mille aus dem Westerwald mit Partnerfirmen das Projekt.

Unsere neue Anschrift ab 15. Oktober 2001: Gewerkschaft der Polizei bzw. PSW, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz.

10 000 Polizisten sind notwendig

Hoppla! Urplötzlich ist die innere Sicherheit wieder Thema geworden. Regierung und Opposition wetteifern, wer die bessere Konzeption für eine zukunftssichere Polizei hat. Neues war nicht zu lesen und nicht alles, was vorgeschlagen wird, erscheint wirklich geeignet. DP skizziert die einzelnen Vorschläge auf Seite 2 dieser Ausgabe. Dieser Kommentar befasst sich ausschließlich mit Fragen der Personalstärke, denn hier sieht die GdP das gravierendste Problem der rheinland-pfälzischen Polizei.

Die Medien-Berichterstattung über das am 5. November 2001 von der Landesregierung vorgestellte Sicherheitspaket vermittelt den Eindruck, dass als Reaktion auf die seit dem 11. September 2001 verschärfte Sicherheitslage allein für die Polizei zusätzliche 28 Mio. € für mehr Personal und bessere Technik bereitgestellt würden. Dies trifft nicht zu. Die Landesregierung hat in ihrem Pressedienst auch nicht behauptet, dass das Sicherheitspaket als Folge der Anschläge auf New York und Washington geschnürt worden sei. Die gewählte Formulierung „werden die Sach- und Investitionsansätze bei der Polizei, die sich seit dem 11. September in erhöhter Alarmbereitschaft befindet..., erhöht" legt aber einen solchen, von etlichen Berichterstattern gezogenen Schluss durchaus nahe. Rhetorik statt Politik?

Personalstärke bleibt unzureichend

Am 1. November 2001 haben 225 Anwärterinnen und Anwärter ihre Ausbildung begonnen. Im Jahr 2002 wird es bei den vorgesehenen 130 Einstellungen am 1. Mai bleiben. Ab 2003 sollen dann jährlich 300 Bewerber eingestellt werden. Das alles ist nicht neu, wurde bereits im Januar von der SPD-Landtagsfraktion verkündet, durch die Koalitionsvereinbarung im Frühjahr bestätigt und wird jetzt im Haushaltsentwurf der Regierung umgesetzt. Für den Nachrichtenkonsumenten und etliche Journalisten (die offensichtlich die Inhalte der Nachricht vergessen, sobald der Beitrag gesendet oder der Artikel gedruckt ist) ergibt sich offenbar der Eindruck, dass die Einstellungszahlen für die Polizei jetzt schon zum dritten mal im laufenden Jahr erhöht wurden – immer um 75 gegenüber den Zahlen von 2001. Drei mal 75 = 75 stimmt nach Adam Riese nicht – es waren halt immer die gleichen 75 zusätzlichen Anwärterstellen. Im Klartext: **Auch in der seit dem 11. September deutlich und dauerhaft verschärften Sicherheitslage ringt sich die Landesregierung nicht zu höheren Einstellungen durch!**

„Alltagsbetrieb"

Die Gewerkschaft der Polizei hat diese Einstellungspolitik von Anfang an kritisiert, weil sie weder der Auftragslage der Polizei Rechnung trägt, noch für die starken Personalabgänge der kommenden Jahre oder für zunehmenden Erziehungsurlaub Vorsorge trifft.

In diesem Punkt kommen wir mit der Landesregierung nicht auf einen Nenner. Der Innenminister erklärt im August, die Personallage sei für den Alltagsbetrieb ausreichend. Nur „interessierte Kreise" könnten etwas anderes behaupten – also jene, die nach dem landläufigen Sprachgebrauch egoistische Ziele verfolgen und hierzu ohne sachlichen Grund argumentieren. Sein Pressesprecher bezeichnete die „interessierten Kreise" nach dem 11. September als „Kriegsgewinnler". Da wir zu den Kritikern dieser Einstellungspolitik gehören, fühlen wir uns angesprochen. Wir sind stark genug, solche Attacken auszuhalten.

Fakt ist, dass die Polizei schon seit Monaten keinen „Normalbetrieb" mehr hat, sondern täglich Sonderanforderungen erfüllt werden müssen. Leider ist davon auszugehen, dass wir auf unabsehbare Zeit solche zusätzlichen Belastungen täglich zu tragen haben werden; damit werden sie zu einem „Alltag", dem die Polizei mit der derzeit vorhandenen Einsatzstärke auf Dauer nicht gewachsen ist, zumal diese in den kommenden Jahren noch mal um knapp 300 sinken wird.

Deshalb habe ich auch beim Empfang zum 50. Geburtstag der GdP gemahnt: „Sorgen wir dafür, dass unsere Polizei nicht verschlissen wird – die Gefahr ist groß! Bei der bestehenden Auftragslage brauchen wir mittelfristig zehntausend Polizisten im Land!"

Irrweg Wachpolizei

Die CDU-Landtagsfraktion hat in ihrem 10-Punkte-Programm (siehe auch Seite 2 dieser Ausgabe) neben durchaus richtigen Vorschlägen erneut eine Wachpolizei gefordert. Nach dreimonatiger Ausbildung und mit Schusswaffe ausgerüstet sollen sie „zur Verbesserung der Präsenz auf Streife geschickt und bei Großveranstaltungen und an Verbrechensschwerpunkten eingesetzt werden."

Dies ist nach unserer Auffassung ein Irrweg. Sobald ein Einschreiten erforderlich wird, erweist sich eine dreimonatige Ausbildung als unzureichend, sachgerecht die Lage zu beurteilen, Handlungsmöglichkeiten zu prüfen, das mildeste Mittel auszuwählen, dieses auf Verhältnismäßigkeit zu prüfen und dann angemessen in die Tat umzusetzen. „Präsenz" und die Fähigkeit zum jederzeitigen Einschreiten lassen sich aber nicht voneinander trennen. Oder umgekehrt: Ohne diese Fähigkeit findet „Präsenz" nicht statt!

Helmut Conrad

2001

Sicherheitslage nach dem 11. September 2001

2001





50 Jahre GdP

Festakt in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz



2002

19. Landesdelegiertentag in Lahnstein, 11.-13.06.2002

Ernst Scharbach neuer Vorsitzender

Die Weichen sind neu gestellt: Beim Landesdelegiertentag der GdP in Lahnstein verabschiedeten die 116 Delegierten der GdP-Kreisgruppen das Strategieprogramm „Polizei 2014" und wählten den neuen Landesvorstand.

Die Wahlergebnisse sind ein deutliches Indiz für die Stärke und Geschlossenheit unserer Gewerkschaft: Ernst Scharbach, der zum ersten Mal für die Wahl zum Landesvorsitzenden antrat, wurde einstimmig gewählt.



Ernst Scharbach

Mit 2,5 Kilo Papier mussten sich die Konferenzteilnehmer schon Wochen vor dem Delegiertentag beschäftigen. So dick war nämlich der Ordner mit Berichten, Listen und über 100 Anträgen. Im Lahnsteiner Dorint-Hotel zeigte sich dann vom 11.–13. Juni 2002 was eine gute Vorbereitung ausmacht. Das Programm aus Information, Diskussion, Beratung und Abstimmungen wurde von Vorstand und der souveränen Verhandlungsleitung mit einem Timing „auf den Glockenschlag" über die Bühne gebracht. Zu keinem Zeitpunkt kam die gefürchtete „Konferenzmüdigkeit" auf. Und das angesichts anstrengenden Abendprogramm, bei dem die Firmen Bitburger und Erdinger zu den sicheren Gewinnern zählten. Zwischenruf einer Kollegin am dritten Konferenztag: „Dürfen wir jetzt wieder singen?" Viel Spaß darf haben, wer vorher fleißig gearbeitet hat. Und in dem Punkt kann man allen Akteuren der Konferenz nur hohes Lob aussprechen. Die Bilanz des Vorstandes und der Kontrollorgane wurde mit viel Applaus belegt. Bei der Beratung von „Polizei 2014" zeigten sich die Autoren des Programmes erstklassig vorbereitet und präsentierten sehr übersichtlich in knapp einer Stunde das rund 50seitige Strategiepapier. Ein Großteil der Wahlen konnte in offener Abstimmung mit einstimmigen Ergebnissen protokolliert werden. Verdiente Funktionäre wurden für ihre langjährige Gewerkschaftsarbeit geehrt. Die Ergebnisse der Fußball-WM trugen zur guten Stimmung bei. Ernst Scharbach zeichnete mit seinem Vortrag zu Beginn des öffentlichen Teiles ein exzellentes Bild der Vorstellungen der GdP zu aktuellen Themen wie zu längerfristigen Reformen. Innenminister Walter Zuber, GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg und UISP-Präsident Hermann Lutz vermittelten mit ihren Referaten und in der anschließenden Debatte einen Überblick über Entwicklungen der Sicherheit und der Polizei von Mainz über Berlin bis ins ferne Lettland. Und es war erstaunlich, mit welcher Disziplin die Delegierten Informationen aufnahmen, die Debatte gestalteten und bis hin zum letzten Antrag um das beste Beratungsergebnis bemüht waren.

Vorstand, Kontrollausschuss und Kassenprüfer haben schon unmittelbar nach Abschluss des Delegiertentages ihre Arbeit aufgenommen, und das Mitarbeiterteam von GdP und PSW steht wie gewohnt wieder im neuen Büro-Gebäude in Mainz-Hechtsheim für die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartner zur Verfügung. Jetzt geht es motiviert und selbstbewusst an die Umsetzung der Beschlüsse und Forderungen. Die Geschlossenheit der GdP ist dafür die beste Basis.

Landesvorstand:

Vorsitzender:
Ernst Scharbach
Stellvertretende Vorsitzende:
Hermann-Josef Barz
Bernd Becker
Annemarie Grindel
Helmut Kaerr
Kassierer:
Ralf Schreiber
Stellvertretender Kassierer:
Heinz-Werner Gabler
Schriftführer:
Alfons Meyer
Stellvertretender Schriftführer:
Jürgen Moser
Beisitzer Schutzpolizei:
Reiner Hamm
Beisitzer Kriminalpolizei:
Hans Jürgen Ladisek
Beisitzer Landeskriminalamt:
Holger Münicke
Beisitzer Wasserschutzpolizei:
Bernhard Hetz
Beisitzer Angestellte:
Anna-Maria Knewitz
Beisitzer Arbeiter:
Dieter Kronauer
Beisitzer Verwaltungsbeamte:
Willi Groten
Vorsitzender Bezirksgruppe PP Rheinpfalz:
Heinz-Werner Gabler
Vorsitzender Bezirksgruppe PP Mainz:
Horst Vinhoven
Vorsitzender Bezirksgruppe PP Koblenz:
Hermann-Josef Barz
Vorsitzender Bezirksgruppe PP Trier:
Josef Schumacher
Vorsitzender Bezirksgruppe PP Westpfalz:
Jürgen Moser
Vorsitzender Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei:
Helmut Kaerr
Vorsitzender Bezirks-/Kreisgruppe Polizeischule:
Paul Mohr
Vorsitzender JUNGE GRUPPE:
Thomas Sinner
Vorsitzender Seniorengruppe:
Heinz Blatt
Vorsitzende Frauengruppe:
Tina Eichenlaub

Landeskontrollausschuss:

Bezirksgruppe PP Rheinpfalz:
Gerd Uwe Jakob
Bezirksgruppe PP Mainz:
Gerhard Remmet (Vors.)
Bezirksgruppe PP Koblenz:
Norbert Puth
Bezirksgruppe PP Trier:
Berthold Nicklaus
Bezirksgruppe PP Westpfalz:
Lothar Schmidt
Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei:
Peter Busch
Bezirks-/Kreisgruppe Polizeischule:
Martin Melzer
Kreisgruppen LKA/ZPT und Wasserschutzpolizei:
Harald Metzinger

Kassenprüfer:

Rudolf Groten
KG PD Wittlich
Hans Leo Schuh
KG Bepo Schifferstadt
Ulrich Nieß
KG PP/PD Koblenz

2003

Sparmaßnahmen

Groß-Demo in Mainz

Über 10 000 Polizistinnen, Polizisten und Feuerwehrleute demonstrierten eindrucksvoll am 13. 2. 2003 in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz gegen die von der Landesregierung geplante Lebensarbeitszeitverlängerung. Hier einige Auszüge der Rede des Landesvorsitzenden Ernst Scharbach:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie der Süd-West-Rundfunk mitteilt, hat eine aktuelle Umfrage ergeben, dass nur 9% der deutschen Bevölkerung etwas mit dem Begriff „Rheinland-Pfalz" anfangen können. Da hat sich Ministerpräsident Kurt Beck doch etwas Besonderes einfallen lassen:

Feuerwehrleute und Polizisten wissen jetzt, wofür Rheinland-Pfalz steht.

Rheinland-Pfalz ist die Spitze aller Bundesländer:

Spitze beim Personalabbau,

Spitze beim Streichen aller Beförderungen und Spitze bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Rheinland-Pfalz ist auf dem Weg zur Opa-Polizei und zur Opa-Feuerwehr.

Das lassen wir nicht mit uns machen!

Opa-Polizei ist schlecht für die Bürger: Verbrechern nachrennen ist nichts für Omas und Opas.

Opa-Polizei ist schlecht für uns: Durch unseren harten Job



Landesvorsitzender Ernst Scharbach

haben wir uns den Ruhestand mit 60 Jahren sauer verdient.

Opa-Polizei ist schlecht für die Gesellschaft: Wir sollen länger arbeiten und gleichzeitig streicht man uns 100 Ausbildungsplätze. Und das bei über 4½ Millionen Arbeitslosen.

Opa-Polizei und für die Enkel keine Stelle frei.

Wir fordern: Weg mit diesem falschen Gesetz.

Wir brauchen nicht weniger, sondern MEHR Ausbildungsplätze für die Jugend!



Mehr als 10 000 Kolleginnen auf dem Gutenbergplatz in Mainz

2004

Betriebliche Gesundheitsförderung

Beginn einer Erfolgsgeschichte

GdP: Gesund bleiben

Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) ist sehr viel mehr als Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz. Diese Erkenntnis zog sich wie ein roter Faden durch ein dreitägiges Personalratsfortbildungsseminar der GdP.

Angebote besser koordinieren: Nach einer Bestandsaufnahme durch Heinz-Werner **Gabler** machte sich eine weitere Erkenntnis breit: Es gibt schon viele Angebote; sie sind allerdings vielfach unkoordiniert, laufen nach dem Zufallsprinzip ab, werden teilweise Tarifbeschäftigten vorenthalten und nicht im Zusammenhang mit einer konzeptionellen betrieblichen Gesundheitsförderung gesehen.

Belastungen erkennen und gegensteuern: Mit Beispielen aus dem Polizeialltag machte Bernd Becker deutlich, dass der Polizeiberuf mit besonderen Belastungen verbunden ist, die bis weit in das Privatleben ausstrahlen. „In einer gewissen Betriebsblindheit wollen viele die Belastungen nicht wahrhaben, selbst dann, wenn sie selbst betroffen sind", meinte Becker und initiierte damit eine lebhafte Diskussion in Arbeitsgruppen, an deren Ende zahlreiche Vorschläge für Dienststelle, Personalräte und GdP auf allen Ebenen entstanden.



Seminarteilnehmer mit Bernd Becker (Mitte)

Erste Überlegungen im ISM: Zur Freude der Seminarteilnehmer dokumentierte Gerhard **Fuckner,** Leiter der Zentralabteilung im Innenministerium, dass für das Haus selbst bereits ein umfassenderer Ansatz der BGF verfolgt wird. „Die immer schneller werdenden Veränderungsprozesse, die Altersstruktur und die Arbeitsverdichtung haben die Gesundheitssituation verschlechtert", konstatierte Fuckner und skizzierte erste Vorhaben des ISM, die sich u. a. am Gesundheitsmanagement der Stadtverwaltung Mainz orientieren. „Gesundheit ist auch Teil der Führungsverantwortung", stellte Fuckner abschließend fest.

Stadtverwaltung Dortmund – es geht doch: „Positive Beeinflussung der Arbeitsbedingungen statt psychologischer Repression." So lautete ein Kernssatz von Dr. Egmont **Baumann,** die die BGF der Stadt Dortmund vorstellte und für intensive Diskussionen zur Verfügung stand. „BGF ist integraler Bestandteil der Personalentwicklung und -förderung", steht für Dr. Baumann fest. Er stellte einen Bezug zwischen krankheitsbedingten Fehlzeiten und „psychotoxischen Chefs und Mitarbeitern" her. Bei den Investitionen für die BGF gebe es die Faustregel, dass jeder investierte Euro 3 Euro Gewinn bringe, beispielsweise durch nachhaltige Senkung von Fehlzeiten. Er berichtete von erfolgreicher Zusammenarbeit mit externen Partnern, wie Kranken- oder Unfallkassen, sowohl inhaltlich als auch finanziell. (Weitere Infos unter www.bgf.dortmund.de und in einer der nächsten Ausgaben der DP.)

Personalräte sind gefordert: Helmut **Knerr,** Vorsitzender des PR der BePo, und Herbert **Werner** von der Unfallkasse Rheinland-Pfalz, vermittelten den Seminarteilnehmern Grundlagenwissen über Zusammenhänge zwischen Vertretungsrecht und Arbeitsschutzbestimmungen aller Ebenen. Diplomingenieur Werner brillierte mit Insiderkenntnissen zum Thema Polizei.

(Seminar-Doku als Download unter www.gdp-rp.de) *BB*

4 RP-Deutsche Polizei 12/2004

Karl Peter Bruch folgt Walter Zuber als neuer Innenminister

Neuer Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz ist Karl Peter Bruch. Der bisherige Staatssekretär für das Innenressort tritt die Nachfolge von Walter Zuber an, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in das Amt zurückkehren konnte.

Anfang Februar fiel in der Mainzer Staatskanzlei die Entscheidung. Einvernehmlich, so Ministerpräsident Kurt Beck,



Walter Zuber

seien er und Walter Zuber zu der Erkenntnis gekommen, dass dieser das Amt des Innenministers nicht in vollem Umfang weiterhin wahrnehmen könne. Zuber hatte im Oktober auf einer Dienstreise in Rumänien einen Schlaganfall erlitten, von dem er sich nicht vollständig erholt hatte. Zum neuen Innenminister hat Beck den bisherigen Innen-Staatssekretär Karl Peter Bruch berufen, dessen Vereidigung im Landtag am 24. 2. 2004 erfolgte.

Mit Walter Zuber tritt der dienstälteste Innenminister Deutschlands ab. Er war beim Regierungswechsel 1991 in diese Aufgabe berufen worden und hat in seiner langen Amtszeit wichtige Weichenstellungen für die Polizei des Landes auf den Weg gebracht. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die bundesweit beispielhafte Modernisierung von Technik und Ausstattung der Polizei, ihre Neuorganisation und die sachgerechte Bewertung des Polizeidienstes durch Einführung der zweigeteilten Laufbahn. GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach: „Wir wünschen Walter Zuber, dass er wieder zu bester Gesundheit kommt. Seinen Rückzug aus dem Amt des Innenministers bedauern wir sehr. Er hat viel für die Polizei bewegt, das Leistungsbild der rheinland-pfälzischen Polizei ist hervorragend."

Walter Zuber (61) bleibt Mitglied des Landtages. Ministerpräsident Kurt Beck bat ihn, sein Engagement für Ruanda aufrechtzuerhalten. Zuber hatte während seiner Amtszeit die Unterstützung des afrikanischen Partnerlandes von Rheinland-Pfalz zu einer Herzensangelegenheit gemacht.

Die Berufung von Karl Peter Bruch (58) zum neuen Innenminister begrüßt die GdP, kommt der doch „aus den eigenen Reihen". Bruch nahm nämlich 1964 seinen Dienst als Polizist auf, war viele Jahre als Kriminalbeamter beim PP Koblenz tätig und schied erst 1987 mit seiner Wahl in den Landtag aus dem Polizeidienst aus. Die enge Bindung zum Polizeiberuf hat sich Karl Peter Bruch bis zum heutigen Tag erhalten. Das macht sich nicht nur daran fest, dass er als Staatssekretär direkt das politische Tagesgeschäft für den Polizeibereich koordinierte, es dokumentiert sich auch in seiner jahrzehntelangen GdP-Mitgliedschaft. „Wir kennen Karl Peter Bruch als ausgewiesenen Fachmann und Kollegen. Sicher wird er da und dort andere Akzente setzen, aber wir rechnen mit viel Kontinuität in der Amtsführung" sagt Scharbach.

Karl Peter Bruch wohnt mit seiner Familie in Nastätten. Dort



Karl Peter Bruch

war er fast 22 Jahre ehrenamtlicher Bürgermeister. Erst mit dem Wechsel vom Landtag ins Innenministerium am 18. 5. 2001 war er gehalten, die kommunalpolitische Betätigung einzustellen.

Mit Polizeifragen war der neue Staatssekretär im Innenministerium Hendrik Hering (40) bisher kaum befasst. Er kommt aus der Kommunalpolitik, war 1989 als 25-jähriger Politikaufsteiger zum Stadtbürgermeister von Hachenburg gewählt worden. 1996 folgte die Wahl in den Landtag, später die Berufung zum Staatssekretär im Umweltministerium. In der SPD gilt er als enger Vertrauter von Ministerpräsident Beck, arbeitet als stellvertretender Landesvorsitzender der Partei eng mit ihm zusammen.

FW

2005

Wechsel im Innenministerium

2006

Arbeitskampf

Weiter für sicheren Tarifvertrag kämpfen

Landesweit streiken die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Bei Schwerpunktaktionen in Koblenz, Trier, Ludwigshafen und Mainz haben bei großer Beteiligung aus den Dienststellen Beschäftigte der Polizei Seite an Seite mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen DGB-Gewerkschaften gegen die von den Arbeitgebern geplante Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden und gegen die Kürzung ihres Weihnachts- und Urlaubsgeldes mit Niederlegung der Arbeit protestiert. Bei weiteren Gesprächen zwischen Gewerkschaften und TdL wird jetzt ein Kompromiss gesucht.





2006

Tarifverhandlungen





Streik geht weiter

Solange die Arbeitgeber nicht zum Abschluss des neuen Tarifvertrages bereit sind, geht der Arbeitskampf weiter. Am 20. und 21. März legten landesweit 350 Polizeibeschäftigte die Arbeit nieder. Unsere Fotoserie vermittelt einige Eindrücke von der zentralen Streikkundgebung in Mainz.

2006

Fußball – WM 2006

GdP betreut Einsatzkräfte

Die umfangreichen Vorbereitungen der rheinland-pfälzischen Polizei für den polizeilichen Großeinsatz anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 sind abgeschlossen. Der Anpfiff kann erfolgen. Frühzeitig wurden die notwendigen personellen, organisatorischen und wirtschaftlichen Problembewältigungen durch das Innenministerium in Auftrag gegeben. Dem PP Westpfalz wurde die landesweite Polizeiführung für das Großereignis am WM-Standort Kaiserslautern und im Umfeld übertragen. Alle Behörden und Einrichtungen unterstützen vielfältig. Die Einsatzkonzeptionen sind erstellt und die personalvertretungsrechtlichen Beteiligungen mit dem HPRP und den Personalvertretungen in den Behörden und Einrichtungen geführt.

GdP-Hotline Fußball-WM 2006

0 61 31/9 60 09 12

Die GdP bietet für den gesamten Einsatz gewerkschaftliche Betreuung für die Polizeibeschäftigten an. Die fünf Spieltage am WM-Standort Kaiserslautern bilden einen Schwerpunkt. Die Kolleginnen/Kollegen, die im Stadtgebiet der GESA in Enkenbach-Alsenborn, den Logistikbereichen oder aber im Bereich des Flugplatzes Hahn eingesetzt sind, werden von der GdP betreut. In den Örtlichkeiten Koblenz, Mainz, Trier und Rheinpfalz werden die Bezirks- und Kreisgruppen dortige WM-Einsatzschwerpunkte begleiten.

Mit einer Telefon-Hotline werden die Kolleginnen/Kollegen rund um die Uhr bei der GdP einen Ansprechpartner für Gespräche, Fragen und Problembewältigung finden. „Give-aways" und Getränke werden den Polizeibeschäftigten gereicht.

Der Weltfußball rollt, die Welt ist zu Gast bei Freunden und die GdP ist vor Ort! ***HK***



Ernst Scharbach erneut Vorsitzender

2006

20. Delegiertentag an der FH Hahn

Ernst Scharbach führt auch in den nächsten vier Jahren die GdP Rheinland-Pfalz. Er konnte sich über ein einstimmiges Votum bei der Wahl zum Landesvorsitzenden freuen.

„Glück auf dem neuen Vorstand". Heinz Blatt, der über Jahrzehnte die Arbeit der GdP in Rheinland-Pfalz mitgeprägt hat, richtete auch in der Stunde der Würdigung seiner Verdienste den Blick auf die Zukunft seiner GdP.



Der neu gewählte Landesvorsitzende Ernst Scharbach (li.) mit Heinz Blatt

Das ist der neue geschäftsführende Landesvorstand

Vorsitzender:	Ernst Scharbach
Stv. Vorsitzende:	Bernd Becker
	Heinz-Werner Gabler
	Helmut Knerr
	Margarethe Relet
Schriftführer:	Alfons Meyer
Stv. Schriftführer:	Jürgen Moser
Kassierer:	Ralf Schreiber
Stv. Kassierer:	Michael Buchstäber



V. l. n. r.: Ernst Scharbach, Annemarie Grindel und Jöbi Barz



V. l. n. r.: Ernst Scharbach, Bernhard Hetz, Hans Jürgen Ladinek, Heinz Blatt, Hermann Lutz und Helmut Conradt

2007

Besoldung

GdP-Aktionskette reißt nicht ab

Die GdP-Aktionskette gegen das Besoldungsdiktat der Landesregierung fand am 23. 10. 2007 mit der DGB-Demo in Mainz ihren vorläufigen Höhepunkt. Alle Organisationsbereiche der GdP haben sich seit Juni 2006 vorbildlich an den Aktivitäten beteiligt. Der Landtag entscheidet voraussichtlich Mitte Dezember. Wir werden nicht locker lassen! Wir haben mehr verdient: 0,5 % mehr Lohn – ein Hohn!



Diätschokolade für die Abgeordneten zum Jahreswechsel und Übergabe durch die „Heiligen Drei Könige" beim Landtagspräsidenten





Junge Gruppe und KG Mainz bei der Maikundgebung, GdP-Demo in Ludwigshafen, Anhörung zum Gesetz im Finanzministerium und Info-Stand in Trier

Polizei kommt in blauer Uniform

In ihren nageineuen Uniformen sind erstmals Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz im Einsatz. Seit April läuft der Trageversuch für die neue Dienstkleidung.

Insgesamt wurden 100 Kolleginnen und Kollegen aus 42 verschiedenen Dienststellen ausgewählt, um in den nächsten sechs Monaten die neue Dienstkleidung zu testen. Ihre Erfahrungen fließen in die Endgestaltung der neuen Dienstkleidung ein, die bis 2012 die grün-beige Uniform ablösen soll.

Leitgedanken bei der Einführung der neuen Dienstanzüge seien die Verbesserung von Funktionalität und der Komfort, erklärte Innenminister Karl Peter Bruch bei der Präsentationsaktion des neuen Outfits auf dem Mainzer Gutenbergplatz. Eine moderne und leistungsfähige Polizei soll über eine adäquate, ansprechende und insbesondere funktionale Dienstkleidung verfügen, so der Minister. Der Wechsel von der grünen zur blauen Kleidung sei keine Trendfrage gewesen: „Es geht vor allem um die Qualität und die Tauglichkeit, die farbliche Umstellung verursacht keine Kosten für das Land".



Kollege Stefan Dommermuth und Kollegin Manuela Kiefer in der neuen blauen Uniform.

Es wird etwa drei Jahre dauern, bis alle Polizistinnen und Polizisten mit der neuen Dienstkleidung ausgestattet sind. Die erste Kleiderserie geht an den Wechselschichtdienst. Dort freut man sich schon auf die neue Dienstkleidung. „Ich finde, die neuen Uniformen sehen viel besser aus, sind funktionaler und leichter zu waschen", meint Ingo Schütte von der PASt Gau-Bickelheim, auch für die GdP aufmerksamer Begleiter des Tragevesuches. *TW*

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-reisen.de
0 61 31/9 60 09 23

Mehr als 30 Kolleginnen und Kollegen aus dem Testlauf „Blaue Uniform" folgten der Einladung des HPRP nach Mainz. Der Vorsitzende Ernst Scharbach, Mitglieder des HPRP und Mitglieder anderer Personalräte wollten von den Testern wissen, welche Erfahrungen sie bisher mit den neuen Kleidungsstücken gemacht haben. Die neuen Uniformteile wurden überwiegend positiv bewertet. Besonders positiv bewertet wurde die „taktische Hülle für ballistische Pakete" (der Volksmund nennt dies Überziehschutzweste, auch wenn sie im technischen Sinne keine ist). Die Bereitschaft zum Tragen der schusssicheren Weste sei enorm gestiegen. Kritische Bemerkungen zu Tragekomfort, Qualität und Sichtbarkeit einiger Kleidungsstücke werden dem ISM vorgetragen. Auf Anregung des HPRP wird ein Institut einzelne Bekleidungsstücke bewerten. Beispielhafte Forderungen der Teilnehmer: Erkennbarkeit der Uniform verbessern, Qualität verbessern, Einsatzmütze auch für den täglichen Dienst einführen, der Rock soll nicht eingeführt werden. Vom ISM wurde bereits signalisiert, dass auch bei Einführung der neuen Uniform Lederblouson und Strickweste erhalten bleiben.

Die AG Blau wird sich in der nächsten Sitzung mit den Ergebnissen der Fragebogenaktion und den Ergebnissen der Veranstaltung befassen. *HWG*

2007

Blaue Uniform



Ernst Scharbach mit neuer Basecap

2008

GdP im Gespräch mit der Landesregierung

Polizei leistet tolle Arbeit

Dickes Lob von höchster Stelle: Sozialministerin Malu Dreyer zeigte sich im Gespräch mit der GdP sehr angetan von der professionellen und bürgernahen Sicherheits- und Präventionsarbeit der Polizei. „Die Polizistinnen und Polizisten leisten einfach tolle Arbeit", sollten wir als erste Botschaft schreiben – was wir gerne tun.

Mit der Sozialministerin und den Fachleuten ihres Ministeriums pflegt die GdP regen Kontakt, weil viele polizeiliche Themen Schnittstellen bis in dieses Res-

so

ge

friedlichen Gesundheitsförderung bis zur Gewaltprävention.

Für die Polizei wird zurzeit auf der Basis des vom Sozialministerium entwickelten „Rahmenkonzeptes für das Gesund-



V. l. n. r.: Margarethe Reiet, Ernst Scharbach, Malu Dreyer und Bernd Becker

2008

Gesundheitsgefahren weiter erforschen



GdP informiert über Partikel und Stäube aus Laserdruckern

Seit Jahren stehen Laserdruckgeräte unter Verdacht, die Gesundheit der Nutzer zu schädigen. Viele Wissenschaftler warnen vor Feinstäuben und Nanopartikel, die durch diese Geräte freigesetzt werden. In Trier diskutierten Politiker und Experten bei einem Forum der GdP über Gefahrenpotenziale und Konsequenzen.

Der Freiburger Mediziner Prof. Dr. Volker Mersch-Sundermann präsentierte seine im Auftrag des Bundesinstitutes für Risikobewertung erstellte Forschungsstudie zu Feinstäuben und Nanopartikeln aus Laserdruckgeräten und deren Gefahren für die Gesundheit. Die Ergebnisse, die auch bei Probanten der Polizei Trier gesammelt wurden, zeigen, dass zwar entsprechende Emissionen aus Laserdruckern nachweisbar sind, aber die zunächst in Verdacht stehenden Toner dafür wohl nicht ursächlich sind. Es müsse weiter geforscht werden, welche Gefahrenpotenziale von den festgestellten Stäuben und Partikeln ausgehen und ob es einen Zusammenhang mit den aufgetretenen Erkrankungen bei Beschäftigten des Präsidiums gebe.

Die GdP, die sich für mehr Schutz der Polizeibeschäftigten einsetzt, unterstützt weitere Forschungen, fordert aber davon unabhängig jetzt schon Konsequenzen für den beruflichen Alltag. So forderte GdP-Vorstand Josef Schumacher, es müsse beispielsweise für die Polizeidienststellen in einem „Drucker-Konzept" soweit wie möglich auf die Vermeidung der Schadstoffe gesetzt werden.

Neben neuen Forschungen und technischen Modifikationen schnelle Lösungen zu finden, dafür sprachen sich auch die Experten und Politiker auf dem Podium aus. Darunter waren Dr. Uwe Lahl vom Bundesumweltministerium, Ulrike Höfken, Bundestagsabgeordnete Bündnis 90/Die Grünen, Hans Joachim Stelting von der Interessengemeinschaft (ITG) Toner-Geschädigter und Randolf Stich von der Zentralstelle IT-Management beim ISM.

Von Entwarnung könne nach den Ergebnissen der Studie keine Rede sein, warnte auch Frank Richter vom GdP-Bundesvorstand. Auch er tritt dafür ein, schnell und konsequent dem präventiven Ansatz beim Betrieb von Drucker-Technik in den Dienststellen Rechnung zu tragen und die Forschung zielgerichtet fortzuführen.

Über 130 Polizeibeschäftigte sowie Gäste aus den Verwaltungen, sozialen Hilfsdiensten und Versicherungen sowie Rechtsanwälte und Filterhersteller nutzten das GdP-Forum, um sich über das brisante Thema und die Anforderungen für den Arbeitsschutz in den Dienststellen zu informieren.

2008

Personalstärke geht nach unten

GdP: Einstellungen aufstocken

Wer im politischen Geschäft zu Hause ist, der weiß um die Interpretation von Zahlen und Behauptungen. Das erlebt die Polizei in diesen Tagen, wenn es um ihre Personalstärke und die Einstellungszahlen geht. Es gibt ein Plus, wird von der Regierung signalisiert. Tatsächlich wird der Personalstand der Polizei sinken.

Die Landesregierung will 2009 und 2010 jeweils 25 Polizeianwärterinnen und -anwärter zusätzlich einstellen. Ministerpräsident Kurt Beck und seine Fachminister für Justiz und Inneres kündigten im letzten Monat diese Verbesserung in der Personalplanung der Polizei im Rahmen der Vorstellung eines Sicherheitskonzeptes der Landesregierung an. Gut so, hatte man wohl als öffentliche Reaktion erwartet. Dass es anders gekommen ist und insbesondere von Seiten der GdP heftige Kritik kommt, hat eine einfache Ursache: Auch mit den 50 zusätzlichen Ausbildungsstellen sackt die Personalstärke der Polizei bis Ende 2013 kräftig nach unten. Nur noch 9024 ausgebildete Polizistinnen und Polizisten wird es nach den Personaldaten des ISM dann noch geben. Heute sind es 9260.

Die Landesregierung sagt, sie liege im Plan. Eine Personalstärke von 9014 Polizistinnen und Polizisten habe der Landtag 2004 als Zahl für Zukunftsplanung festgelegt. Die seit 2005 erfolgten Mehreinstellungen seien Vorsorge für den stark wachsenden Einstellungsbedarf aufgrund ansteigender Ruhestandsversetzungen. Deshalb sei man zurzeit ein gutes Stück über die avisierte Personalstärke gekommen, in den kommenden Jahren pendele sich das schrittweise ein.

Dem hält die GdP entgegen, der Personalzuwachs der Polizei resultiert fast ausschließlich aus der 2004 angelaufenen Lebensarbeitszeitverlängerung und der damit verbundenen temporären Verschiebung der stark ansteigenden Personalabgänge. Zudem ist das Konzept keine Antwort auf den Personalbedarf aufgrund veränderter Sicherheitsanforderungen – Stichworte: Terrorismusgefahr oder Ausbau der polizeilichen Prävention. Zudem wird verkannt, welche Verschiebungen in den letzten Jahren in der Personalverwendung eingetreten sind. Allein aus dem Wechselschichtdienst wurden seit 2001 fast 500 Beamtinnen und Beamte herausgelöst, um andere Sachbearbeitungsaufgaben abzudecken. Hier herrscht Land unter, im Dienst rund um die Uhr in den Polizeiinspektionen waren noch nie so wenige Polizistinnen und Polizisten eingesetzt. Das „Herz des Polizeidienstes" funktioniert nur noch mit Bypässen.

Zudem drängt sich der Eindruck auf, die Zahlen für die vorzeitigen Personalabgänge und Abbrecher der FH-Ausbildung seien „klein gerechnet". Realistischer sind deutlich größere Ausfälle im Personalbestand. Wenn allerdings alle übers Jahr auftretenden vorzeitigen Personalabgänge im nächsten Jahr über Neueinstellungen kompensiert werden, kann der Punkt als abgehakt gesehen werden.

Was muss nun geschehen:

1. Für den 5. Mai 2008 sind bisher 300 Studienanfänger bei der FH der Polizei geplant. Das würde den Personalersatz aus Ruhestand und vorzeitigen Abgängen in der Prognose für 2011 in etwa decken. Was fehlt, ist der Ausgleich für Studienabbrecher. Von den im Mai 2005 eingestellten 285 Polizeianwärterinnen und -anwärtern haben inzwischen 26 die Segel gestrichen, die Zahl wird absehbar aufgrund der Prüfungsergebnisse steigen. Unsere Forderung: Kurzfristig muss die Einstellungszahl aufgestockt werden, 330 wäre der richtige Ansatz für den Studienbeginn.

2. 50 Zusatzeinstellungen in den beiden nächsten Jahren, das geht in die richtige Richtung. Aber nur, wenn die Ausgangsbasis bedeutet, wir ersetzen ansonsten alle Polizistinnen und Polizisten, die in der Vorschau bis Ende 2013 aus dem Dienst ausscheiden. Nur dann wäre gewährleistet, dass die Polizei ihren Personalstand wenigstens halten wird. Ohnehin wären 10 000 Polizistinnen und Polizisten für Rheinland-Pfalz notwendig.

Die Polizei des Landes kann einiges an Belastung einstecken. Das hat sie oft bewiesen. Aber ihr für die nächsten Jahre einen Personalabbau vorzugeben, das ist nicht zumutbar. Die GdP wird mit Blick auf die bald anlaufenden Etatberatungen mit Regierung und Parlament gerade in diesem Punkt keinem Streit aus dem Weg gehen.

TW

Personalplanung Polizei Rheinland-Pfalz

Jahr	Personalstärke Jahresbeginn	Einstellungen vor 3 Jahren	Ausfall FH	Ruhestand und sonstige Abgänge	Personalstärke Jahresende
2008	9.221	285	26	220	9.260
2009	9.260	301	30	264	9.267
2010	9.267	300	30	276	9.261
2011	9.261	300	30	312	9.219
2012	9.219	325	33	376	9.135
2013	9.135	325	33	403	9.024

Zahlen und Prognosen des ISM

2009

Thema Kommunalpolizei

GdP gegen Kommunalpolizei

Die geplante Kommunalreform mit möglicherweise weit reichenden Veränderungen im Polizeibereich – die bis zur Einführung einer Kommunalpolizei gehen könnten – war erneut Anlass für die GdP aktiv zu werden. Nach Gesprächen mit kommunalen Spitzenverbänden (Bericht in DP 10/2008 und 1/2009) trafen sich der GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach, sein Stellvertreter Bernd Becker und der GdP-Sekretär Markus Stöhr mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Ernst Scharbach stellte nochmals heraus: „Die Überwachung des fließenden Verkehrs innerhalb und außerhalb geschlossener Ortschaften muss in den Händen der staatlichen Polizei bleiben. Eine Wegnahme dieser Aufgabe führt weder zu einer Entlastung der Polizei, noch zu einer effizienteren Mittelverwendung. Im Gegenteil, es werden Synergie-Effekte verloren gehen." Laut polizeipolitischem Sprecher MdL Carsten Pörksen und dem innenpolitischen Sprecher MdL Hans Jürgen Noss stehen die geplanten Veränderungen noch keineswegs fest. Der Arbeitskreis Innen der SPD-Fraktion hält die von der GdP vorgetragene Kritik für sehr wichtig und wird sie mit Innenminister Karl Peter Bruch besprechen. Der SGK-Vorsitzende Michael Reitzel und SGK-Geschäftsführer MdL Harald Schweitzer ergänzten, dass aus ihrer Sicht Zweifel an einer Notwendigkeit und an finanziellen Anreizen zur Übernahme der Verkehrsüberwachung bestehen. Was vielen – auch GdP-Kollegen – nicht hinreichend bewusst ist, brachte Bernd Becker auf den Punkt: „Wer einen funktionierenden Wechselschichtdienst in der Fläche aufrechterhalten will, darf ihm nicht die Aufgaben wegnehmen, die er erfüllen kann, wenn die großen Einsatzlagen nicht gegeben sind. Wer eine Aufgabe verliert, verliert auch das Personal, um sie zu erfüllen." ***MS***



V. l: Markus Stöhr, Bernd Becker, Ernst Scharbach, Carsten Pörksen, Harald Schweitzer, Michael Reitzel, Hans Jürgen Noss

2009

Schichtdienstkonferenz

GdP-Konferenz auf dem Hahn

Am 2. März trafen sich rund 180 Kolleginnen und Kollegen mit den GdP-Organisatoren und Experten im Tagungszentrum der Landespolizeischule, um mit Impulsreferaten aus arbeitsmedizinischer und ökotrophologischer Sicht, Bestandsaufnahmen, Workshops Thesen zu erarbeiten und mit Innenminister Karl Peter Bruch zu diskutieren.

Die GdP legt zu der Konferenz eine Broschüre auf, in der die Ergebnisse im Detail nachlesbar sein werden. Hier als Auszug für die Deutsche Polizei einige Schlaglichter:

Ernährung und Schichtarbeit

Einzelne Bestandteile der Lebensmittel können schichtdienstspezifischen Beschwerden entgegenwirken. Beispielsweise helfen Proteine und Ballaststoffe in den Zwischenmahlzeiten gegen Ermüdung – das Vermeiden von Koffein und Zigaretten vermindert Einschlafstörungen – ausreichend Wasser wirkt gegen chronische Erschöpfung. Andererseits kann die Anpassung der Mahlzeiteneinnahme an die Arbeitszeiten Appetitstörungen sowie Magen- und Darmbeschwerden vorbeugen und gleichzeitig eine die Leistungsfähigkeit steigernde bzw. die Ermüdung reduzierende Wirkung erreichen.

Die Frequenz und die Dauer sind abhängig von Alter und Funktion, etwa der Arbeit im Wechselschichtdienst.

Wir wollen das Argument nicht mehr hören, dass das Beihilferecht Vorsorgekuren nicht zulässt. Wir reden nicht über Luxus, sondern über eine Notwendigkeit für Beschäftigte UND Arbeitgeber. Aus arbeitsmedizinischer Sicht sind **35 Wochenstunden** bei Schichtarbeit sachgerecht.



Begrüßung durch Ernst Scharbach. Im Podium (v. l.) Anna Gabler, Referentin zum Thema Ernährung, und Frank Brenscheidt von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

2010

AMOK

Fachtagung der GdP

Workshop 1: Leaking



Es gab großes Interesse an den vertiefenden Ausführungen von Rebecca Bondü, die weltweit alle bekannt werdenden Schoolshootings, auch solche, die nur versucht oder angedacht wurden, auswertet. Berichterstatter (BE) Rudolf Blahnik von der GEW: „Informationsaustausch und Bewertung müssen institutionalisiert werden".

Workshop 2: Sichere Schulen



BE Tina Horn von der GdP hatte die Aufgabe, das geballte Wissen von Elmar May und Franz-Josef Brandt (Polizei), Peter Klein (Bildungsmin.) und Uwe Hacker (Unfallkasse) zu moderieren und zusammenzufassen: „Die Vorarbeit auf Landesebene gibt viel her und sollte vor Ort von jeder Schule und jeder Polizeidienststelle genutzt werden".

Workshop 3: Gelungene Kooperation



BE Henning Caspari, GEW, zeigte gemeinsam mit Kay Baumgarten und Jan Herzog von der Realschule Plus in Sohren/B. und dem Jugend-SB der PI Simmern, Fredy Hetzel, wie die Praxis funktioniert: „Die Polizei ist nicht nur bei besonderen Anlässen an der Schule, sie erscheint auch ohne Anlass und steht als Ansprechpartner zur Verfügung".

Workshop 4: Die Opfersicht



Hardy Schober, Opfervater aus Winnenden, Karl Heinz Weber vom Weißen Ring und Peter Steuer vom Verein „Trauernde Eltern" verdeutlichten unter Moderation von Gerald Gouasé, GdP, die Opferperspektive. Gouasé: „Das waren für Lehrer und Polizisten prägende Eindrücke, die unsere Wahrnehmung veränderten".

Workshop 5: Waffenverfügbarkeit



Moderator Bernd Becker benennt eines der Ergebnisse: „Die Frage, ob eine Schusswaffe zur Verfügung steht, ist in der finalen Phase, unabhängig vom sonstigen Ursachen-Kanon, entscheidend für Tatentschluss und Tatverlauf".

Workshop 6: Medienkonsum



Hans-Uwe Daumann von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation stellte die Zusammenhänge zwischen gewalthaltigen Medien und tatsächlicher Gewalt dar und das Angebot der LMK vor. BE Elmar Ihlenfeld: „Die Vermittlung von Medienkompetenz ist fächerübergreifende Aufgabe von Schule".

Workshop 7: Hilfsangebote



Achim Aschenbach und Oliver Appel vom IfB Speyer sowie Prof. Knut Latscha von der Fachhochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen informierten über Hilfsangebote für Beschäftigte, von der Krisenintervention bis zur Langzeitbetreuung. BE war Peter Heisig von der GEW.

Workshop 8: „RAP"



BE Michael Tietz, GEW, zeigte sich mit den Teilnehmern angetan von der durch Dr. Schallert von der Uni Mainz propagierten Herangehensweise. Die Überschrift „Respekt als Antwort und Prinzip" („RAP") lässt erahnen, dass es darum geht, nicht für oder gegen Jugendliche zu arbeiten, sondern mit ihnen.

2010

21. Delegiertentag

an der Landespolizeischule auf dem Hahn



Lebensarbeitszeit wird korrigiert

- Kurt Beck zu Gast
- Finanzkrise und Polizei
- Ernst Scharbach wiedergewählt
- Über 80 Anträge bearbeitet

131 Delegierte, 60 Gastdelegierte, Ehrengäste und eine hohe Zahl von Gästen aus den Behörden und Einrichtungen der Polizei sowie aus Regierung und Parlament erlebten und gestalteten an der Landespolizeischule einen GdP-Delegiertentag 2010, der es in sich hatte.

2010

Nachruf

Wir trauern um Hermann-Josef (Jöbi) Barz

Mit großer Betroffenheit mussten wir Abschied nehmen von unserem Jöbi Barz, einem verlässlichen Kollegen, einem guten Freund und einem liebenswerten Menschen. Nur zwei Tage vor seinem 61. Geburtstag erlag er den Folgen seiner kurzen aber schweren Erkrankung. Wir sind fassungslos und unendlich traurig. Jöbi hat über Jahrzehnte in seiner GdP wertvolle Arbeit zum Wohle der Mitglieder und der Polizeibeschäftigten geleistet.

1968 trat Jöbi in den rheinland-pfälzischen Polizeidienst ein und wurde kurz darauf Mitglied der GdP.

Nachdem er zunächst aktiv in der GdP-Jugendorganisation mitarbeitete, übernahm er Verantwortung als Vorsitzender der Kreisgruppe Bad Neuenahr-Ahrweiler und der Bezirksgruppe Koblenz.

Als stellvertretender Landesvorsitzender prägte er bis zum Ausscheiden 2006 lange Jahre die Arbeit der GdP mit und stellte die Weichen für eine gute Nachwuchsarbeit. Sabrina Kunz, die heutige Bundesjugendvorsitzende, spricht von ihrem „Ziehvater", der sie mit seinen Argumenten für Gewerkschaftsarbeit überzeugt habe.

Seine Tatkraft, sein menschlicher Umgang und sein unermüdliches Streiten für die Kolleginnen und Kollegen zeichneten ihn aus. Als Vollblut-Gewerkschafter engagierte Jöbi sich in der Personalratsarbeit auf örtlicher Ebene bei der KV Ahrweiler, im Bezirkspersonalrat Koblenz und von 1993 bis zu seiner Freistellung in die Altersteilzeit im Oktober 2007 im Gesamtpersonalrat des PP Koblenz, zunächst als stellvertretender Vorsitzender und nach dem plötzlichen Tod seines Mitstreiters Burkhard Kaiser als Vorsitzender.

Im Hauptpersonalrat der Polizei fungierte er als Vorstandsmitglied von 1993 bis Mai 2005.

Er erwarb sich auf allen Ebenen – im Innenministerium, bei der Behördenleitung des PP Koblenz und der Kollegenschaft – eine hohe Anerkennung aufgrund seiner realistischen Sichtweise und seiner sachorientierten Arbeit.



Jöbi war ein streitbarer Personalvertreter, aber immer mit Ziel und Augenmaß

Als langjähriger Geschäftsführer leitete er die Geschicke des Polizeisozialwerkes der GdP Rheinland-Pfalz. Die GdP hat mit Jöbi einen großen Mitstreiter und einen guten Freund verloren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und sein Lieblingsspruch

„Schwenk die Höt"

wird uns auch zukünftig oft über die Lippen kommen und uns an ihn erinnern.

2011

60-jähriges GdP-Jubiläum



60 Jahre und kein bisschen leise

Die Gewerkschaft der Polizei in Rheinland-Pfalz feiert ihren 60. Geburtstag und (fast) alle feiern mit!

Gründerväter, Geehrte, Funktionäre und Gäste beim „Familienfoto" auf der Bühne des großen Saales im Soldatenheim Horchheimer Höhe zu Koblenz.



Joachim Mertes



Ernst Scharbach / Roger Lewentz

Wie die anwesenden Gründungsmitglieder berichteten, fand man sich am 3. Januar 1951 in der Gaststätte Fuchs in Wissen a. d. Sieg zusammen, wo auf einem von Kollege Herbert Klein entworfenen Gründungspapier die Kreisgruppe Altenkirchen gegründet und Oberwachtmeister Heinz Wittkowski zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Damit wurde unsere heutige GdP Rheinland-Pfalz aus der Taufe gehoben.

So bot es sich an, auch das Jubiläum in Koblenz stattfinden zu lassen, am Standort des Präsidiums, in dem die Keimzelle der GdP Rheinland-Pfalz entstand.

Der gut gefüllte große Saal des Soldatenheims auf der Horchheimer Höhe bot einen festlichen Rahmen, um 60 Jahre Gewerkschaft der Polizei im Landesbezirk Rheinland-Pfalz Revue passieren zu lassen. „Ein besonderes Ereignis und ein Grund zum Feiern", so die Worte von **Helmut Knerr**, der im Namen des Landesvorstandes die zahlreichen Gäste begrüßte.

Alle Gäste hier zu nennen, würde wohl den redaktionellen Rahmen sprengen, doch nicht unerwähnt sollten – stellvertretend für alle Anwesenden – der Präsident des rheinland-pfälzischen Landtages, **Joachim Mertes**, die Mitglieder des Landtages, **Michael Hüttner** (SPD), **Katharina Raue** (Bündnis 90/Grüne) und **Matthias Lammert** (CDU) sein, ebenso wie Innenminister **Roger Lewentz** (ISIM) und sein Vorgänger **Karl-Peter Bruch**, der nur ein „I" in seinem Ministerium führen durfte.

Aus dem aktiven Polizeibereich konnte Helmut Knerr den Leiter der Polizeiabteilung, **Joachim Laux**, sowie zahlreiche Referatsleiter aus der Polizeiabteilung begrüßen. Die Leiter der Behörden und Einrichtungen der rheinland-pfälzischen Polizei waren ausnahmslos der Einladung der GdP gefolgt; ihnen galt ein herzliches willkommen.

Aus den Reihen der GdP freute sich Koll. Knerr, einen der beiden Ehrenvorsitzenden, **Helmut Conradt,** begrüßen zu dürfen, dem zweiten Ehrenvorsitzenden **Hermann Lutz** war es leider nicht möglich, an der Feier teilzunehmen, denn er hatte es nicht geschafft, den Hochzeitstermin seiner Tochter zu verlegen.

Dafür konnten alle **Ehrenmitglieder** der GdP begrüßt werden, die ebenfalls in hohem Maße an der äußerst positiven gewerkschaftlichen Entwicklung der GdP in Rheinland-Pfalz beteiligt waren!

Fortsetzung und Impressionen von der Feier auf den Seiten 5 bis 7

2012

1. Bachelor graduiert

Steiniger Weg und konstruktive Unterstützung



„Herzlichen Glückwunsch! Sie haben eine tolle Leistung gezeigt!" Minister Roger Lewentz zeigte sich bei der Graduierung der ersten Absolventen/-innen sichtlich bewegt und beeindruckt. Er sprach allen Beteiligten in der Fachhochschule seinen ausdrücklichen Dank aus, besonders den Dozenten/-innen und Mitarbeitern/-innen der Verwaltung, die die Umstellung vom Diplom- auf den Bachelor-Studiengang meisterhaft erarbeitet haben. Die Doppelbelastung während des Parallelbetriebs von Diplom und Bachelor forderten von allen Beteiligten viel, sehr viel ab. Lewentz hob den 30. Geburtstag der FH und den Umzug vom Asterstein zum Hahn hervor. „Auf die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn dürfen wir in Rheinland-Pfalz stolz sein!"

Koll. **Klaus-Jörg Weidmann,** Leiter des Fachbereichs Polizei, stellte den Studiengang vor: Er startete am 4. Mai 2009 mit 181 Studierenden. Es galt, inklusive der Thesis, 14 Module zu bewältigen. 64 Studierende nahmen an Auslandsaufenthalten teil; 34 gestalteten eine internationale Programmwoche auf dem Hahn. Insgesamt beendeten 159 Kolleginnen und Kollegen ihre Ausbildung. Weidmann dankte den Studierenden speziell des ersten Bachelor für ihre aktive und konstruktive Unterstützung in der Umstellungsphase. Die Evaluationen der Module seien sehr hilfreich gewesen. Der Schnitt der Ergebnisse lag bei 9,6 Punkten. Mit 13,38 Punkten schloss Koll. **Daniel Kwade** (PP MZ) als Lehrgangsbester ab.

Über den Preis des „Freundeskreises der Polizeischule" überreicht von der Vorsitzenden Kollegin **Birgit Bay,** konnte sich der Lehrgangssprecher **Murat Weber** freuen. Kollege Weber wurde vom Studiengang mit riesigem Applaus und stehenden Ovationen verabschiedet. Kollege Weber: „Ein langer, harter, steiniger Weg liegt hinter uns."

Abgeschlossen wurde der offizielle Teil der Feier mit einem filmischen Beitrag über die Lehrgruppen, deren musikalische Umrahmung von Kollegin **Marie Carolin Blum** komponiert wurde. **Paul Mohr, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe:** *„Die GdP wünscht den Absolventen viel Glück auf ihrem weiteren beruflichen und privaten Lebensweg!"*



Der Lehrgangsbeste Daniel Kwade mit (v. l.) HPRP-Vorsitzender Ernst Scharbach, Schulleiter Klaus-Jürg Weidmann, Minister Roger Lewentz und Polizeiabteilungsleiter Joachim Laux



Der Studiengangssprecher Murat Weber erhält nach seiner Ansprache stehende Ovationen.

Fotos: LPS/Referat 34

Der Mann im Hintergrund: Friedel Durben



Die Fragen an Friedel Durben (links), der im Referat 346 des Innenministeriums für die Polizeiausbildung Verantwortung trägt, stellte Ernst Scharbach. In Durbens Büro im ISIM sind die Verläufe der Bachelor-Studiengänge stets als „Wandzeitung" präsent.

Foto: Red.

2012

Kennzeichnungspflicht

HPR Polizei lehnt ab



Was haben die Comic-Panzerknacker und die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei sowie der Mobilen Eingreifgruppen gemeinsam? Richtig, die individuelle Nummerierung zur Erleichterung der Strafverfolgung.

Das durch die Kennzeichnungspflicht zum Ausdruck gebrachte Misstrauen gegenüber der rheinland-pfälzischen Polizei ist wohl nur mit solchem Galgenhumor zu ertragen.

Der Hauptpersonalrat Polizei hat in seiner November-Sitzung jedenfalls die Einführung der Kennzeichnungspflicht abgelehnt und verzichtet nicht auf die Einigungsstelle.

Helmut Knerr: „Das wird man uns schon erklären müssen, warum das so wichtig ist, dass es sogar in den Koalitionsvertrag geschrieben werden musste."

3600 in Mainz beeindrucken die Politik











Am 4. März haben 3600 Landesbeschäftigte – Tarifbeschäftigte und Beamte – auf den Mainzer Straßen und vor dem Landtag gezeigt, was sie davon halten, dass die Tarifgemeinschaft der Länder immer noch kein akzeptables Angebot vorgelegt hatte. Zahlreiche Beamte protestierten gegen das verfassungswidrige Besoldungsdikatat von 5x1%. Bei Drucklegung wurde bekannt: 5,6% bei Laufzeit zwei Jahre. Das ist ein Super-Ergebnis. Wir danken allen, die geholfen haben.

2013

Tarifrunde

2014

Ein Jahr „RUNDER TISCH“

Durchwachsene Bilanz und offene Fragen

Von Ernst Scharbach, Landesvorsitzender der GdP

Vor genau einem Jahr unterzeichneten Hendrik Hering (SPD), Daniel Köbler (Grüne), Roger Lewentz (Innenminister), Dietmar Muscheid (DGB) und ich die Abschlusserklärung zum sogenannten runden Tisch. In den Gesprächen war es den Gewerkschaften gelungen, die massiven Probleme der Polizei in den Fokus der Politik zu rücken. Eine vorläufige Bilanz:



Die Unterzeichnung der am runden Tisch entstandenen Vereinbarung war ein wichtiger Schritt, ist aber nicht die Lösung aller Polizeiprobleme: Daniel Köbler, Ernst Scharbach, Roger Lewentz, Dietmar Muscheid, Hendrik Hering (v. l.)

Personalstärke

Der Haushaltsgesetzgeber, in diesem Fall also die Fraktionen von SPD und Grünen, hat Wort gehalten. Die Einstellungszahlen, die im Koalitionsvertrag des Jahres 2011 bei 300 pro Jahr festgelegt waren, wurden auf 400 erhöht. Wir hatten großen Wert darauf gelegt, dass vor der Zahl 400 ein „mindestens“ steht. Auch dieses Versprechen wurde umgesetzt. Bei jedem Einstellungstermin werden die aus der FH Ausgeschiedenen 1 zu 1 ersetzt. 2013 konnten insgesamt 440 Kolleginnen und Kollegen neu eingestellt werden.

Dem Engagement der GdP haben es 140 junge Menschen zusätzlich zu verdanken, dass sie nun bei der Polizei sind!

ABER: Die 2013 Eingestellten werden erst 2016 im Polizeidienst ankommen. Bis dahin nimmt das Schicksal seinen Lauf. Die Personalstärke wird um weitere ca. 230 Polizistinnen und Polizisten sinken. Und auch die erhöhten Einstellungen werden nur dafür sorgen, dass der Personalstand nicht noch weiter absinkt. 2016 ist das Jahr mit den höchsten Pensionierungszahlen.

Tarifbeschäftigtenprogramm

Wenn es auch bis zum Ende des Jahres 2013 gedauert hat: Minister Roger Lewentz hat Wort gehalten und die Besetzung aller **40 zusätzlichen Tarifstellen** freigegeben. Die Auswahl der zu besetzenden Stellen und die möglichen Eingruppierungen fanden in enger Absprache mit dem Hauptpersonalrat statt, zuvorderst mit Kollegin Margarethe Reiel.

Dem Engagement der GdP haben es 40 Menschen zu verdanken, dass sie bei der Polizei eine Arbeitsstelle finden werden!

Überstunden

Die Neuregelung der Überstunden geht auf den Wunsch des Arbeitgebers zurück. Inzwischen liegt den Behörden, Einrichtungen und dem Hauptpersonalrat ein Entwurf vor. Die ca. 1,7 Mio. Überstunden sollen auf einem eigenen Konto eingefroren werden. Der Arbeitgeber verzichtet mit dieser Vereinbarung auf die Einrede der Verjährung der Mehrarbeit, die drei Jahre nach dem Entstehen der Überstunden – so die Rechtslage – verfallen würde.

Der spannende Teil kommt danach: Künftig soll die dreijährige Verjährungsfrist für alle anfallende Mehrarbeit gelten!

Das Ministerium sieht die Polizistinnen und Polizisten in der Pflicht, für den zeitnahen Abbau der Mehrarbeit zu sorgen – der Hauptpersonalrat sieht das Ministerium und die Vorgesetzten in der Pflicht, Mehrarbeit nur noch im Rahmen des absolut Nötigen anzuordnen. Wer allerdings an dieser „Baustelle“ das Kind mit dem Bade ausschüttet, läuft Gefahr, die Polizei und ihre bewährte Arbeitsweise grundlegend zu entstellen.

- Mehrarbeit entsteht ihrem Charakter nach in dem Moment ihrer Anordnung, nicht erst, wenn dadurch die Wochenarbeitszeit überschritten wird.
- Vor Ort dürften selbstständig nur noch unabweisbar notwendige Überstunden angeordnet werden.
- Vor Ort müssten die Vorgesetzten darauf achten, dass möglichst keine Mehrarbeit entsteht. Sofern das Stundenkontingent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgereizt ist, müssen sie bei Personalanforderungen aus höherer Ebene melden: Kein Personal mehr verfügbar!
- Vorgesetzte Stellen und am Ende das Ministerium müssen akzeptieren, dass nur Personal verplant werden kann, wenn keine Mehrarbeit anfällt. Der Abbau angeordneter Mehrarbeit darf nicht anschließend zum Zusammenbruch des Regeldienstes führen!
- Die Ziele müssten (endlich) den zur Verfügung stehenden Mann- und Fraustunden angepasst werden. Eigentlich gibt es nur noch ein Ziel: Gewährleistung einer ausreichenden Stärke im Regeldienst – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger genauso wie im Eigensicherungsinteresse der Kolleginnen und Kollegen.
- Aufgaben und Ziele müssten konsequent mit Stundenanteilen versehen werden, Nachwuchswerbung und Praktikantenbetreuung zum Beispiel.

Fortsetzung auf Seite 2

Wir sind unsere Zukunft

Bewusst wählte der Landesjugendvorstand im Januar das Tagungszentrum der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Polizei am Standort Hahn als Veranstaltungsort für die 11. Landesjugendkonferenz der GdP Rheinland-Pfalz.



Der neue Vorstand ist gewählt und stellt sich auf zum „Familienfoto“: **hinten v. l.: James C. (Westpfalz), Christopher W. (stellv. Vorsitzender), Pascal R. (Koblenz), Oliver R. (LPS), Christoph H. (Mainz); Mitte v. l.: Tina H. (Westpfalz), Michael Flis (Vorsitzender/Mainz), Janina L. (stellv. Vorsitzende), Osman A. (LPS), Annika W. (Mainz); vorne v. l.: Alexander H. (stellv. Vorsitzender), Milena W. (Westpfalz), Jana B. (BePo). Wegen dienstlicher Tätigkeiten waren verhindert: Timo B. (Koblenz), Laurin S. (Mainz) und Joshua K. (Rheinpfalz); die stellv. Vorsitzende Isabel Sorg vom PP Rheinpfalz ist in Elternzeit.**

Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99

2014

11. Landesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE

Gut aufgestellt für gute Arbeit: Ernst Scharbach dankt für Vertrauen und Bestätigung



Das Who's who der rheinland-pfälzischen GdP (v. l. n. r.): Peter Kretz, Julia Rüdel, Udo Fremgen, Heinz Werner Gabler, Achim Recktenwald, Tina Horn, Sabrina Kunz, Dieter Engemann, Ernst Scharbach, Ingo Schütte, Margarethe Reiet, Bernd Becker, Verena Horn, René Klemmer, Michael Flis, Werner Hilmer, Erwin Hoffmann, Roland Grenner, Peter Busch, Gerhard Jung, Uwe Kaßler, Holger Mönicke, Robert Dörflinger

2014

22. Delegiertentag an der Landespolizeischule auf dem Hahn

2015

Rheinland-Pfalz hat jetzt eine

Hochschule der Polizei

Wir sind Hochschule

Am 1. 2. 2015 tritt das neue Fachhochschulgesetz für Rheinland-Pfalz in Kraft. Dort heißt es in § 2, dass im Geschäftsbereich des für die Polizei zuständigen Ministeriums eine „Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz" eingerichtet ist.

Ein wirklich schöner Erfolg jahrelanger Bemühungen der GdP.

GdP-Chef **Ernst Scharbach**: „Damit erhalten Qualität und Quantität unserer Bildungseinrichtung die Anerkennung, die sie verdient haben". Die GdP gratuliert Schulleiter **Friedel Durben** und allen Kolleginnen und Kollegen der Hochschule, die – jede und jeder an seinem Platz – zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Scharbach: „Das ist Ansporn für die weitere Entwicklung: Professorierung, Promotion und Masterstudiengang sind einige Stichworte.



Staatsminister Lewentz erteilt Friedel Durben den Auftrag, die künftige Hochschule der Polizei zu leiten. Für Frau Durben gab es Blumen. *Foto: LPS*

2015

Tarifverhandlungen

5000 in Mainz fordern verdiente Wertschätzung!
Finger weg von der Altersversorgung!
1:1-Übernahme für Beamte!

Über 5000 Kolleginnen und Kollegen aus dem rheinland-pfälzischen Landesdienst – unterstützt durch Kolleginnen und Kollegen aus dem Saarland – haben am 12. März ein Zeichen für ihre berechtigten Forderungen gesetzt. Am 16. März startete die dritte Verhandlungsrunde. Bei Redaktionsschluss lag noch kein Arbeitgeberangebot vor.





Die Warnstreik-Demo am 12. März geriet zu einer mächtigen Demonstration der Geschlossenheit.



2015

Wechsel an der Polizeispitze

Jürgen Schmitt folgt Werner Blatt

Jürgen Schmitt folgt auf Werner Blatt als ldP

„O Herr, vergib ihnen, dass heute so viel gelogen wurde. Und: O Herr, vergib mir, dass ich es so gerne gehört habe."

Mit diesen ironischen Worten fasste der scheidende Inspekteur Werner Blatt eine inhaltlich und kulturell gelungene Abschiedsveranstaltung zusammen.

Aber wenn Innenminister Roger Lewentz sagte: „Werner Blatt hat weithin sichtbare Spuren in der Polizeilandschaft unseres Landes hinterlassen. Kaum ein anderer verkörperte den Polizist mit Leib und Seele so authentisch wie der langjährige Inspekteur Blatt", dann hat er sicher nicht gelogen. Lewentz dankte dem 63-jährigen Kollegen Blatt für 47 Polizeijahre und zuletzt 15 Jahre im Amt des Inspekteurs der Polizei.

Neben dem Vorsitzenden der „UA FEK", Knut Lindenau, Polizeipräsident Wolfgang Fromm für die Leiter der Behörden und Einrichtungen und Polizeipfarrer Dr. Martin Schulz-Rauch nahm auch der Hauptpersonalratsvorsitzende Ernst Scharbach die Gelegenheit wahr, die Zusammenarbeit mit Werner Blatt zu resümieren: „Meistens waren wir hinterher beide schlauer, wenn wir mal die Köpfe zusammengesteckt hatten". Ernst Scharbach dankte nicht nur für das Zusammenwirken von Inspekteur und Hauptpersonalrat, sondern würdigte auch die langjährigen Leistungen des Gewerkschafters Werner Blatt, als jüngsten der drei Brüder von der „Blatterie", die an der GdP-Geschichte mitgeschrieben haben.



Zufriedene Männer (v. l. n. r.): Der scheidende Inspekteur Werner Blatt, der frühere Innenminister Karl Peter Bruch, Inspekteur der Polizei Jürgen Schmitt und Innenminister Roger Lewentz



GdP-Chef Ernst Scharbach überreicht an den scheidenden Inspekteur ein eigens gebundenes Buch mit Erinnerungen an Werner Blatts Aktivitäten in der GdP. Blatt war u. a. Landesvorsitzender der JUNGEN GRUPPE und Vorsitzender des Fachausschusses Schutzpolizei.

2016

Legislatur 2016 - 2021

10 000 VZÄ?!

Bei Redaktionsschluss für diese Ausgabe haben die Koalitionsverhandlungen gerade begonnen. Zwei Wochen waren angesetzt, um zu einem Drei-Parteien-Plan für die Legislatur 2016 bis 2021 zu kommen.

Die GdP hat die Gespräche mit ihrer Kampagne „Wir brauchen Verstärkung" öffentlich begleitet und ansonsten alle verfügbaren Gesprächskanäle für eine fundierte Politikberatung genutzt.

10 000 Polizistinnen und Polizisten als Zielstärke für die rheinland-pfälzische Polizei anzuvisieren, ist unser zentrales Ziel. Es gibt keinen Bereich in der Polizei, der nicht unter der Belastung ächzt. Selbstredend geht es aber auch um die Finanzierung eines technischen Innovationszyklusses und die sozialen Bedingungen der Polizeibeschäftigten.

Spannend. Wir werden berichten.

GdP-KAMPAGNE „WIR BRAUCHEN VERSTÄRKUNG"



In Trier beginnend – wir berichteten in der Aprilausgabe – hat die GdP ihre Kampagne zur Personalverstärkung in das ganze Land getragen: Idar-Oberstein, Bitburg, Mainz, Bad Kreuznach, Worms, Kaiserslautern, Ludwigshafen waren weitere Stationen. Überall stießen die GdP-Aktivisten auf ein hohes Maß an Verständnis und Unterstützung durch interessierte BürgerInnen und Bürger. Unser Bild zeigt die Aktion der GdP-Bezirksgruppe Koblenz in der Koblenzer Fußgängerzone. Bei Redaktionsschluss waren weitere Aktionen geplant. Auf den Seite 2 und 3 dieser Ausgabe zeigen wir einen kleinen Ausschnitt des Presse-Echos.

2016

GdP – Fachausschuss Kriminalpolizei bei der LKA-Führung

Attraktivität der Kriminalpolizei sichern



Die Kriminalpolizei muss auch in Zukunft wirkungsvoll und effizient Kriminalität bekämpfen. Hoch motiviertes Personal ist dafür die Grundvoraussetzung. Wie das Landeskriminalamt einen Beitrag zur Attrkativität der Arbeit in der Kriminalpolizei leisten kann, war eines der Themen eines Gesprächs zwischen LKA-Chef Johannes Kunz (Mitte) und den GdP-Vertretern Ernst Scharbach und Bernd Becker *Foto: LKA*

In einem Flugblatt vom 14. April 2016 beschreibt der Fachausschuss Kriminalpolizei in realistischen Worten die Lage der Kriminalpolizei und leitet daraus sieben Denkanstöße ab, die wir hier noch einmal in Kurzfassung vorlegen. Wichtig ist dem Fachausschuss dabei die Feststellung, dass es immer um eine gemeinsame Fortentwicklung geht. „Die Polizei ächzt in allen Bereichen unter der Belastung."

2016

GdP - International

Gedenken an der Somme: Nie wieder Krieg!

Das Gedenken an nahezu eine Million getötete Menschen bei der Schlacht an der Somme von Juli bis November 1916 hat eine GdP-Gruppe auf die ehemaligen Schlachtfelder im Norden Frankreichs geführt. Die Reise galt ebenso der Pflege der Partnerschaft zwischen der Gemeinde Maurepas an der Somme und dem rheinhessischen Erbes-Büdesheim sowie der Anbahnung einer „Gemeinde-Jumelage" zwischen dem pfälzischen Mannweiler-Cölln und Fricourt.



Mit 44.830 Soldaten ist der Friedhof von Neuville die größte Ruhestätte für deutsche Soldaten.

Alle Fotos: Weingärtner



Abertausende französische Gräber an der Gedenkstätte Notre Dame de Lorette. Und über 600.000 Namen von getöteten Soldaten aller Nationen, eingraviert im Bogen der Erinnerung.



Der von der GdP niedergelegte Kranz sowie die Präsenz rheinland-pfälzischer Polizei bei der Gedenkveranstaltung in Fricourt stießen bei der Politik, beim Volksbund und bei den französischen Teilnehmern auf sehr positive Resonanz. Wegen des sehr seltenen Anblicks ein Foto von Ernst Scharbach (Mitte) sowie seinen Vertretern Heinz Werner Gabler (re.) und Bernd Becker (li.) in ungewohnter Kleidung.

Gedenkveranstaltungen

1. 7. 2016: Teilnahme an der Gedenkveranstaltung am Lochnagar bei Boiselle, dem größten Sprengtrichter des Ersten Weltkrieges. Hier begann am 1. 7. 1916 um 7.28 Uhr mit einer Minensprengung die Schlacht an der Somme. Bereits am ersten Tag hatten die Briten und ihre Alliierten 6.000 Getötete, Verletzte und Vermisste, insgesamt sollten es bis November über 400.000 werden.

1. 7. 2016, 17 Uhr: Teilnahme und Mitgestaltung der Gedenkveranstaltung auf dem deutschen Friedhof in Fricourt. Vor Ort Bundespräsident a. D. Horst Köhler.

2. 7. 2016, 15 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof der Partnergemeinde Maurepas – gemeinsam mit Gemeinde- und Partnerschaftsvertretern.

2017

70 Jahre Polizei Rheinland-Pfalz



15 000 Bürgerinnen und Bürger besuchten „ihre Polizei“ auf Ehrenbreitstein

Das große HdP-Foto zeigt die antretenden Studierenden, umringt von ihren Angehörigen. Unten: Ein Teil des strahlenden GdP-Teams; ganz unten: Minister Lewentz am GdP-Stand Fotos: GdP

Nach dem offiziellen Festakt am Abend zuvor, präsentierte sich am Sonntag, dem 28. Mai 2017, die Polizei Rheinland-Pfalz auf dem Gelände der Festung Ehrenbreit-stein.

2018

Der Hauptpersonalrat Polizei hat eine neue Vorsitzende

Sabrina Kunz ist neue Vorsitzende

In der turnusmäßigen Sitzung des Hauptpersonalrates am 3. Juli stand ganz unscheinbar als letzter Punkt „Neuwahlen" auf der Tagesordnung.

Ernst Scharbach, der Ende November die Lebensarbeitszeitgrenze von 64 Jahren erreicht, legte sein Amt als Vorsitzender nieder und schlug dem Gremium vor, Sabrina Kunz als seine Nachfolgerin zu wählen.

Dies fand dann ebenso statt wie die Wahl von Ernst Scharbach als „Vorstandsmitglied".

Die Redaktion DP wünscht der neuen Vorsitzenden alles Gute im neuen Amt. Sie wird dort noch einige Zeit durch Margarethe Relet, Heinz Werner Gabler und Bernd Becker mit Rat und Tat unterstützt. Aber auch für diese Personalien zeichnen sich Nachfolgeregelungen bereits ab.



Generationenwechsel nach Plan:

Sabrina Kunz wurde am 3. Juli zur neuen Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Polizei beim Ministerium des Innern und für Sport gewählt. Ernst Scharbach bleibt bis zu seiner Pensionierung im Herbst Vorstandsmitglied.

2018

Neue Landesjugendvorsitzende

JUNGE GRUPPE (GdP) RHEINLAND-PFALZ

Wechsel an der Spitze: Otto folgt auf Flis

Der Landesjugendvorstand hat am 2. 7. 2018 Jennifer Otto zur neuen Vorsitzenden der JUNGEN GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz gewählt. Sie folgt damit auf Michael Flis, der dieses Ehrenamt 4 1/2 Jahre bekleidet hat.



Harmonischer Übergang *Foto: JG*

Michael Flis bedankte sich in der Sitzung bei dem gesamten Landesjugendvorstand für die Unterstützung in den letzten Jahren und freut sich, dass er auch weiterhin ein Teil davon sein kann. Erst im April ist er zum stellvertretenden Bundesjugendvorsitzenden der JUNGEN GRUPPE (GdP) gewählt worden und geht auch dienstlich neue Wege.

Jennifer Otto dankte Michael für seine Arbeit und fügte an: „Es ist nicht selbstverständlich, in seiner Freizeit eine solche Funktion auszuüben. Erst recht nicht, wenn man sich parallel dienstlich auf neue, anspruchsvolle Wege begibt."

Jenni freut sich nun gemeinsam mit ihrem motivierten Team auf die neue Aufgabe als Landesjugendvorsitzende.

2019

Fachausschüsse der GdP

Fundamente der GdP-Arbeit

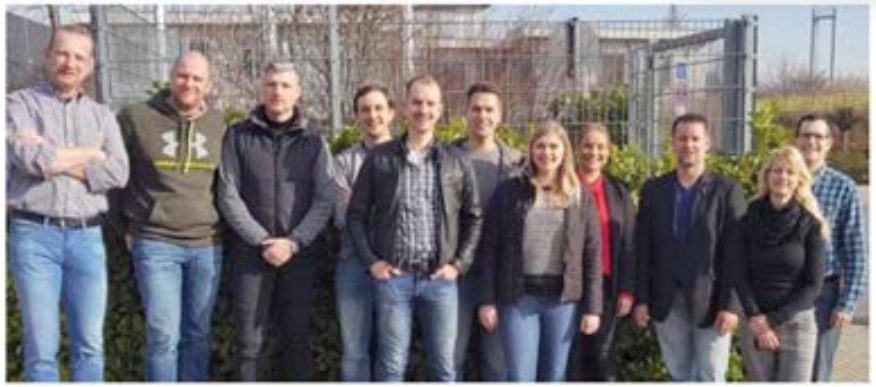


Der Fachausschuss Technik (v. l. n. r.): Robert Dörflinger, Alfried Culdon, André Kaiser, Ingo Schütte, Axel Gräff, Jannik Rohr, Markus Brandmaier, Erik Döhn, Elmar Walter, Rüdiger Billmayer, (vorne in der Hocke): Roberto De Filippo, Heiko Fauß, Achim Franzen Alle Fotos: NKS

Die Gremien der Landes-GdP werden fachlich unterstützt durch die Fachausschüsse Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Technik, Beamte/ Besoldung, Tarif und Gesundheit/ Arbeitsschutz.



Der Fachausschuss Beamtenrecht und Besoldung (v. l. n. r.): Heinz Werner Gabler, Udo Linden, Steffi Loth, Christian (Erwin) Lingemann, Mario Bogner, Benedikt Holtz, Corinna Schorn, Daniel Wiedemann, Viktor Heydock, Annika Wiese, Marco Christen, Lydia Ril, Katrin Henrichs



Der Fachausschuss Schutzpolizei (v. l. n. r.): Jörg Neuerburg, Thomas Fischer, Peter Hütt, Peter Resch, Timo Becker, Pascal Rowald, Janina Laddach, Stefanie Grün, Ingo Schütte, Corinna Koch, Raphael Schäfer, Ingo Schütte verantwortet im gLV die Fachausschüsse Schutzpolizei und Technik.



Der Fachausschuss „K" (v. l. n. r.): Manuel Kly, Jörg Weinbrenner, Christian Mühler, Markus Hentschel, Erik Lehnert, Werner Comes, Frank Wimmel, Dietrich Gödker, Gerald Gouasé, Jennifer Otto, Daniel Wiedemann, Christiane Schäfer, Sven Hummel, Franco Sicuranza, Bernd Becker

2019

1. Mai

Ein starkes Signal für die Einheitsgewerkschaft

Am 1. Mai zeigten die Gewerkschaften im wahrsten Sinne des Wortes Flagge. Auch die GdP. Die Landesvorsitzende Sabrina Kunz war bei der zentralen Kundgebung in Koblenz die Hauptrednerin. Bernd Becker – ehrenamtlicher DGB-Kreisvorsitzender in Altenkirchen – hielt die Eröffnungsrede im Kulturwerk Wissen und die GdP-BG Westpfalz zeigte bei der Kundgebung in Kaiserslautern starke Präsenz.





Die Bezirksgruppe Westpfalz an ihrem Info-Stand bei der Kundgebung in Kaiserslautern (links). Sabrina Kunz (rechts) war bei ihrer Mairede in Koblenz leidenschaftlich bei der Sache. Bernd Becker (unten) eröffnete im Kulturwerk Wissen eine gut besuchte Maiveranstaltung mit dem Hauptredner Pfarrer Franz Meurer aus Köln. Fotos: Hilmer, Otto, Becker



„Wir sind Gewerkschafter in der Einheitsgewerkschaft DGB aus Überzeugung. Wir sind stark durch unsere Werte. Wir stehen für Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit und Würde. Wir füllen diese Werte nicht nur mit Leben, nein – wir leben diese Werte mit Herz und Verstand. Diese Werte sind die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und in Europa." Mit diesen Worten startete Sabrina Kunz ihre Mai-Rede in Koblenz.

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

GdP-Frauengruppe erfolgreich



Freuen sich: Roger Lewentz und Sabrina Kunz bei der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. *Foto: Mdl-Pressestelle*

Viel Herzblut, Engagement und Arbeit der Frauengruppe in der GdP steckt in diesem „Projekt". Innenminister Roger Lewentz und die Hauptpersonalratsvorsitzende Sabrina Kunz haben jetzt die „Rahmendienstvereinbarung über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf" unterzeichnet.

Dazu die GdP-Frauengruppe:

Die Polizei hat mit ihren Rund-um-die-Uhr-Arbeitsbereichen unumstritten ganz besondere Herausforderungen zu bewältigen. Daher sind wir als GdP ganz besonders stolz auf die Rahmendienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege in der Polizei Rheinland-Pfalz.

Der Begriff ist eher sperrig, die Maßnahmen aber ganz konkret und von praktischer Bedeutung. In der Vereinbarung tauchen Begriffe auf wie Telearbeit, Führen in Teilzeit und Planbarkeit von Arbeitszeiten.

Familienfreundliche Personalpolitik

Ziel der Dienstvereinbarung ist, die familienfreundliche Personalpolitik fortzuführen, die Rahmenbedingungen zu verbessern und das Familienbewusstsein weiter auszubauen. Sie gilt für alle Beschäftigten der rheinland-pfälzischen Polizei.

„Wie überall haben die Führungskräfte eine besondere Rolle, denn sie sind Vorbild und, Leitfigur für die Dienststellen und wie dort die Vereinbarkeit gelebt wird", erklärt die stellvertretende Landesfrauenvorsitzende Barbara Huwer. „Die Vorgesetzten haben auch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass z. B. Teilzeitkräfte nicht benachteiligt werden", ergänzt Sybille Sutter, ebenfalls Vizevorsitzende der überaus aktiven Frauengruppe in der GdP Rheinland-Pfalz. Sie bringt es abschließend auf einen Nenner:

„Die Rahmendienstvereinbarung ist zentrale Grundlage für ein familienfreundliches Arbeitsumfeld in der rheinland-pfälzischen Polizei."

2019

GdP-Erfolg

2019

Nachruf

NACHRUF FÜR HEINZ BLATT

Christ, Gewerkschafter, Lehrender, Mensch

Die Nachricht vom Tod von Heinz Blatt hat uns in der GdP – weit über die Landesgrenzen hinaus – schmerzlich getroffen.



Heinz Blatt

* 21. 9. 1934

† 24. 9. 2019

Wir haben nicht nur ein Ehrenmitglied verloren, sondern auch einen Polizisten und Menschen mit Leib und Seele. Wir sprechen der Familie unser herzlichstes Beileid aus. Und wünschen die Kraft, die es braucht, den Schmerz des Abschieds zu überwinden.

61 Jahre in der GdP

61 Jahre GdP-Mitgliedschaft, 48 Jahre aktive Gewerkschaftsarbeit und viele andere Ehrenämter mehr haben dazu geführt, dass Heinz Generationen von Polizistinnen und Polizisten geprägt und Polizeikultur gestaltet hat. Er hat das immer als Gesicht der GdP getan.

Kreisgruppenvorsitzender, Landesjugendleiter, stellvertretender Landesvorsitzender, Mitglied im Bundesvorstand, Mitglied verschiedener Ausschüsse auf Bundesebene, Mitglied im Landesbezirksvorstand des DGB, Vorsitzender des Landesbezirksbeamtenausschusses im DGB, Mitbegründer und dann auch Vorsitzender der Landesseniorengruppe, Mitglied im Bundesseniorenvorstand und später Bundesseniorenvorsitzender.

All diese Funktionen hat Heinz aus Überzeugung für die GdP und ihre Werte und Haltungen ausgeübt und mit Leben gefüllt. Er wurde Mitglied, obwohl es damals dienstlich nicht erlaubt war, weil er mit der militärischen Ausbildung durch ehemalige Nazioffiziere und deren Ausbildungsmethoden nicht einverstanden war. Mit seinem Eintritt in die GdP wollte er – zusammen mit der GdP – Veränderungen erreichen. Sein Ziel war eine demokratisch verfasste Polizei in unserem demokratischen Rechtsstaat.

Pionier der Seniorenarbeit

Sein Engagement in der Seniorengruppe war durch sein Menschsein motiviert: *„Der Mensch verliert seinen Wert nicht dadurch, dass er am Berufsleben nicht mehr teilnimmt."*

„Demografie als Chance verstehen und Solidarität zwischen den Generationen."

Das waren die Gedanken, die Heinz auf seine unnachahmliche Art seiner GdP mit auf den Weg gegeben hat und die uns weiter leiten werden. Wir haben alle viel von ihm gelernt und er hat in unzähligen Fällen direkt oder mittelbar über die GdP-Personalräte hilfreich zur Seite gestanden.

Wir werden ihn in liebender Erinnerung bewahren.

Sabrina Kunz,
Landesvorsitzende

Klare Kante gegen Rechtsextremismus: DEMOKRATIE und POLIZEI – Wir brauchen einander!



Nicht nur die beiden Referenten, auch die Podiumsteilnehmer warteten mit Botschaften und klaren Haltungen auf. Von rechts nach links: Moderatorin Steffi Loth, Referent Albrecht von Lucke, Verfassungsgerichtspräsident Dr. Lars Brocker, Vorsitzende Sabrina Kunz, Inspekteur Jürgen Schmitt, DGB-Vorsitzender Dietmar Muscheid, Referent Dr. Dirk Götting, Moderator Bernd Becker *Alle Fotos: Jennifer Otto*

NSU-Versäumnisse, rechtsextreme Chats und Mails in Frankfurt, Verstrickungen mit Combat 18 in Mecklenburg-Vorpommern und, und, und. In den Medien wird derzeit die Frage thematisiert, ob und in welchem Maße die Polizei besonders affin für rechtsextremes Gedankengut ist. Der Landesvorstand der GdP hat mit einer Gedenk- und Diskussionsveranstaltung im ehemaligen KZ Osthofen bei Worms ein klares Zeichen für Demokratie und Rechtsstaat gesetzt.

2019

Gegen Rechtsextremismus

2020

Polizeiverwaltung

An dem Symposium nahmen Tarifbeschäftigte, Verwaltungsbeamte*Innen, aber auch Kriminal-/Polizeibeamte*Innen, die reine Verwaltungstätigkeiten wahrnehmen, aus allen Bundesländern teil und bewerteten dieses Event als wichtig, aber auch längst überfällig.

In drei Arbeitsgruppen fand ein reger und intensiver Austausch untereinander über alle bewegenden Themen statt und man stellte nicht überraschend fest, dass vielfache Übereinstimmungen erkannt werden konnten, z. B. bei der häufig mangelnden Akzeptanz und Wertschätzung, aber auch der mangelnde Kenntnis über Tätigkeitsfelder und deren Bearbeitung. Fragen wie, warum braucht das PV-Referat 1, 2, 3, 4 oder 5 die angeforderten Informationen oder Unterlagen, warum dauert das ggf. so lange? Kam jedem/jeder bekannt vor. Ein Blick über die Schulter eines/r Sachbearbeiter*in wäre hilfreich; es entstand die Idee von Kurzhospitationen im Bereich der Verwaltung.

Sehr kritisch beleuchtet wurde das Feld des Personalstands und die Beförderungssituation. Die dringende und mehr als erforderliche Einstellungsentwicklung für den Polizeidienst und der hierdurch größer werdende Personalkörper muss zukünftig ja auch administrativ betreut werden. Das muss denknotwendig zu einer angepassten Personalverstärkung im Verwaltungsdienst durch Beamte*Innen/Tarifbeschäftigte führen. Nicht einverstanden sein kann man mit den begrenzten Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die oft vorherrschen. Da muss eine Ausweitung der Fortbildungsqualifizierungen nach A 10 und A 11 LBesG her sowie die Aufhebung der Deckelung der A9Z–Ernennungen (2. EA) LBesG, damit es in dem Bereich der Verwaltung auch aufwärts geht. ▮



Verwaltung trägt bei zur sehr guten Polizeiarbeit

Vom 28. bis 29.November 2019 fand in Berlin das 1. Symposium der Polizeiverwaltung statt. Elmar Moreth von der Bezirksgruppe Trier, Beisitzer Polizeiverwaltung, nahm für die rheinland-pfälzische GdP teil.



2021

70 Jahre GdP

Helmut Conradt, ein Glücksfall für unsere GdP!

Unser Kollege Helmut Conradt ist kurz vor seinem 77. Geburtstag am 17. Januar 2021 von uns gegangen.



Helmut Conradt

Viele Meilensteine auf dem Weg zu einer modernen, zivilen Bürgerpolizei tragen seinen Namen. Über 30 Jahre aktive Gewerkschaftsarbeit, von 1970 bis 2002 im Landesvorstand, seit 1990 als Landesvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied. Auf allen Ebenen der Personalvertretung zeigte sich sein erfolgreiches Wirken. Er hat sich prägend für die Vertretung aller Beschäftigten im Polizeidienst eingebracht. Die aktive Mitarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund war ihm ein Herzensanliegen.

Bereits 1969 als Kreisgruppenvorsitzender bei der Bereitschaftspolizei in Wittlich-Wengerohr setzte sich Helmut kritisch mit den noch immer halbmilitärischen Ausbildungsmethoden offen und hörbar auseinander.

Alle Reformprozesse auf dem Weg zu einer vom Bürger geschätzten, zivilen Polizei hat er konstruktiv begleitet. Weg von Befehl und Gehorsam, Abbau hierarchischer Strukturen und mehr Eigenverantwortung waren seine Forderungen.

Auch der soziale Aspekt in der Berufsausübung war ein Schwerpunkt seines Handelns: Der Schichtdienst muss so gestaltet sein, dass er nicht ausschließlich auf Kosten der Gesundheit geht. In der Folge ist es ihm gelungen, die 5. Dienstgruppe im Wechselschichtdienst durchzusetzen. Den in den 80er-Jahren begonnenen Weg zu einer besseren Bewertung des Polizeidienstes hat Helmut fortgeführt und erfolgreich durch Ausdauer und Verhandlungsgeschick zum Abschluss gebracht. Das ist ein großer Erfolg mit einer gesellschaftlichen Dimension. Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn ging in Erfüllung. Dafür sind wir alle dankbar.

1992/93 engagierte Helmut sich als Hauptpersonalrat im zweiten großen Reformwerk der SPD/FDP-Landesregierung für die grundlegende Modernisierung der Polizeiorganisation.

Der Mensch Helmut Conradt war ein ruhender Pol in unserer gemeinsamen Arbeit. Seine nachhaltige Verfolgung gemeinsamer Ziele, die Fähigkeit, sich mit Gegenargumenten auseinanderzusetzen, haben den Umgang im Team geprägt.

Er war ein Gewinn für die Gewerkschaft der Polizei und wird in der Geschichte unserer Organisation einen festen Platz haben.

Für seine herausragenden Verdienste und seinen Einsatz für die gesellschaftliche Anerkennung des Polizeiberufs zeichnete ihn Bundespräsident Johannes Rau mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland aus. Er wurde überreicht von Innenminister Walter Zuber.



Wir als seine Wegbegleiter über Jahrzehnte trauern mit der Familie und werden sein Andenken in herzlicher Verbundenheit bewahren.

Um es mit Helmuts Worten zu sagen: „Wir stehen auf deinen Schultern."

Hermann Lutz,
Ernst Scharbach,
Thomas Will

2021

Nachruf

#100für100 auch in Rheinland-Pfalz

Nach dem bundesweiten Auftakt der Kampagne #100für100 – 100% Einsatz verdienen 100% Einsatz in Berlin Ende April haben wir die Kampagne natürlich auch nach Rheinland-Pfalz gebracht.
Denn auch hier muss klar sein, dass die Kolleginnen und Kollegen 100-prozentigen Rückhalt und Wertschätzung verdienen.



Übergabe des Forderungspapiers durch die Landesvorsitzende Sabrina Kunz an die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz Malu Dreyer

2021

GdP-Forderungspapier an Malu Dreyer übergeben

Aktuelle Lage im Ahrtal ist extrem

Eric: Zunächst einmal möchte ich die am häufigsten gestellte Frage vorab beantworten: **FLIR** steht für **F**orward **l**ooking **I**nfra**r**ed.

FLIR-Operatoren/-innen sind bei der rheinland-pfälzischen Polizei Tarifbeschäftigte. Sie sitzen hinten im Polizeihubschrauber und bedienen von dort aus den PTA (den polizeitaktischen Arbeitsplatz), also die Tageslicht- und Wärmebildkameras mit all ihrem Zubehör. Wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel bei Fahndungen, Verkehrsüberwachungsmaßnahmen, der Suche nach vermissten Personen, Observationsmaßnahmen etc. Neben den beiden Polizeibeamten/-innen (Pilot/in und Flugtechniker/-in), ist der/die FLIR-Operator/-in das dritte Besatzungsmitglied des Polizeihubschraubers. Aktuell gibt es in RLP sechs Operatoren/-innen.

DP: Beschreibe bitte deine Tätigkeit in drei Worten:
Eric: Mein absoluter Traumjob!!

DP: Welche Eigenschaften/Fähigkeiten sollte man als FLIR-Operator unbedingt mitbringen?
Eric: Man sollte keine Flugangst haben, das ist mal am wichtigsten. Weiterhin muss man sich auch während des Fluges mit verschiedenen Bewegungen des Hubschraubers auf seine Bildschirme und seine Arbeit konzentrieren können. Englisch-, Mathematik-, Physik- und natürlich gute Deutschkenntnisse sind ebenfalls notwendig. Man muss ein sehr guter Teamplayer sein, denn das ist gerade im fliegerischen Bereich unabdingbar. Eine Berufsausbildung in einem technischen Beruf ist ebenso Voraussetzung wie auch die Bereitschaft zur ständigen Aus- und Fortbildung. Die Bereitschaft zur Teilnahme am Schichtdienst (Tag- und Nachtdienste, Dienste an Wochenenden und Feiertagen oder auch mal mehrtägige Einsätze) ist ebenfalls eine Grundvoraussetzung.

DP: Warum bist du zur Polizei gegangen?
Eric: Als ich die Stellenausschreibung gelesen habe, war ich natürlich sehr, sehr neugierig. Wann bekommt man denn bitte schön mal die Chance, im Polizeihubschrauber mitfliegen zu dürfen? Die Stellenbeschreibung in der Anzeige klang mehr als interessant und ich wollte diese Stelle auf jeden Fall haben. Zusätzlich ist sie ja noch im öffentlichen Dienst, was solch sicherheitsbedachten Menschen wie mir auch nicht ganz unwichtig ist. Außerdem interessiere ich mich schon länger für die Polizeiarbeit (ich war vier Jahr lang Feldjäger bei der Bundeswehr, also bei der Militärpolizei) und so habe ich die Möglichkeit, daran teilzuhaben und mitzuwirken.



Eric Betzing vor dem Eurocopter (EC 135).

DP: Welches berufliche Ereignis bleibt dir in Erinnerung?
Eric: Puh, da gibt es ganz, ganz viele Ereignisse. Immer wieder ein sehr tolles Gefühl ist es, wenn man vermisste Personen findet und diese somit aus einer für sie sehr schlimmen und oftmals hoffnungslosen Lage befreit. Die aktuelle Lage im Ahrtal ist natürlich besonders herausragend gewesen und ist es noch. Auch wenn man den Kolleginnen und Kollegen am Boden bei ihrer Arbeit helfen kann, ist das ein tolles Gefühl. Aber auch bei der Öffentlichkeitsarbeit gibt es sehr viele und nette Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, die sich für meine Arbeit interessieren und viele Fragen stellen.
Wenn man nach dem Dienst nach Hause fährt und weiß, dass man heute vielleicht sogar wieder ein Menschenleben gerettet hat, das ist ein unbeschreiblich tolles und erfüllendes Gefühl. Diese Ereignisse bleiben mir persönlich alle in Erinnerung und machen diesen Job zu meinem persönlichen Traumberuf.



Eric Betzing an seinem Arbeitsplatz im Polizeihubschrauber.

2021

Neue Technik (Wärmebildkamera) wird bei der Flutkatastrophe im Ahrtal von der Hubschrauberstaffel eingesetzt

2022

TRAUER



DOPPELMORD AN EINER KOLLEGIN UND EINEM KOLLEGEN DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ

Realer Alptraum

Am frühen Morgen des 31. Januar 2022 kam es zu einer Schussabgabe im Rahmen einer Verkehrskontrolle durch zwei Angehörige des WSD der Polizeiinspektion Kusel in der Pfalz. Das war die Erstinformation und als uns diese Nachricht erreichte, war auch schon klar, dass sowohl die Kollegin als auch der Kollege verstorben sind.

Schock. Bestürzung. Leere.

Die Fahndungsmaßnahmen des Polizeipräsidiums Westpfalz liefen auf Hochtouren, am frühen Abend konnten ein Tatverdächtiger und eine weitere männliche Person festgenommen werden.

Erleichterung, wenigstens sind sie festgesetzt.

Die Anteilnahme von Kolleginnen und Kollegen aus Rheinland-Pfalz und dem gesamten Bundesgebiet aber auch Beileidsbekundungen von anderen Gewerkschaften auch aus dem europäischen Ausland, gesellschaftlichen Institutionen und der Politik sowie von Bürgerinnen und Bürgern erreichten uns und treffen noch immer ein beim Schreiben dieser Zeilen. Sie alle bringen die beiden nicht zurück, zeigen aber die große Verbundenheit in und zur Polizei.

Unser tief empfundenes Mitleid gilt den Angehörigen, Freunden und Kolleginnen und Kollegen von Yasmin und Alexander, die viel zu früh von uns gegangen sind.



Gedenkkundgebung in Mainz

Unter dem Motto „in den Farben getrennt, aber in der Sache vereint" sind am 4. April in Mainz Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland zu dem Gedenkaufzug mit Kundgebung zusammengekommen, um für die Demokratie und den Rechtsstaat einzutreten. Eingeladen hatte die GdP zusammen mit der DPolG und dem Bund deutscher Kriminalbeamter Rheinland-Pfalz und etwa 1.000 Menschen haben hier gedacht.

Polizistin oder Polizist – das ist kein Job, das ist unser aller Berufung!

HISTORIE

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

2023

KRIPO-FORUM

Wie sieht die Zukunft der Kriminalitätsbekämpfung aus? Was brauchen wir, um eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung zu gestalten? Zu diesen Fragen hatte die GdP nach Mainz zu einem Fachaustausch eingeladen.

Sabrina Kunz verdeutlichte zu Beginn der gut besuchten Veranstaltung die Bedeutung der Kriminalitätsbekämpfung für die Polizei, aber auch für die Menschen, die dort arbeiten. Bereits in einem Kommentar „Die Kriminalpolizei am Limit" in der Augustausgabe 2021 der DP hatte sie zum Ausdruck gebracht, dass „die Menschen in der Organisation auf dem Zahnfleisch laufen". Seitdem gab es nicht nur im Rahmen von GAP K und der dazugehörigen Befragung und den Workshops viele Hinweise, wie sich die Belastungen darstellen können und worin die Ursachen liegen. Auch die GdP hatte mit eigenen Workshops unter der Leitung von Sven Hummel auf den Zahn gefühlt.

Ursachen

Eine massive Überalterung auf der einen und eine deutliche Verjüngung auf der anderen Seite sowie eine heterogene Personalentwicklung in den Behörden und Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung sind Gründe, die in der Personalstruktur liegen. Die Zunahme von Straftaten in der virtuellen Welt und derer mit Tatort im Ausland werden derzeit in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht abgebildet.

Als prominenter Gast und erstmalig bei einer GdP-Veranstaltung wohnte Innenminister Michael Ebling der Veranstaltung zeitweise bei und versicherte in seinem Grußwort, dass es klar sei, dass die Landesregierung dafür zuständig sei, die Rahmenbedingungen stabil zu halten, sie auch attraktiv zu gestalten und an geeigneter Stelle attraktiv zu halten.

„Digitalisierung ist Fluch und Segen"

Ebenfalls einen Fokus auf die Internationalisierung und Digitalisierung legte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Kriminalitätsbekämpfung und Leiter des LKA Rheinland-Pfalz, Johannes Kunz, der zudem von einer Flut an Massenkriminalität spricht. Hier erhofft er sich von zentralen Ansätzen den notwendigen Raum für die effektivere Bekämpfung von Kriminalität. All diese Punkte waren ursächlich für die Initiierung einer Arbeitsgruppe und führte zur Gründung der AG Kriminalitätsbekämpfung.

Diese Flut an Vorgängen beschreibt auch die stellvertretende Leiterin des BKA, Martina Link. Sie spricht von einer dramatischen Zunahme von Delik-



Beim fachlichen Austausch auf dem Podium: Johannes Kunz, Jörg Wilhelm (verdeckt), Friedel Durben, Dr. Jürgen Brauer, Martin Graßhoff, Michael Pachmajer, Martina Link, Claudia Ries und Sven Hummel, eingerahmt von den beiden Moderatorinnen Jennifer Otto und Steffi Loth.

2023

Alles Gute im Ruhestand lieber Jürgen!

Jürgen Schmitt wurde 1973 bei der Polizei eingestellt und hat damit bei seinem Abschied fast ein halbes Jahrhundert Dienst verrichtet und viele Jahre davon die Polizei stark geprägt.

Den polizeilichen Auftrag immer im Blick, aber die Menschen nie aus den Augen verlierend hat er zahlreiche Projekte vorangetrieben. Familienstreitigkeiten wurden zu Gewalt in engen sozialen Beziehungen und waren nicht mehr „Privatsache", die Bindung der Polizei an Recht und Gesetz wurden zu einem Markenkern der Polizei, der Bürgerpolizei. Die Herausforderungen blieben bis zuletzt, Corona, Montagsspaziergänge, Rassismusvorwürfe im Jahr 2020, die Amokfahrt in Trier, der Mord an dem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein, die Flutkatastrophe im Bereich Trier und dem Ahrtal und der brutale Mord an Yasmin und Alexander. Außerdem stand er dem UA FEK drei Jahre vor und organisierte die konzeptionelle Arbeit aller Bundesländer und des Bundes.

In der GdP war Jürgen Schmitt Vorsitzender des Fachausschusses Schutzpolizei und hat später am Programm 2026 mitgeschrieben. Solidarität war ihm immer wichtig.

Wir verabschieden ihn deshalb voller Anerkennung seines außerordentlichen Engagements für die rheinland-pfälzische Polizei in seinen sehr wohlverdienten Ruhestand mit dem Wunsch, ein weiteres halbes Jahrhundert Versorgungsempfänger zu sein. **Steffi Loth**



Sabrina Kunz bedankt sich bei Jürgen Schmitt.

Inspekteur Jürgen Schmitt in den Ruhestand verabschiedet

2024

Verabschiedung

Danke Sabrina! Alles Gute für dich!!!

Bei der Sitzung des Landesbeirates, dem höchsten Gremium nach dem Landesdelegiertentag, legte unsere Landesvorsitzende Sabrina Kunz ihr Amt nieder. Aus gesundheitlichen und privaten Gründen, wie sie schon zuvor in einem Mitgliederbrief ganz offen erklärte. Damit verlässt sie nach fünfeinhalb Jahren dieses Amt an der Spitze der GdP Rheinland-Pfalz und nach insgesamt gut 22 Jahren in verschiedenen gewerkschaftlichen Funktionen.

Zu besetzen waren damit zwei Positionen, die ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende Steffi Loth wurde einstimmig zur Vorsitzenden gewählt. Und in das Team kommt die 41-jährige Westpfälzerin Aline Raber.

Zum offiziellen Teil kamen am Nachmittag Mitglieder aus den Fraktionen bzw. die Polizeisprecher aller Parteien der Regierung und Opposition, mit denen die GdP zusammenarbeitet. Alle Behördenleitungen waren vertreten sowie die Bürger- und Polizeibeauftragte Barbara Schleicher-Rothmund. Michael Ebling sprach Sabrina Kunz in seinem Grußwort seine Anerkennung für ihr jahrelanges Engagement aus und betonte die Bedeutung der Gewerkschaften für die Gesellschaft insgesamt.



Ein Hoch auf dich, Sabrina!

Sabrina ließ die vergangenen Jahre Revue passieren, bedankte sich bei allen, die die GdP unterstützt haben. Im Anschluss forderte Steffi Loth Verbesserungen bei der Attraktivität und ein Sondervermögen „Innere Sicherheit". Eine anstehende Aufgabe der nächsten Wochen werde sein, die Höhe eines solchen Sondervermögens gut zu kalkulieren und mit Nachdruck in die politische Debatte zu bringen. ▮



Mit der Schultüte kann es an die (Hoch-)Schule gehen.



Margarethe Relet überbringt den innigen Dank der Seniorengruppe.





Kollege und Weggefährte Franz Orten ließ es sich ebenfalls nicht nehmen, persönlich zu gratulieren.



Von der Dienststelle überbringt nn Glückwünsche.



Die neue Kreisgruppenvorsitzende Sandra Schneider (KG Neuwied-Altenkirchen) überbringt die allerliebsten Geburtstagswünsche.

Geburtstag Karl Moll

Die Gewerkschaft der Polizei gratuliert Karl Moll ganz herzlich zum 100. Geburtstag!! Karl Moll wurde am 17. Oktober 1924 geboren und ist das letzte noch lebende Gründungsmitglied der GdP!

Mit einer kleinen Delegation bestehend aus Margarethe Relet für die Landesseniorengruppe, Sandra Schneider für die Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen und Steffi Loth überbrachten wir die allerbesten Wünsche. Und der Rittersaal des Hotels in Kirchen war sehr gut gefüllt mit all den Gratulanten. Die einzige noch lebende Schwester von Karl war da, aber auch die Kinder, Enkelkinder und ein Urenkel. Aber auch ganz viele Bekannte und Vertreter der zahlreichen Vereine, in denen Karl Mitglied ist. Auch die PI Betzdorf war vertreten durch den Chef Markus Franke und Sandra Langenbach.

Rückblick

Die GdP wurde im Kreis Altenkirchen im Januar 1951 um den Kollegen und späteren Landesvorsitzenden Heinz Wittkowski gegründet. Karl war bei diesen Anfängen unmittelbar dabei. Was forderte die Berufsvertretung damals alles so? Bessere Besoldung, daran hat sich bis heute nichts geändert, denn nach dem Krieg musste man feststellen, dass die Preise schnell anstiegen im Nachkriegsdeutschland.

Zur Laufbahn bei der Polizei lässt sich Folgendes sagen: Karl ist 1946 aus der Kriegsgefangenschaft gekommen und die Franzosen haben Grenzpolizisten gesucht. Seine Schwester hat ihn dazu gedrängt, sich zu bewerben, und siehe da, es hat geklappt. Ohne jede Ausbildung wurde er an der Grenze zwischen französischer und englischer Zone eingesetzt. Später wurden die Bundesländer gebildet, es fand die Währungsreform statt und die Bundesländer wurden gebildet, die Aufgabe wurde überflüssig. Die Gendarmerie wurde gegründet. Dann kam der Fachlehrgang I in Bad Ems und er kam zum PP Koblenz, die Stationen waren Daaden, Elkenroth, Mudersbach, dann das Gendarmerie-Kommando Betzdorf. Dann der Aufstieg, er hat



Margarethe Relet (stehend) und Steffi Loth für den Landesbezirk gratulieren Karl Moll herzlichst.

den Fachlehrgang II schon als Lebensälterer absolviert, die GdP hatte es möglich gemacht, und es folgte die Ernennung zum Kommissar, später Dienst beim Kriminalkommissariat Betzdorf und dann die Übernahme der Leitungsfunktion nach Walter Hess.

Wir danken dir für 75 Jahre treue GdP-Mitgliedschaft, unterstützen und zusammenstehen, das braucht eine starke und lebendige Gewerkschaft. **Glück auf und Glückwunsch!**

2024

Gründungsmitglied wird 100 Jahre

ALINE RABER – KANDIDATIN BEAMTE FÜR DEN HAUPTPERSONALRAT

Geübt im Umgang auch mit schwierigen Situationen



Sie hat Durchsetzungsvermögen sowie ein hohes Maß an Ausdauer und Durchhaltekraft. Starke Nerven und ein enger Draht zur Mannschaft zeichnen sie dabei ebenso aus, wie ihre Begeisterungsfähigkeit für ihren Beruf. Diese Gründe allein reichen bereits aus, der 42-Jährigen das Vertrauen zu schenken. Doch **Aline Raber** ist zugleich auch zuverlässig und verantwortungsbewusst. Zielstrebig kämpft sie sich als stellvertretende Landesvorsitzende der GdP durch das Beamtenrecht und setzt sich gewissenhaft und mit viel Herzblut für mehr Beförderungsmöglichkeiten ein.

Dienstlich kommt die Kriminalbeamtin aus dem Kriminaldauerdienst in Kaiserslautern, war dort zuletzt Dienstgruppenleiterin. In über 20 Jahren Berufserfahrung hat sie zahlreiche Stationen durchlaufen und das nicht nur bei der Kriminalpolizei. Nach ihrer Ausbildung wurde sie in der Bereitschaftspolizei Enkenbach-Alsenborn eingesetzt, bevor sie schließlich zum LKA abgeordnet wurde. Danach kehrte sie in ihr Einstellungspräsidium Westpfalz zurück und wurde dort zur PD Pirmasens in den WSD versetzt. Ihre Zeit in der Kripo verbrachte sie u.a. im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Die vergangenen vier Jahre leitete sie den ÖPR PP in der Westpfalz und lernte dort u. a. Verhandlungs- sowie diplomatisches Geschick.

Eine nahbare Macherin

„Ich möchte an meiner Geduld arbeiten, da mir viele Dinge oft nicht schnell genug gehen. Zudem habe ich gelernt, dass nicht immer alles perfekt sein muss. Ich setze mich dafür ein, bestehende Probleme zeitnah zu lösen und gebe nicht auf, bis ich eine Lösung gefunden habe“, so die Frühaufsteherin.

Wenn sich Kolleginnen und Kollegen gut beraten und in ihren Anliegen unterstützt fühlen, motiviert sie das besonders.

Mit großer Vorfreude und Elan kandidiert sie für den Hauptpersonalrat. Sie ist lernwillig und begeisterungsfähig, hat auch kreative Ideen, um zum Ziel zu kommen, und bringt sich permanent ein. **„Bessere Arbeits- und Ausstattungsbedingungen für die Beschäftigten zu erzielen, das motiviert mich für eine Kandidatur“**, so die gebürtige Saarländerin.

Mit Sinn und Verstand nach vorne gehen

In ihrer Arbeit bleibt sie ruhig, folgt häufig der Logik und verlässt sich nicht nur auf das Bauchgefühl. Geordnet und mit System geht sie die Dinge an, um stets den Überblick zu wahren und sich nicht zu verzetteln.

Privat ist sie glücklich liiert und findet ihre Ruhe am besten bei Sonne und Meer. Ihre Begeisterung für Sport treibt sie an und sie strebt danach, Beruf, Privatleben und Bewegung in Einklang zu bringen. Je nach Tagesform wählt sie ein intensives Workout, eine Laufstrecke oder eine entspannte Wanderung, um neue Energie zu tanken.

Hat sie denn auch Schwächen? Manchmal sei sie etwas zu direkt, meint sie. Damit lässt sich gut leben. Für das Vorstandsteam im Hauptpersonalrat wäre sie genau die Richtige! ▮

2025

Personalratswahlen



2025

WECHSEL AN DER SPITZE DER GdP RHEINLAND-PFALZ

Vielen Dank, Steffi! Herzlich willkommen, Aline!

Am 20. Mai 2025 traf sich der Landesbeirat der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Rheinland-Pfalz in Gensingen, dem höchsten Gremium nach dem Landesdelegiertentag. Ein zentrales Thema der Sitzung war der Wechsel an der Spitze der GdP: Steffi Loth, die bisherige Landesvorsitzende, legte nach anderthalb Jahren im Amt planmäßig ihre Funktion nieder.

Für **Steffi Loth** stand von Anfang an fest, dass sie im Juni 2025 zurück an die Basis als Polizistin möchte. Mit ihrem Abschied verlässt uns eine starke Stimme, die ihr Amt mit Verlässlichkeit, Klarheit und unermüdlichem Einsatz für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen getragen hat.

Ihre Nachfolgerin, **Aline Raber**, war zuvor als stellvertretende Landesvorsitzende aktiv und übernimmt nun den Vorsitz der GdP. **Pascal Rowald** wird ihre bisherige Position übernehmen. Beide wurden einstimmig gewählt und blicken mit frischen Ideen und viel Engagement in die Zukunft der Gewerkschaft. Auch der Schriftführer wurde neu gewählt: **Peter Hütt** trat aus persönlichen Gründen zurück und **Stefan Engel** wird nun seine Funktion ausüben. Auch er wurde einstimmig gewählt und vervollständigt somit den geschäftsführenden Landesvorstand. In kommenden Ausgaben der DP werden sich Pascal und Stefan noch persönlich vorstellen.

In dem offiziellen Teil der Veranstaltung waren auch Gäste aus den



Da waren sich alle einig: Alle drei Wahlgänge erfolgten einstimmig!

Neue Landesvorsitzende der GdP



Die neue Landesvorsitzende Aline Raber (links) dankt Steffi Loth für ihr jahrelanges Engagement.

2025

Landesseniorenkonferenz

Seniorengruppe stellt die Weichen auf Zukunft



Auch die Staatsministerin Dörte Schall hatte sich den Dank und das Weinpräsent aus der Hand des neuen Vorsitzenden redlich verdient.

39 Delegierte waren eingeladen und sind dem Ruf des Vorstands gefolgt, um den neuen Vorstand zu wählen und wichtige Beiträge für die Arbeit der kommenden Jahre zu leisten.

Beeindruckender Bericht 2021–2025

Es war an der scheidenden Vorsitzenden Margarethe Relet, den Bericht über die Arbeit der zurückliegenden vier Jahre zu erstatten.



Professor Stefan Sell pflegt seit vielen Jahren ein gutes Verhältnis zur rheinland-pfälzischen Polizei und zur GdP. Er bezeichnet die Polizei gelegentlich als „Frühwarnsystem" für Fehlentwicklungen in der Gesellschaft.

Die Highlights der vielfältigen Aktivitäten waren zweifelsfrei die großangelegte und erfolgreiche Umfrage Ü55 Plus, sowie der digitale Gesundheitswegweiser „Für die geselligen Termine, wie Wanderungen, Besichtigungen, Kaffeeklatsch oder auch Parlamentsbesuche sind die regionalen Seniorengruppen (rSG) hauptsächlich zuständig", erklärte Relet, die den Vorsitz 2023 kommissarisch übernommen hatte, als der Vorsitzende Josef Schumacher aus gesundheitlichen Gründen kürzertreten musste. Jahr für Jahr, so Relet weiter, bietet die Seniorengruppe vier Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand" und „Ruhestand im Wandel der Zeit" an. Nicht nur dafür sagte Relet ein dickes Dankeschön. Das dickste Danke ging an Josef Schumacher für dessen Aufbauarbeit und Prägung der Seniorengruppe.

Markus Scheid ist neuer Landesvorsitzender

In seiner Vorstellung betonte Markus Scheid: „Ich habe der GdP so viel zu verdanken, dass es mir ein großes Anliegen ist, etwas zurückzugeben und mich weiterhin für die Belange der Mitglieder einzusetzen." **Das ist der neue Vorstand:**

- Vorsitzender: Markus Scheid
- Stv. Vorsitzende: Margarethe Relet (Vorsitzende rSG Koblenz)
- Stv. Vorsitzender: Heinz Werner Gabler
- Schriftführer: Gerd-Uwe Jacob (Vorsitzender rSG Rheinpfalz)
- 2. Schriftführer: Reinhold Michels (Vorsitzender rSG Trier)
- Besitzer Öffentlichkeitsarbeit: Bernd Becker

Die Vorsitzenden der rSG Mainz, Trier und Westpfalz, Ernst Scharbach, Horst Zwank und Heinz Rahm, wurden durch die Konferenz bestätigt.

Positionspapier und Anträge haben es in sich

In einem Positionspapier und weiteren Anträgen formulieren die Senior/innen ihre Haltung und Arbeitsschwerpunkte der kommenden Zeit. In Schlagworten: Demokratie schützen, sicher Leben in Stadt und Land, Recht auf analogen Zugang zu Verwaltung und Gesundheit, Pflege und Beihilfe fortentwickeln, Polizeizulage ruhegehaltsfähig – auch für Hinterbliebene.

Öffentlicher Teil mit Gästen und Wissenschaft

Markus Scheid begrüßte die Sozial- und Digitalministerin Dörte Schall sowie die Bürger- und Polizeibeauftragte Barbara Schleicher-Rothmund, den Referenten Prof. Stefan



Ein herzliches Dankeschön an Josef Schumacher und Margarethe Relet für ihr starkes Engagement als Vorsitzende der Seniorengruppe.

Sell, Myriam Lauzi vom DGB, den Bundesseniorenvorsitzenden Ewald Gerk und Landesvize Pascal Rowald.

Staatsministerin Dörte Schall freute sich über das Motto „Gut Leben im Alter" und berichtete über Angebote ihres Hauses: von „Digitalbotschafter" über „Gemeindeschwester Plus" bis zur Gestaltung „sozialer Räume" und des Wohnumfeldes. Die aktuelle Vorsitzende der Digitalministerkonferenz plädierte für eine Strategie „digital first", statt „digital only". Damit sei Rheinland-Pfalz leider allein unter den Ländern.



Von links: Heinz Rahm, Markus Scheid, Margarethe Relet, Gerd-Uwe Jacob, Reinhold Michels und Bernd Becker. Nicht teilnehmen konnten Heinz-Werner Gabler, Ernst Scharbach, Klaus-Dieter Sack, Horst Zwank.

In der Konferenz wurde Norbert Peters, der zehn Jahre als Bewegungs-Guru unsere Seminare Vorbereitung auf den Ruhestand aufgelockert hat, für sein Engagement gedankt und er gewohnt bewegt und aktiv verabschiedet.



Spaß und Freude an der Bewegung durften selbstredend nicht fehlen!

Den solidarischen Gedanken der Gewerkschaften auf die ganze Gesellschaft zu übertragen, das war der Schlussgedanke einer engagierten Rede der Ministerin.

Professor Stefan Sell beschrieb gleich zu Beginn die drei für „Gutes Leben im Alter" entscheidenden Handlungsfelder: Finanzen, Wohnen, Gesundheit.

Die richtige Fragestellung sei nicht: „Was können wir uns leisten?", sondern: „Was MÜSSEN wir uns leisten, damit Menschen einen menschenwürdigen Lebensabend haben?" Und dazu gehört seines Erachtens definitiv nicht ein Mehrbettzimmer im Altenheim. Bei der Betrachtung der Rentensysteme im In- und Ausland machte Sell deutlich, dass die Stabilität des Arbeitsmarktes und der Sicherungssysteme seit etlichen Jahren hauptsächlich auf die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zurückzuführen sei.

Bernd Becker

Erfolgreiche Konferenz und Wahl eines neuen Jugendvorstands



Von links: Carlos Carrion Kox (Beisitzer), Gianna Michaeli (stellv. Vorsitzende), Laura Wagner (Vorsitzende), Zoe Bach (stellv. Vorsitzende), Monia Knis (Beisitzerin), es fehlen Daniel Ritter (stellv. Vorsitzender), Jennifer Groß (Schriftführerin), Philipp Waldener (stellv. Schriftführer)

Unter dem Motto „Zukunft im Blick: Perspektiven schaffen, Nachwuchs stärken – Zukunft braucht Nachwuchs – Nachwuchs braucht Perspektive" trafen sich am Samstag, dem 29. November 2026, zahlreiche junge Kolleginnen und Kollegen zur 14. Landesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz in Mainz.

Im Rahmen der Konferenz wurde einstimmig ein neuer Landesjugendvorstand mit **Laura Wagner** als Vorsitzende gewählt. Der bisher amtierende Vorstand, bestehend aus den Co-Vorsitzenden **René Vroomen** und **Frauke Ziegler**, wurde entlastet. Die Delegierten dankten beiden Co-Vorsitzenden ausdrücklich für ihr unermüdliches Engagement und die wichtige Arbeit, die sie in den vergangenen Jahren geleistet haben.

Der neue Landesjugendvorstand freut sich nun auf die kommenden Aufgaben und startet hoch motiviert in seine vierjährige Amtsperiode. Inhaltlich sollen in den nächsten Jahren die Themen behandelt werden, die im Rahmen der Landesjugendkonferenz rege diskutiert und beschlossen wurden. Im Vordergrund stehen hierbei die **Digitalisierung** der Polizei, **Modernisierung** der Arbeitsbedingungen, **Gesundheit** sowie **Vielfalt** und **Gleichstellung**.

Im Hinblick auf die Digitalisierung fiel das Augenmerk unter anderem auf moderne, praxistaugliche **Einsatzmittel** und den sinnvollen, verantwortungsbewussten Einsatz von **KI-Systemen** im täglichen Dienst sowie den Ausbau der **Homeoffice**-Möglichkeiten. In der Konferenz wurde zudem klargestellt: *Wer für Sicherheit sorgt, braucht selbst auch Schutz und Fürsorge.* Dazu gehören witterungsangepasste, widerstandsfähige und funktionelle **Dienstkleidung** sowie die Anerkennung **psychischer Belastungen** als Dienstunfall. Im Rahmen der Gesundheitsförderung erscheint außerdem der flächendeckende, kostengünstige Zugang zu **Fitnessstudios und Schwimmbädern** ein wichtiger Schritt, denn in einem Beruf, der dauerhafte körperliche Leistungsfähigkeit fordert, muss auch eine entsprechende Prävention ermöglicht werden.

Damit die Polizei attraktiv für junge Menschen bleibt, will sich der Landesjugendvorstand in den kommenden Jahren für ausreichendes **Personal** sowie gesicherte **Pensionen** und attraktive Möglichkeiten zu **Teilzeitmodellen** einsetzen.

In einer Zeit, die viele Herausforderungen birgt, blickt der neue Landesjugendvorstand mit dem nötigen Respekt, aber auch mit großer Vorfreude auf die vor ihm liegende Aufgabe, denn: *„Wir wollen die Interessen junger Polizeibeschäftigter kraftvoll vertreten und gemeinsam eine attraktive Zukunft mit Perspektiven gestalten."*



Laura Wagner (rechts) bedankt sich bei ihren Vorgängern Frauke Ziegler und René Vroomen für die jahrelange tolle Arbeit.

2026

14. Landesjugendkonferenz

Wir lassen uns nicht abspeisen

Kurz vor der 3. Verhandlungsrunde am 11. Februar haben wir mit dem Warnstreik ein deutliches Zeichen gesetzt. Mit einer starken Beteiligung aus allen Bereichen wurde klar: Wir sind entschlossen, stehen zusammen und lassen uns nicht vertrösten.

Tarifbeschäftigte und Beamt/innen, aktive Kolleg/innen ebenso wie Pensionär/innen: Der Warnstreik in Mainz zeigte eindrucksvoll die Geschlossenheit innerhalb der GdP. Beschäftigte aus Behörden im ganzen Land waren angereist, um gemeinsam für faire Bezahlung und echte Wertschätzung einzutreten. Ein besonderer Dank galt den Kolleg/innen, die im Einsatz waren und die Veranstaltung absicherten.

Eckpunktepapier sorgt für Wut und Enttäuschung

Das von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vorgelegte Eckpunktepapier hat viele wütend gemacht. Statt Wertschätzung sehen wir darin Sparlogik, Leermonate und Ausweichmanöver. Eine lediglich an der Inflationsrate „orientierte" Entgelterhöhung bedeutet angesichts steigender Mieten, höherer Krankenkassenbeiträge und wachsender Lebenshaltungskosten faktisch einen Reallohnverlust.

Zwar enthält das Papier mit der stufengleichen Höhergruppierung sowie Verbesserungen bei der (Wechsel-)Schichtzulage längst überfällige Forderungen. Doch sie dürfen nicht dazu genutzt werden, an anderer Stelle grundlegende Prinzipien infrage zu stellen oder Einschnitte vorzunehmen.

Besonders entschieden weist die GdP die erneuten Versuche der Arbeitgeberseite zurück, den Arbeitsvorgang nach § 12 TV-L als Grundpfeiler fairer Eingruppierung infrage zu stellen. Er stellt sicher, dass sich die Eingruppierung nach einer inhaltlich zusammenhängenden, bewertbaren Gesamttätigkeit richtet.

Mit Rückenwind in die dritte Runde

Mit dem eindrucksvoll demonstrierten Rückenwind gehen wir geschlossen und selbstbewusst in die 3. Verhandlungsrunde. Als GdP stehen wir solidarisch an der Seite aller Polizeibeschäftigten und erwarten von der TdL endlich ein Angebot, das Respekt zeigt und diesen Namen auch verdient.

Was könnte passieren, wenn es zu keiner Einigung kommt?

1. Erklärung des Scheiterns der Verhandlungen
2. Urabstimmung über unbefristete Streiks (bei mindestens 75 % Zustimmung)
3. Beginn unbefristeter Streiks (Erzwingungsstreik)

Es ist auch eine Schlichtung mit einem neutralen Vermittler möglich.

Am Ende bleibt klar: Nur ein verbessertes Angebot kann den Weg zu einem Tarifabschluss ebnen. ▮

Tarifbotschafterin Kerstin Schweikhard

Der Warnstreik in Mainz hat gezeigt, wozu wir gemeinsam fähig sind: laut, solidarisch und entschlossen. Wer Sicherheit will, muss in Menschen investieren!



Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB vereint in ihren Forderungen.

2026

STREIK



Die GdP war wieder mit einem ganz starken Streikaufgebot vor Ort!

NACHRUF für KARL MOLL

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Rheinland-Pfalz trauert um den Kollegen **KARL MOLL** aus Mudersbach, der am 13. Mai 2026 im Alter von 101 Jahren für immer von uns gegangen ist. Wenige Tage zuvor konnten wir mit ihm Erinnerungen austauschen und ihn voller Dankbarkeit für 75 Jahre Mitgliedschaft in der GdP ehren.

Karl hat im Januar 1951 gemeinsam mit 43 weiteren Kollegen der Gendarmerie des Kreises Altenkirchen eine Kreisgruppe der GdP gegründet; die Keimzelle des GdP-Landesbezirks Rheinland-Pfalz.

Er ist ein Berufsleben lang und weit darüber hinaus für die Interessen der Polizeibeschäftigten und für unsere Demokratie eingetreten, als Mitglied, als Personalratsvorsitzender und als Chef der Kriminalpolizei in Betzdorf. Heute stehen in Rheinland-Pfalz über 10.000 Mitglieder auf den Schultern von Karl und seinen Gründungskollegen.

IN DANKBARER ERINNERUNG

Aline Raber
Landesvorsitzende

Sandra Schneider
Kreisgruppenvorsitzende



2026

Nachruf

Letztes Gründungsmitglied Karl Moll (101 Jahre alt)

GESCHLOSSEN, ENTSCHLOSSEN UND ZUKUNFTSFEST

Neue Landesvorsitzende Aline Raber skizziert die Zukunft der Polizei und der GdP Rheinland-Pfalz

Mit klaren Worten, einem starken Bekenntnis zur Demokratie und einem deutlichen Auftrag an Politik und Gesellschaft hat die neu gewählte Landesvorsitzende Aline Raber den 26. Ordentlichen Landesdelegiertentag der GdP Rheinland-Pfalz eröffnet. Ihre Grundsatzrede stand unter dem Motto **„Geschlossen, entschlossen und zukunftsfest"** und machte deutlich: Die GdP will Verantwortung übernehmen, Zukunft gestalten und die Interessen der Beschäftigten mit Nachdruck vertreten.

„Sicherheit braucht Haltung. Zukunft braucht uns.

Ausgehend von den aktuellen internationalen Krisen, dem Krieg in der Ukraine, hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen und gesellschaftlichen Spannungen spannte Raber den Bogen bis in den polizeilichen Alltag. Sicherheit beginne dort, wo Bürger/innen den Staat unmittelbar erleben – auf der Straße, in der Leitstelle, im Streifenwagen, bei Versammlungen, Großveranstaltungen oder im Netz.

Dabei machte sie deutlich, dass die Polizei längst weit mehr sei als eine klassische Sicherheitsbehörde. Sie sei Krisenmanagerin, Ansprechpartnerin, Konfliktlöserin und oft die letzte verlässliche Institution, an die sich Menschen in schwierigen Situationen wenden. Gleichzeitig würden Belastung, Gewalt gegen Polizeibeschäftigte und die Erwartungen an die Polizei kontinuierlich steigen.

Klare Forderungen an die Politik

Im Mittelpunkt stehen sechs zentrale Handlungsfelder: eine verlässliche Personalstrategie, mehr Attraktivität aller in der Polizei Beschäftigten, besserer Schutz der Beschäftigten, die Vorbereitung auf digitale und hybride Bedrohungen, mehr Resilienz gegenüber Krisen und Klimafolgen sowie eine Führungskultur, die Menschen stärkt und langfristig im Beruf hält.

Raber forderte eine nachhaltige Personalpolitik, die über Wahlperioden hinausdenkt, bessere Karriere- und Beförderungsperspektiven, moderne Arbeitsplätze, faire Bezahlung und eine konsequente Entlastung von Bürokratie. Gleichzeitig müsse die Polizei stärker auf Cyberkriminalität, Desinformation und Angriffe auf kritische Infrastrukturen vorbereitet werden.

Besonderen Raum nahm das Thema Wertschätzung ein. Diese zeige sich nicht in wohlklingenden Worten, sondern in ausreichendem Personal, funktionierender Ausstattung, guter Führung, fairen Aufstiegschancen und einer konsequenten Fürsorge für die Beschäftigten.

Dank und Aufbruch

Neben dem Blick nach vorne würdigte die Landesvorsitzende die Arbeit des bisherigen Landesvorstandes, zahlreicher ehrenamtlich engagierter Kolleg/innen sowie ihrer Vorgängerinnen Sabrina Kunz und Steffi Loth. Zugleich unterstrich sie die Bedeutung des neu gewählten Teams, das die GdP Rheinland-Pfalz in den kommenden Jahren gemeinsam führen wird. Die Botschaft des Landesdelegiertentages war eindeutig: Die Herausforderungen für Polizei und Gesellschaft werden größer. Die GdP Rheinland-Pfalz will diesen Herausforderungen jedoch mit Geschlossenheit, klarer Haltung und einem starken gewerkschaftlichen Selbstverständnis begegnen. Denn Freiheit braucht Sicherheit, Sicherheit braucht einen starken Rechtsstaat – und dieser braucht gut ausgestattete, motivierte und geschützte Beschäftigte. ▪



2026

26. Delegiertentag
16.-18.06.2026
Leiwen

Aline Raber

Neue Landesvorsitzende

2026



Sven Hummel, stellv. Landesvorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz:

Wirksame Kriminalitätsbekämpfung gelingt nur, wenn Schutz- und Kriminalpolizei Hand in Hand arbeiten. Unsere Kolleg/innen leisten täglich Enormes, brauchen dafür aber ausreichend Personal, moderne Ausstattung und verlässliche Rahmen-bedingungen. Qualität, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit entstehen nicht durch Arbeit am Limit, sondern durch gute Polizeiarbeit unter guten Bedingungen.

v.l.n.r.: Christian Günter, Verena Schäfer, Kerstin Schweikhardt, Sebastian Krämer, Michael Flis, Sven Hummel, Aline Raber, Ingo Schütte, Jennifer Otto, Stefan Engel

26. Delegiertentag
16.-18.06.2026
Leiwen

Neuer Landesvorstand

BUNDESSENIORENKONFERENZ IN POTSDAM

Demokratie und Polizei – wir brauchen einander


Markus Scheid

Die Seniorengruppe RLP hat mit ihren Anträgen im Bund wichtige Akzente gesetzt.

Markus Scheid, Vorsitzender der GdP-Senior/innen im Land, blickt zurück auf die Bundeskonferenz: „Wir haben uns mit den Kolleg/innen ausgetauscht, Pläne geschmiedet und das gute Gefühl genossen, gemeinsam mit Überzeugung für Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat einzustehen."

Die Seniorengruppe RLP war bei der Bundeskonferenz in Potsdam mit fünf Delegierten vertreten. Ideen austauschen und sich gegenseitig unterstützen, war für Markus die Devise. Er ist kraft Amtes Mitglied des Bundesseniorenvorstandes und nutzte die Gelegenheit zur Kontaktpflege und Vernetzung mit Kolleg/innen aus anderen Landesbezirken. Für **Horst Zwank, Klaus-Dieter Sack, Heinz Rahm und Reinhold Michels** war es die erste Konferenz.

Horst resümiert: „Das war eine schwer beeindruckende Veranstaltung. Ich glaube kaum, dass es eine andere Gewerkschaft gibt, in der die Seniorinnen und Senioren eine derart herausragende Rolle spielen."

Der Bundesvorsitzende Ewald Gerk hatte auch **Margarethe Relet und Josef Schumacher** nach Potsdam geladen. Der Grund: Josef und „Maggi" wurden für ihre langjährigen Verdienste um die Seniorenarbeit in der GdP gewürdigt und geehrt. Bei Josef ging es hauptsächlich um die Gestaltungsarbeit bei uns im Land und seine Impulse für den Bund. Bei Margarethe hob Ewald Gerk hervor, dass sie den später erfolgreich als Bundesvize-Vorsitzenden der Bundes-GdP wirkenden René Klemmer an die Gewerkschaftsarbeit herangeführt habe.


Bernd Becker


Die gut gelaunte Delegation aus RLP

2026

Bundes-seniorenkonferenz in Potsdam

Aus den Archiven zusammengestellt von:

Oktober 2026



Peter Hahmann
Kreisgruppe
Neuwied/Altenkirchen



HISTORIE